



30. Sitzung

Donnerstag, 14. April 2016

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Dietrich Wersich, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller und Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin
Fortsetzung und Änderung der Tagesordnung

1999

Bündnis für Wohnen: Noch mehr teure Wohnungen geplant, weniger als ein Drittel Sozialwohnungen?

(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Aktuelle Stunde

1999

CDU-Fraktion:

Sozialen Frieden wahren, Flüchtlingsghettos verhindern – Rot-Grün muss Volksinitiative ernsthaftes Kompromissangebot vorlegen

FDP-Fraktion:

Busentschleunigung sofort stoppen

(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

André Trepoll CDU 1999
Dr. Andreas Dressel SPD 2000, 2008
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE 2001
Heike Sudmann DIE LINKE 2002
Jennyfer Dutschke FDP 2004
Detlef Ehlebracht AfD 2005
Christiane Schneider DIE LINKE 2006
Karin Prien CDU 2006

Persönliche Bemerkung nach Paragraph 45 der Geschäftsordnung 2009

Dr. Jörn Kruse AfD 2009

GRÜNE Fraktion:

192 Flüchtlinge müssen auch in Blankenese möglich sein – Hamburg hält an den dortigen Plänen fest

(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Fernwärmeversorgung ideologiefrei und ökonomisch sinnvoll weiterentwickeln 2009
– Drs 21/3854 –

dazu

Antrag der FDP-Fraktion:

Fraktion DIE LINKE:

Potenziale der Fernwärmeversorgung im Hamburger Süden prüfen		Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP	2034, 2041
– Drs 21/4032 –	2009	Astrid Hennies SPD	2035
Stephan Gamm CDU	2009	Carsten Ovens CDU	2036
Dr. Monika Schaal SPD	2011	Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	2037
Ulrike Sparr GRÜNE	2013	Martin Dolzer DIE LINKE	2038
Stephan Jersch LINKE	2014	Dr. Alexander Wolf AfD	2039
Dr. Kurt Duwe FDP	2015	Dora Heyenn fraktionslos	2039
Andrea Oelschläger AfD	2016	Dr. Ludwig Flocken fraktionslos	2040
		Beschlüsse	2042
Beschlüsse	2017		
Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:		Große Anfrage der AfD-Fraktion:	
Koordinierendes Zentrum für die Beratung und Behandlung von Folteropfern und traumatisierten Flüchtlingen		Kann Hamburg die Kosten für die Asyl- und Migrationskrise stemmen?	
– Drs 21/3816 –	2017	– Drs 21/3417 –	2042
Christiane Blömeke GRÜNE	2017	Andrea Oelschläger AfD	2042
Sylvia Wowretzko SPD	2018	Ksenija Bekeris SPD	2043
Birgit Stöver CDU	2019	Thilo Kleibauer CDU	2044
Deniz Celik DIE LINKE	2020	Farid Müller GRÜNE	2044
Jennyfer Dutschke FDP	2021	Jennyfer Dutschke FDP	2045
Dr. Joachim Körner AfD	2021		
		Beschluss	2045
Beschlüsse	2022	Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:	
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Ausländische Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher für qualifizierte Ausbildungen gewinnen	
Universalhafen Hamburg retten – Konventionellen Umschlag stärken, Buss-Arbeitsplätze erhalten		– Drs 21/3841 –	2046
– Drs 21/3677 –	2022	dazu	
Norbert Hackbusch DIE LINKE	2022, 2031	Antrag der FDP-Fraktion:	
Ole Thorben Buschhüter SPD	2022	Zugewanderten Studierenden und Auszubildenden einen einmaligen Studien- beziehungsweise Ausbildungswechsel gestatten	
Dr. Joachim Seeler SPD	2024	– Drs 21/4031 –	2046
Ralf Niedmers CDU	2025, 2033		
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	2026	Beschlüsse	2046
Michael Kruse FDP	2027, 2034		
Dr. Bernd Baumann AfD	2029	Bericht des Eingabenausschusses:	
Wolfgang Rose SPD	2031	Eingaben	
Arno Münster SPD	2032	– Drs 21/3764 –	2046
		Bericht des Eingabenausschusses:	
Beschlüsse	2034		
Antrag der FDP-Fraktion:			
Reform der Lehrerbildung: Praktiker sofort einbeziehen!			
– Drs 21/3555 –	2034		

Eingaben – Drs 21/3765 –	2046	Geflüchtete Frauen und Mädchen vor Gewalt schützen (Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD),	
Beschlüsse	2046	Ausreichende Mittel bereitstellen – Schutz- und Präventionskonzepte für geflüchtete Frauen und Mädchen erarbeiten (Antrag der Fraktion DIE LINKE) und	
Sammelübersicht	2046	Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den Flüchtlingsunterkünften verhindern (Antrag der CDU-Fraktion)	
Beschlüsse	2046	– Drs 21/3812 –	2047
Große Anfrage der CDU-Fraktion:			
Ganztag an Hamburgs Schulen – Raumsituation – Drs 21/3208 –	2046	Beschlüsse	2047
Beschlüsse	2047		
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:		Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration über die Drucksache 21/2213:	
SBH-/GMH-Schulbau bis 2019: Sanierungskriterien, -konzept und -verfahren – Drs 21/3490 –	2047	Mehr Koordinatoren für Ehrenamtliche und Freiwillige in der Flüchtlingshilfe (Antrag der CDU-Fraktion) – Drs 21/3813 –	2047
Beschluss	2047	Beschluss	2047
Bericht des Ausschusses für Umwelt und Energie über die Drucksache 21/2210:		Antrag der CDU-Fraktion:	
Bilanzierung Hamburgischer Klimapolitik (Antrag der Fraktion DIE LINKE) – Drs 21/3733 –	2047	Die deutsche und die europäische Flagge in den Eingangshallen unserer Schulen als identitätsstiftende Symbole unserer Werteordnung – Drs 21/3751 –	2047
Beschluss	2047	Beschlüsse	2048
Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration über die Drucksachen 21/2379, 21/2504 und 21/2525:		Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:	
		Lehrangebote in den MINT-Studiengängen optimieren, Hochschulkooperationen fördern – Drs 21/3840 –	2048
		Beschlüsse	2048
		Antrag der CDU-Fraktion:	
		Seniorenzahnmedizin stärken und bei Zentren für Altersmedizin berücksichtigen – Drs 21/3847 –	2048

dazu		Realisierung der südlichen Straßenanbindung an das Güterverkehrszentrum Altenwerder (GVZ)	
Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:		– Drs 21/3853 –	2049
Alterszahnmedizin in Hamburg fördern		Beschlüsse	2049
– Drs 21/4047 –	2048		
Beschlüsse	2048	Antrag der FDP-Fraktion:	
Antrag der CDU-Fraktion:		Dauerhafter Erhalt des archivpädagogischen Dienstes im Staatsarchiv	
Qualitätsstandards bei Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen sichern		– Drs 21/3858 –	2049
– Drs 21/3849 –	2048	Beschlüsse	2049
Beschlüsse	2048	Antrag der FDP-Fraktion:	
Antrag der CDU-Fraktion:		Umbenennung der U-Bahn-Haltestelle Trabrennbahn	
Hochschulvereinbarungen nachverhandeln – Hochschulen stärken!		– Drs 21/3859 –	2049
– Drs 21/3850 –	2048	Beschluss	2049
Beschlüsse	2049	Antrag der FDP-Fraktion:	
Antrag der CDU-Fraktion:		Potenziale von Ökostrom für den Wärmemarkt nutzen	
Mehr Schutz, Selbstbestimmung und verbesserte Rahmenbedingungen für Prostituierte – Der Senat muss die Umsetzung eines Prostituiertenschutzgesetzes auf Bundesebene unterstützen		– Drs 21/3860 –	2050
– Drs 21/3851 –	2049	Beschlüsse	2050
dazu		Antrag der FDP-Fraktion:	
Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:		Verantwortungsvoller Umgang mit aus der Obhut des Staats entwichenen minderjährigen Flüchtlingen	
Selbstbestimmungsrechte und Schutz von Prostituierten stärken – Runden Tisch Prostitution einsetzen		– Drs 21/3861 –	2050
– Drs 21/4048 –	2049	Beschlüsse	2050
Beschluss	2049	Antrag der FDP-Fraktion:	
Antrag der CDU-Fraktion:		Wohnungsmarktgutachten zügig vergeben	
		– Drs 21/3862 –	2050
		Beschlüsse	2050

Beginn: 15.07 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Die Sitzung ist eröffnet.

Zunächst teile ich Ihnen mit, dass die Fraktionen abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats übereingekommen sind, TOP 32, das ist ein Antrag der FDP-Fraktion, zu vertagen.

Dann setzen wir die

Aktuelle Stunde

von gestern mit dem dritten Thema fort, das wir gestern wegen Zeitablaufs nicht mehr behandeln konnten. Es wurde von der CDU-Fraktion angemeldet und lautet:

Sozialen Frieden wahren, Flüchtlingsghettos verhindern – Rot-Grün muss Volksinitiative ernsthaftes Kompromissangebot vorlegen

Herr Trepoll von der CDU-Fraktion hat das Wort.

André Trepoll CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nie zuvor ist es Bürgern in Hamburg gelungen, so klar und deutlich einer Regierung zu sagen, dass ihre Politik, in diesem Fall die Schaffung von integrationsfeindlichen Massenunterkünften, falsch ist und beendet werden muss.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei *Dr. Ludwig Flocken fraktionslos*)

Die Zahlenspielereien, mit denen der Bürgermeister seine Pläne für diese Massenunterkünfte bis vor wenigen Wochen zu rechtfertigen versuchte, sind mittlerweile überholt. Die Flüchtlingszahlen sind zum Glück rapide gesunken, und wir wollen gemeinsam dafür arbeiten, dass dies so bleibt. Selbst Sozialdemokraten vor Ort in den Bezirken, Herr Dressel, gehen ihnen mittlerweile von der Fahne und sprechen sich für kleinere integrationsförderliche Einheiten aus. Auch dies ist ein gutes Signal.

(Beifall bei der CDU)

Es ist tatsächlich an der Zeit, nach stadtteilverträglichen Lösungen zu suchen, die stabile Nachbarschaft ermöglichen; das muss unser Ziel sein. Unser Ziel muss es sein, eine gute Lösung für Bürger und Flüchtlinge gleichermaßen zu finden und dies – das sage ich ausdrücklich – möglichst ohne Volksentscheid. Das sollte auch Ihr Ziel sein.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN und auch an den Bürgermeister gerichtet, der noch nicht da ist, aber hoffentlich noch zu uns stößt: Zu dieser Gesprächsbereitschaft gehört in einem solchen Fall zwingend Kompromissbereitschaft. Aber Sie sind nicht einmal bereit, in dieser

Zeit Ihre Gespräche – so kann man das kaum nennen, denn Verhandlungen haben Sie bisher nicht begonnen, sondern Sie unterhalten sich nur – und Pläne für diese Unterkünfte ruhen zu lassen. Schlimmer noch, Sie treiben diese Projekte ohne Unterlass voran. Ihre Salamitaktik mit vielen Klönrunden und dieser Pseudobeteiligung zur Flächenfindung sind reine Ablenkung und dienen lediglich dem Zeitgewinn. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Herr Scholz treibt dabei ein doppeltes Spiel. Wenn ihm ernsthaft etwas an einer Einigung mit der Volksinitiative läge, sollte er dieses doppelte Spiel schleunigst beenden. Das sät nur Misstrauen und beschädigt die allgemeine politische Glaubwürdigkeit, Herr Dressel, und daran kann uns allen nicht gelegen sein. Also lassen Sie das in Zukunft bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Das ist Ihre Wahrheit!)

Dieses doppelte Spiel hat auch die Volksinitiative Hamburg für gute Integration durchschaut und deshalb Bürgerbegehren in allen sieben Bezirken gestartet. Als Rot-Grün das erkannte und Ihre Hinhaltenaktik zu scheitern drohte, wurden die Bezirke per Senatsanweisung Hals über Kopf auf Linie gebracht und, oh Wunder, am nächsten Tag waren die Bürgerbegehren plötzlich rechtlich unzulässig. So einfach geht das bei Ihnen.

(Beifall bei der CDU – *Farid Müller GRÜNE*: Sie sind schlecht informiert!)

Ob das wirklich so ist, werden am Ende die Gerichte klären, aber entscheidend ist der politische Umgang mit den Bürgern. Das sind politische Winkelzüge, bei denen es einem fast die Sprache verschlägt, Herr Dressel. Ein Bürgermeister, der es ernst meint

(*Dirk Kienscherf SPD*: Sie sind nicht einmal konstruktiv gewesen! Sie sind die Brandstifter hier!)

mit der Bürgerbeteiligung, macht so etwas nicht. Er greift nicht zu politischen Tricks, um Bürgerbegehren juristisch zu unterlaufen, er bietet nicht Gesprächsbereitschaft an, ohne wirklich kompromissbereit zu sein, und er schafft keine vollendeten Tatsachen, wenn noch verhandelt wird. Das macht man nicht, so geht man nicht miteinander um.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Kompromisse, egal ob in der Politik, in der Wirtschaft, im Privaten, setzen Anstand und Redlichkeit

(*Dirk Kienscherf SPD*: Damit hat Ihre Partei ja nichts zu tun!)

(André Trepoll)

im gegenseitigen Umgang miteinander voraus, und das müssen auch Sie beherzigen.

Herr Kienscherf, ein Zwischenruf muss kurz und verletzend sein und nicht dieses dauerhafte Dazwischengebrabbel. Das haben Sie, glaube ich, noch nicht ganz verstanden.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der FDP, Heiterkeit bei *Dirk Kienscherf SPD*)

Ich finde es bemerkenswert, dass diejenigen, die sich immer vehement für die Bürgerbeteiligung eingesetzt haben, diese jetzt in trauter Zweisamkeit aushebeln. Was sind Sie eigentlich, Herr Tjarks von den GRÜNEN? Bedarfsdemokraten, die Bürgerbeteiligung nur respektieren, wenn es den eigenen politischen Zielen dient? Das ist kein gutes Vorgehen. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, haben Sie diesen selbst angetreten, indem Sie diesen Vorgang nach dem Motto, es stehe jetzt eins zu eins zwischen Senat und Initiative kommentierten. – Ja, da lacht er.

Herr Kienscherf, Politik ist eben kein Spiel und die Frage der Flüchtlingsunterbringung und der Integration schon gar nicht. Um in Ihrer Sprache zu bleiben: Diese Äußerung war ein absolutes Eigentor.

(Beifall bei der CDU)

Man kann kein Tor schießen, Herr Kienscherf, wenn man vorher ein Foul begeht. Rot-Grün muss jetzt ernsthafte Angebote vorlegen. Schluss mit den Trickereien und dem Zeitspiel. Bis zu einer Einigung dürfen keine weiteren Fakten geschaffen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion bekommt das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD:

(*Jörg Hamann CDU:* Jetzt gibt es ein Eigentor!)

– Ich bin nicht so super im Fußball, deswegen gehen wir lieber auf dieses Thema ein.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lieber Kollege Trepoll! Ja, die Zahlen sind in der Tat zurückgegangen, was den Zugang nach Hamburg angeht; das freut uns alle. Das gibt uns ein Stück weit Luft und eine Atempause, was den Zugang angeht. Trotzdem ist die Situation so, dass Zigtausende in Hamburg noch in prekärer Unterbringung und in Baumärkten sind. Dort müssen die Leute raus; wir müssen ihnen eine Perspektive und ein festes Dach über dem Kopf geben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kurz zu den von Ihnen angesprochenen aktuellen Verfahren: Wir haben eine Volksinitiative, die eingereicht worden ist. Unsere Verfassung sieht eine Frist zur Befassung der Bürgerschaft bis zum 30. Juni vor. Diese werden wir sicherlich in den Ausschüssen und in den Beratungen brauchen. Eine Sperrwirkung sieht unsere Verfassung aus gutem Grund nicht vor. Übrigens haben wir einst gemeinsam beschlossen, lieber Kollege Trepoll, dass diese Sperrwirkung nicht in der Verfassung steht.

(*Kazim Abaci SPD:* Das hat er schon vergessen!)

Jetzt haben die Initiativen beschlossen, sieben bezirkliche Bürgerbegehren zu machen und zu versuchen, über diesen Hebel eine Sperrwirkung gegen ein Senatsprogramm zu erreichen. Das ist nämlich alles im Senat schon beschlossen worden, nicht letzten Dienstag, sondern schon letzten Oktober und November.

(*André Trepoll CDU:* Und warum dann am 5. April noch einmal? – *Karin Prien CDU:* Einen Senatsbeschluss kann man auch revidieren!)

Sie probieren, das über dieses Vehikel auszuhebeln. Das kann man probieren, das finde ich alles in Ordnung, aber auch dort gelten Gesetze. Die Gesetze über Bürgerbegehren haben wir übrigens auch einstimmig in der Bürgerschaft beschlossen. Diese Gesetze wendet der Senat sauber, ordentlich an, wie es nach den Gesetzen vorgesehen ist. Die Prüfung läuft in den Bezirksämtern; da gilt Recht und Gesetz. Das sollte Ihnen eigentlich klar sein, lieber Kollege Trepoll.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Dora Heyenn* und *Nebahat Güçlü*, beide fraktionslos)

In Wahrheit sind wir doch schon viel weiter, wenn Sie berücksichtigen, wie die Diskussion in den Bezirken läuft. Es geht doch gar nicht mehr um siebenmal 800 Wohneinheiten. Gehen wir das doch einfach einmal durch. Wir sind den Bürgerinnen und Bürgern an sehr vielen Stellen entgegengekommen: In Bergedorf wurde die Belegung in der Planung reduziert. Dort war erst von 4 000 Flüchtlingen die Rede.

(*André Trepoll CDU:* Stimmt doch überhaupt nicht! Was heißt denn, war die Rede?)

Jetzt gibt es einen Beschluss der Bezirksversammlung Rot-Grün, auf 2 500 runterzugehen. Ist das kein Entgegenkommen, Herr Trepoll? Das frage ich mich schon.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Dora Heyenn* und *Nebahat Güçlü*, beide fraktionslos)

In Wandsbek ist es aufgeteilt, in Altona gibt es einen Beschluss, die Sache aufzuteilen, mehrere

(Dr. Andreas Dressel)

Standorte zu ermöglichen, auch ein Mischen der Belegung vorzusehen. In Hamburg-Mitte gibt es das auch und zuletzt in Eimsbüttel am Hörgensweg, wo am Anfang die Maximalzahl von 3 000 im Gespräch war. Jetzt ist es ein kluger Beschluss, in die Richtung zu gehen auf 1 400 und ein gemischtes Quartier zu erreichen. Das sind doch alles Fortschritte, bei denen man auf die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger eingeht. Was kritisieren Sie an der Stelle, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Wenn sich an der Stelle weitere Spielräume ergeben, in der Belegung herunterzugehen, haben wir darüber, dass wir ein paralleles Bebauungsverfahren durchführen, die Möglichkeit, das hinzubekommen, indem wir nämlich mehr Sozialwohnungen erreichen. Ich sage Ihnen ganz klar für die SPD: Jede zusätzliche Sozialwohnung, die wir über dieses Programm erreichen können, ist wichtig und unverzichtbar für diese Stadt.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Man sieht, wir haben Raum für Verständigung. Diesen wollen wir ausnutzen

(*Dennis Thering CDU*: Fangen Sie an!)

im Rathaus Hamburg, aber auch in den vielen Gesprächen vor Ort. Diese werden wir auch nutzen. Dieser Diskurs sollte aber nicht nur mit einer Volksinitiative geführt werden, sondern auch mit den vielen anderen in der Stadt, die sich für Integration in Flüchtlingsinitiativen engagieren.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Wir werden diesen Diskurs intensiv führen, im Rathaus und vor Ort und in Wahrheit. Ich finde gut, dass Kollege Trepoll die Rede für die Opposition begonnen hat. Dort tragen Sie Verantwortung. Sie kommen aus Neugraben. In Harburg, wo die CDU Mitverantwortung trägt, sind Sie schon weiter, als Sie hier erzählen.

(*André Trepoll CDU*: Um das Schlimmste zu verhindern! Aber das ist nicht Perspektive Wohnen!)

– Ach, um das Schlimmste zu verhindern. Also ich finde, Sie haben einen wunderbaren zweiseitigen Antrag der CDU- und der SPD-Bezirksfraktion beschlossen, wo Sie eine große Einrichtung in Harburg verträglich gestalten

(*Karin Prien CDU*: Das ist eine befristete Unterkunft!)

und eine Reduzierung der Belegung vorgesehen haben. Es ist aber auch eine große Einrichtung. Am Schluss ist doch entscheidend, wie viele Flüchtlinge dort untergebracht werden. Da haben

Sie einen sehr guten vertretbaren Kompromiss gemeinsam mit der SPD Harburg geschlossen. Stehen Sie dazu, weiter so, lieber Kollege Trepoll.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Insofern wäre ich dankbar, wenn Sie einen landesweiten Kompromissvorschlag vorlegen würden, denn statt immer nur zu sagen, was nicht geht, muss man auch sagen, was geht. Wenn Sie sich wirklich um den sozialen Frieden dieser Stadt sorgen, dann bringen Sie sich konstruktiv, verantwortlich ein, dann leisten Sie einen Beitrag für den sozialen Frieden in der Stadt. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion bekommt das Wort.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Trepoll, nachdem ich die Anmeldung gelesen und dann die Rede gehört habe, muss ich sagen, dass ich von der Rede im Gegensatz zur Anmeldung positiv überrascht bin.

(*André Trepoll CDU*: Das ist immer mein Ziel, Herr Tjarks!)

Sie zeigt nämlich, dass wir mittlerweile nicht mehr in dieser völligen Konfrontationsstellung sind, sondern in einem Diskussionsprozess angekommen sind, in dem verstärkt nach Lösungen gesucht wird. Frau Prien kommentiert das quasi täglich, und ich lese dann immer, wie ich die Verhandlungen führe. Scheinverhandlungen beispielsweise ist dabei so ein beliebtes Wort. Sehen wir uns einmal an, was passiert: Bergedorf ist von 4 000 Plätzen auf 2 400 reduziert, Harburg mit Ihrer Zustimmung von 3 000 auf 1 400 Plätze reduziert, Hörgensweg von 3 000 auf 1 400 reduziert, Altona, drei Standorte, so um die 130 Plätze, nicht ganz genau jeder, und Wandsbek ist ohnehin aufgeteilt. Ehrlich gesagt bewegen sich SPD und GRÜNE die ganze Zeit auf die Initiativen zu. Genau deswegen führen wir sinnvolle Gespräche und nicht nur irgendwelche Scheingespräche, wie Sie sagen, sondern Gespräche mit realem Inhalt, um vernünftige Lösungen für unsere Stadt zu finden. Ich würde mich freuen, wenn Sie das stärker in Ihre Argumentation einbezögen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was mich jetzt ein bisschen überrascht hat, dass Sie dazwischengerufen haben – Zwischenrufe sollen kurz und verletzend sein; der war jetzt gar nicht so verletzend –, aber Sie haben gesagt, Harburg und Aschenland seien gar nicht Perspektive Wohnen. Wenn wir ehrlich zu uns allen sind und sagen, was in dieser Stadt außer Flüchtlingsunterkünften gerade gebraucht werde, dann sind das doch Sozi-

(Dr. Anjes Tjarks)

alwohnungen. Genau das ermöglicht doch dieses Programm Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen. Es geht darum, dass wir 4 800 Sozialwohnungen in Hamburg bauen. Das ist genau das, was wir brauchen, und deswegen verstehe ich nicht, warum Sie diesen Zwischenruf gemacht und so abwertend über dieses Programm geredet haben. Ich glaube, wir sind uns alle darin einig, dass Sozialwohnungen in dieser Stadt gebraucht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir sind in diesem Diskussionsprozess, und die Situation ist doch sehr kompliziert. Um einen Faktor zu nennen: die Tatsache, dass in den letzten fünf Jahren die Flüchtlingszahlen immer im Juni wieder deutlich gestiegen sind. Wenn wir ein Moratorium verhängen und sagen, wir machten das nicht mehr, und im Juni gehen die Flüchtlingszahlen wieder hoch, dann sind Sie doch die Ersten, die fragen, warum wir nicht vorgesorgt hätten, wo eigentlich unsere Unterkünfte seien? Warum seien die alle in prekären Unterkünften? So gehe das nicht weiter. Deswegen, das wissen Sie doch genau, funktioniert das nicht, was Sie fordern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der zweite Punkt, über den wir reden müssen und der die Sache komplex macht: Wir haben eine Volksinitiative, die sich auf Landesebene bewegt, und wir haben sehr viele regionale Beteiligungsverfahren und sehr viele Gespräche mit den Initiativen vor Ort. Wir müssen doch in diesen Prozessen klären, wie sich eine regionale Lösung vor Ort zu einer möglicherweise angestrebten Lösung auf Landesebene verhielte. Das ist ein sehr komplizierter Verfahrenslutscher, wenn Sie das einigermaßen wirtschaftlich vertretbar machen wollen. Das ist doch alles nicht einfach, und auch deswegen funktioniert es nicht so, dass man sich einfach hinstellt und sagt, das sei die Lösung, das sei das Angebot. So funktioniert in dieser Frage die Realität nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es ist aus meiner Sicht durch einen nicht vernünftigen Vorschlag über die Bürgerbegehren versucht worden, mit sehr wenigen Unterschriften ein Moratorium zu schaffen, das den Flüchtlingsausbau ...

(André Trepoll CDU: Aber die Regeln sind Ihnen doch bekannt!)

– Die Regeln sind mir bekannt, und bei den Regeln muss man sagen: Die Leute haben sich zu einem Dachverband zusammengeschlossen, weil sie gesagt haben, dass es einer hamburgweiten Lösung bedürfe. Wenn es einer hamburgweiten Lösung bedarf und man sich als Volksinitiative auf den Weg macht, akzeptiert man damit auch, dass es in diesem Verfahren kein Moratorium gibt. Auch bei den Bürgerbegehren akzeptiert man, dass gegen Senatsbeschlüsse – und Flüchtlingsunterkünfte mit

Perspektive Wohnen sind seit über sechs Monaten ein Senatsbeschluss – Bürgerbegehren nicht zulässig sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn man für gute Integration ist, muss man dafür sorgen, dass die Menschen aus den prekären Unterbringungsverhältnissen herauskommen, dass wir keine Überresidenten in der ZEA haben und dass Wohnberechtigte aus öffentlich-rechtlichen Unterbringungen herauskommen. Das gehört zur Wahrheit dazu, und das muss man berücksichtigen, wenn man fragt, wie es am Ende funktionieren sollte. Wir werden diesen Weg gehen, aber es wird ein weiter Weg und ein Prozess sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Von der Fraktion DIE LINKE erhält jetzt Frau Sudmann das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, vor allem von der CDU! Ich kann Ihr Kalkül gut verstehen. Es ist gerade ein sehr guter Zeitpunkt, solch ein Thema anzumelden, weil die Initiative für erfolgreiche Integration die Volksinitiative gestartet hat und es auf Bezirksebene Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gibt. Sie haben gehofft, mit einer plakativen Forderung diesen Schwung zu nutzen. Sie sind diesem schwierigen Thema nicht ansatzweise gerecht geworden,

(Beifall bei der LINKEN)

denn Sie haben sich gefreut, es sei doch toll, dass wir einen Rückgang der Geflüchteten hätten. Schön wäre es, wenn wir einen Rückgang hätten. Wir haben eine unerfreuliche Entwicklung: Die Geflüchteten können nicht mehr nach Europa. Sie sehen die Lage in Idomeni, Sie sehen, was passiert, und das ist für mich kein Grund zu Freude, eher ein Grund zu Nachdenklichkeit.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Hendrikje Ojæ dow-Schlegel* und *Gert Sekstadt, beide SPD*)

Herr Trepoll, Sie haben nicht darüber gesprochen, wie die Unterbringung in Hamburg ist. In Hamburg haben wir immer noch wirklich prekäre Unterbringung. Wir haben immer noch Menschen, die zu sechzehnt in Zelten leben müssen. Wir haben immer noch Container, wir haben eine Unterbringung, die nicht akzeptabel ist. Ich hoffe, dass auch Sie sagen: Ja, das ist nicht akzeptabel, wir brauchen sehr schnell Abhilfe. Sie haben in Ihrem Titel gesagt: sozialen Frieden wahren. Sie haben nicht einmal diesen Begriff überhaupt in den Mund genommen. Sie haben nicht davon gesprochen und nicht dargestellt, wie Sie den sozialen Frieden wahren wollen, wobei ich mich fragen muss, was "wahren" überhaupt heißt. Den sozialen Frieden

(Heike Sudmann)

haben wir in Hamburg schon lang nicht mehr. Sehen Sie sich an, wie viele Menschen hier mittlerweile nicht nur von Armut bedroht, sondern betroffen sind. Sehen Sie sich an, wie viel schlechtere Chancen sie haben, wenn sie aus bestimmten Stadtteilen kommen oder wenn sie in bestimmten Stadtteilen leben: Ihre Gesundheitsbedingungen, ihre sozialen Bedingungen sind wesentlich schlechter.

(Zuruf von *Carsten Ovens CDU*)

Was heißt denn sozialer Frieden zum Beispiel in Blankenese im Björnsonweg? Was heißt es, wenn dort Menschen Nein sagen zu 192 Flüchtlingen? Frau von Treuenfels, ich finde es überhaupt nicht albern, ich finde es sehr bedenklich,

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP*: Das ist auch bedenklich!)

wenn in einer Straße, wo jahrzehntelang eine Flüchtlingsunterkunft war, wo es keine Probleme gab, wo jetzt andere Anwohnerinnen und Anwohner sagen, es sei gut gelaufen, Menschen sich aufschwingen und sagen, sie wollten dort keine weiteren Flüchtlinge haben. Das wollen Sie unter sozialem Frieden verpacken. Das geht überhaupt nicht.

(Beifall bei den LINKEN)

Ich weiß nicht, ob Sie heute den sehr interessanten Artikel in "Der Zeit" gelesen haben. Darin gibt es eine Untersuchung dazu, wer warum protestiert. Darin werden verschiedene Milieus, wie es dort so schön heißt, beschrieben. Darin wird auch beschrieben, wer sich zum Beispiel abschottet. Blankenese wird als Beispiel dafür genommen, dass es eine Tendenz gebe, dass reichere, wohlhabendere Menschen sehr offen für Geflüchtete sind, solange sie nicht in ihrer Nähe leben, und sagen, sie wollten sich lieber abschotten. Sie haben in Ihrer Anmeldung davon gesprochen, dass Sie Flüchtlingsghettos verhindern wollen. Vielleicht müssen Sie ernsthaft darüber nachdenken, ob Sie auch Rechenghettos verhindern wollen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Um den sozialen Frieden herzustellen, muss wesentlich mehr in dieser Stadt gegen soziale Spaltung passieren, damit weder arme Menschen, die schon lange in Hamburg leben, noch geflüchtete Menschen, die hierherkommen, weder gegeneinander ausgespielt noch ausgegrenzt werden. Dann erreichen wir vielleicht irgendwann einen sozialen Frieden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich komme zu dem, was der Senat geplant hat. Es war wirklich absurd zu sagen: Wir machen das rein mathematisch, jeder Bezirk liefert einen Standort für 800 Wohnungen für Geflüchtete. Das ist mathe-

matisch genauso absurd wie die Position der Volksinitiative, sie wolle nur noch Standorte, die 1 000 Meter voneinander entfernt sind. Man kann es nicht rechnerisch machen, das ist völlig klar. Ich bin froh über den Protest vor Ort. Ich bin froh über unsere guten Bezirksversammlungsleute, sowohl von den LINKEN und von den GRÜNEN als auch von der SPD, die gesagt haben, so gehe das nicht. Ich bin auch froh darüber, dass es die IFI gibt, weil sie dazu beigetragen hat, dass Rot-Grün sich bewegt. Das ist alles gut. Aber das, was Sie bisher vorgestellt haben, reicht nicht. Wir brauchen zweifelsohne mehr sozialen Wohnungsbau. Falls die Meldungen stimmen und Sie jetzt sagen, 10 000 Wohnungsgenehmigungen pro Jahr wären klasse, erschreckt mich das. Das haben wir schon lange gefordert. Aber Sie wollen, dass davon nur noch 3 000 Sozialwohnungen sind; das ist nicht einmal ein Drittel. Das ist der völlig falsche Weg, denn wir brauchen viel mehr Wohnungen für Menschen mit wenig Einkommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Daran sollten Sie sich orientieren.

Wir reden in dieser Stadt sehr viel über die IFI, Initiative für erfolgreiche Integration. Wir reden sehr wenig von all diesen Menschen, die sich in der Stadt vor Ort engagieren. Wir reden wenig von den Initiativen, die sich seit Jahrzehnten engagieren. Ich nenne das Beispiel Poppenbüttler Berg. Auch dort gibt es zwei Initiativen. Eine davon ist dafür, dass die Geflüchteten dorthin kämen. Diese Initiative findet bei den Medien kein Gehör. Wir haben andere Initiativen, die sich wirklich still und leise, aber sehr effektiv in ihren Stadtteilen bemühen. Auch sie finden kein Gehör.

(*Dennis Thering CDU*: Zeit!)

– Was? Meine Zeit ist noch völlig in Ordnung.

(*Dennis Thering CDU*: Seit einer halben Minute klingelt es!)

– Herr Thering, Sie sind ja so aufgebracht. Ihnen passen meine Argumente nicht. Bleiben Sie ganz ruhig.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich komme zum Schluss, denn, Herr Thering, ich liebe kurze und schmerzhaft Zwischenrufe, aber die langen schmerzzerfüllten Reden, die Sie hier oft halten,

(Glocke)

sind nicht der richtige Weg.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin positiv überrascht darüber, dass die Abgeordneten der Regierungskoalition sich hier so friedlich und konstruktiv präsentiert haben. Leider ist die Senatslinie aber eine andere. Mit Brechstangenprinzip und Basta-Rhetorik gefährdet dieser Senat den sozialen Frieden in unserer Stadt. Das hat die Anmeldung der CDU recht zutreffend aufgegriffen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ob durch Unterbringung nach Polizeirecht oder durch die Anwendung des Beschleunigungsparagraphen 246 Baugesetzbuch, Ihnen ist jedes Mittel recht, um Bürgerbeteiligung beim Bau von Flüchtlingsunterkünften auszuhebeln. Mit Drohgesetzen zur Enteignung und Beschlagnahme bewaffnet, ziehen Sie in den Kampf

(*Wolfgang Rose SPD*: Was reden Sie da für ein Zeug?)

gegen jeden, der sich Ihren Unterbringungsplänen widersetzt.

(Beifall bei der FDP)

Zusätzlich bedienen Sie sich billiger Tricks, um einen inhaltlichen Diskurs zu umgehen. Mit der erfolgreich zustande gekommenen Volksinitiative verhandeln Sie nicht auf Augenhöhe. Dabei sind 26 000 Unterschriften binnen weniger Tage ein deutliches Signal dafür, dass ein Weiter-So nicht akzeptabel ist. Doch anstatt nun endlich eine konstruktive Auseinandersetzung zu suchen und die Angst der Bürger vor Parallelwelten, sozialen Brennpunkten, Gewaltkriminalität und Desintegration ernst zu nehmen, erklären Sie die eingereichten Bürgerbegehren der Bequemlichkeit halber pauschal für unzulässig.

(*Farid Müller GRÜNE*: Haben Sie einmal ins Gesetz geguckt?)

Das ist wirklich ein ganz schlechter Stil.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie haben bisher jede konstruktive Diskussion mit den Bürgern in dieser Stadt und dem Parlament durch Ihre selbtherrliche Überheblichkeit beendet. Sie geben vor, Gespräche zu führen, aber gleichzeitig werden Bautätigkeiten fortgesetzt, Grundstücke zu genau diesem Zweck veräußert und weitere Tatsachen geschaffen. Das ist eine Unterwanderung dessen, was Sie an Dialogbereitschaft vorgeben. Es ist blamabel und überheblich. Das ist keine Verhandlung auf Augenhöhe, keine Lösungsorientierung, sondern Hochmut.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

Wann setzen Sie sich endlich mit der inhaltlichen Kritik an Ihrem Vorhaben auseinander? Wie lange wollen Sie die Basta-Politik gegen die eigene Be-

völkerung noch fortsetzen? Wir fordern einen respektvollen Umgang mit den Bürgern in dieser Stadt. Wir fordern eine inhaltliche Auseinandersetzung

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wie sieht denn Ihre aus?)

mit dem Anliegen der Bürgerbegehren und ihren Initiatoren. Wir fordern Sie auf, zur Deeskalation beizutragen und in einem Mediationsverfahren mit den Initiatoren der Volksinitiative Unterbringungslosungen und einen Kompromiss zu finden.

(Beifall bei der FDP und der CDU, Zurufe von der SPD)

Wir haben einen entsprechenden Antrag in das Verfahren eingebracht. Der Senat wird sich hier bewegen müssen, die Volksinitiative allerdings auch.

(*Milan Pein SPD*: Aha! – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Aha! – *Dirk Kienscherf SPD*: Jetzt wird es interessant!)

Aber letztendlich ist dieser Senat dafür verantwortlich, dass die Bürger überhaupt diesen Weg gehen, den einzigen Weg, der ihnen bleibt, nämlich der Weg zum Volksentscheid. Letzten Endes ist dieser Senat dafür verantwortlich, wenn es bei diesem Volksentscheid am Ende um die Frage Flüchtlings ja oder nein geht.

(*Kazim Abaci SPD*: Und Sie spielen mit!)

Nehmen Sie die Bürger in dieser Stadt endlich ernst. Die Hamburger wollen keine Massenunterkünfte, keine sozialen Brennpunkte, keine systematische Stigmatisierung, keinen Herd drohender Konflikte.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das machen Sie ja, Stigmatisierung!)

Die Hamburger wollen ein sozial verträgliches Zusammenleben und für die Flüchtlinge eine echte Chance auf Integration. Sie stehen in der Verantwortung, die Schutzsuchenden so unterzubringen, dass es für die hier lebenden Bürgerinnen und Bürger sozial verträglich und akzeptabel ist. Bürgerbeteiligung ist dabei das Stichwort, das wir Freidemokraten Ihnen ans Herz legen wollen. Unser Parteitag hat am Wochenende ein Zehn-Punkte-Papier zur Bürgerbeteiligung verabschiedet. Sie sollten dort hineingucken. Dort finden Sie Anregungen, wie Sie den Bürger als konstruktiven Impulsgeber einbinden können, anstatt ihn als Beschwerdeführer zu denunzieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU – *Dr. Monika Schaal SPD*: Na, na, na!)

Die Unart dieses Senats, sich über den Willen des Volkes so massiv und ohne Respekt und Anstand hinwegzusetzen, ist unerträglich.

(Jennyfer Dutschke)

(*Wolfgang Rose SPD: Was reden Sie denn da! – Dirk Kienscherf SPD: Regen Sie sich langsam mal wieder ab da vorn!*)

Ihre Basta-Politik rächt sich. Sie beschädigen das Vertrauen in Regierende und leider auch das Ansehen der Politik in Gänze. Kommen Sie von Ihrem hohen Ross herunter,

(Glocke)

geben Sie sich einen Ruck und suchen Sie gemeinsam mit der Volksinitiative und den Bürgern dieser Stadt nach anständigen Alternativen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort, meine Damen und Herren, bekommt nun Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In der Drucksache 21/1838, gleich auf der ersten Seite, schreibt der Senat:

"Alle Erfahrungen der Stadt- und Stadtteilentwicklung zur Vermeidung von überforderten Nachbarschaften und Segregation sind einzubeziehen."

Man bezieht sich mit diesem Satz auf die Erfahrung, die man mit den sozialen Brennpunkten gemacht hat, wie sie zum Beispiel in den Siebzigerjahren in Steilshoop entstanden sind, die auch deswegen soziale Brennpunkte sind, weil sie eine gewisse Größenordnung haben.

(*Dorothee Martin SPD: Wann waren Sie das letzte Mal in Steilshoop?*)

– Wann ich das letzte Mal in Steilshoop war? Ich bin dort aufgewachsen. Ich habe nicht, wie viele hier, anstudiertes Wissen über soziale Brennpunkte, sondern habe es selbst erlebt.

(Beifall bei der AfD und bei *Michael Kruse FDP*)

Der grundlegende Fehler in der Vorgehensweise des Senats ist, dass nach seinem Verständnis Großwohnsiedlungen erst ab einer Größenordnung von 10 000 Menschen entstehen und erst dann die Probleme mit der Größe einer Siedlung anfangen. Dieser Rückschluss ist, wie Sie wissen, aber falsch. Die Bevölkerungsstruktur samt ihrem Bildungsstand, mit ihren verinnerlichten Grundwerten, geprägt von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft, und die Einkommenslage bestimmen selbstverständlich ebenfalls, ob sich eine Siedlung zu einem Problemgebiet entwickelt oder nicht. Bei der Betrachtungsweise reicht es aber völlig aus, wenn ich 5 000 statt 10 000 Menschen an einem Ort unterbringe,

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Wo werden denn 5 000 an einem Ort untergebracht?*)

um einen sozialen Brennpunkt der Zukunft zu schaffen, zumal in diesem Fall, weil wir über Flüchtlinge sprechen, die wir dort geballt unterbringen wollen, der wichtige Aspekt der Integration hinzukommt. Zum wiederholten Mal bleibt mir daher nur aus Sicht unserer Fraktion festzuhalten, dass jede Flüchtlingsunterkunft an einem Ort in Hamburg deutlich unter 1 000 Plätze aufweisen muss. Es stimmt, Sie bewegen sich in die richtige Richtung, das ist anzuerkennen, aber Sie sind an vielen Standorten noch sehr weit weg von einer Größenordnung, die eine Integration über gewachsene Strukturen ermöglicht.

Jetzt sagt der Senat, man habe keine Zeit. Sicherlich ist Eile geboten, das wissen wir alle, aber jetzt panisch zu agieren, ist kontraproduktiv.

(*Wolfgang Rose SPD: Wer reagiert denn kontraproduktiv?*)

War es nicht einmal Ihr Kanzler, der gesagt hat, regieren mit ruhiger Hand? Falsche Handlungen bleiben falsche Handlungen, auch wenn sie unter Eile geschehen, und die Folgen bleiben auch bestehen. Das Bedauerliche dabei ist, dass diese Folgen irreversibel sind. Flächen, die den Menschen der Naherholung dienen sollten, werden jetzt zugebaut, Landschaftsachsen werden dichtgemacht. Es werden Großsiedlungen entstehen, die das Potenzial in sich tragen, zu Problemsiedlungen der Zukunft zu werden.

(*Kazim Abaci SPD: Wie kommen Sie denn darauf?*)

Sie schaffen künstliche, speziell auf Flüchtlinge zugeschnittene Infrastrukturen und simulieren damit Wirklichkeit in diesen Großsiedlungen in der irrigen Annahme, dass, wenn die Menschen sich in diese Kunstwelt integriert hätten, sie sich damit auch in unser Land und unsere Gesellschaft integriert hätten.

(*Jan Quast SPD: Das ist ja ein Schwachsinn, was Sie da reden!*)

Das alles sind falsche Annahmen, Maßnahmen und Vorstellungen Ihrerseits, die zu einem Scheitern der wichtigen Integration führen werden, nicht in Gänze, aber in Teilen. Mir ist natürlich klar – das wurde auch schon deutlich gesagt –, dass ich hier sagen kann, was ich will. Die Anhörung der Sachverständigen im Festsaal mit Leuten wie Herrn Buschkowsky, der aus der Praxis erzählt und vor Parallelgesellschaften gewarnt hat; die Gründung von BIs und der Zusammenschluss zu einem Dachverband – eine ziemlich seltene Angelegenheit in Hamburg –, dann mittlerweile eine große Anzahl an Beiträgen in der Presse, die nach der ersten Hurra-Welle anfangen, sich etwas differenzierter mit der Unterbringung der Flüchtlinge zu be-

(Detlef Ehlebracht)

schäftigen, all das wird Sie nicht davon abhalten, weiter so durchzuregieren, als würden Sie den Willen der Mehrheit der Menschen in dieser Stadt repräsentieren. Das tun Sie nicht. Es war schließlich nur ein gutes Drittel, das Sie in Ihre jetzige Position gewählt hat.

(Dirk Nockemann AfD: Das werden immer weniger! – Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Der Rest hätte sicher AfD gewählt!)

– Wir arbeiten daran.

Auch wenn Sie aufgrund des öffentlichen Drucks und nicht aus Einsicht bei einzelnen Vorhaben ein Stück zurückgerudert sind, hält Ihre Politik der zitt-rigen Hand, gepaart mit einer großen Portion Ignoranz, die Sie gegenüber allen oppositionellen Standpunkten in dieser Frage an den Tag legen, dem zugegebenermaßen großen Handlungsdruck nicht stand. Das wurde nicht deutlicher präsentiert als auf der Anhörung im CCH, als auf das engagierte Vortragen verschiedener Reden von Auskunftspersonen die Frau Senatorin schlicht und ergreifend ihr Köfferchen öffnete und eine vorbereitete Rede einfach abgelesen hat, ohne auch nur einmal auf irgendeinen der

(Glocke)

Vorschläge einzugehen. – Danke!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE bekommt jetzt das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Wir befinden uns in der Situation, feststellen zu müssen, dass es Konflikte zwischen legitimen Interessen gibt. Wir haben den Interessenkonflikt zwischen der Notwendigkeit und der Richtigkeit der Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung, die wir fordern und wollen, und dem Recht auf Unterbringung. Das sind legitime Interessen beider Seiten. Trotzdem sind wir in einem Konflikt. Denn würde diese Bürgerinitiative in den Stadtteilen stattfinden, ginge das zulasten und auf Kosten der Geflüchteten, zulasten der Unterbringung. Deswegen muss ich bei all unseren Bedenken sagen, dass die Gesetze so sind. Es zerreißt uns ehrlich gesagt ein bisschen, denn wir haben eine starke Tendenz gegen die Einheitsgemeinde und unterstützen die Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung stark. Aber wir wissen, dass die Unterbringung eine völkerrechtliche Verpflichtung ist, eine Verpflichtung aufgrund der Menschenrechte. Dazu stehen wir auch in diesem Konflikt. Wir werden versuchen, diesen Konflikt nach unseren Kräften zu bewegen, damit wir beides erreichen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN und bei Nebahat Güçlü und Dora Heyenn, beide fraktionslos)

Frau Dutschke, ich finde gut – der Kollege Jarchow betont das ja auch öfter –, dass die FDP die Partei der Bürgerrechte ist, aber ich wünschte mir, die FDP wäre auch die Partei der Grundrechte, die Partei der Menschenrechte. Sie haben über die Flüchtlinge hinweggeredet. Es geht an Ihnen einfach vorbei, ob sie untergebracht werden oder nicht.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Wieso sagen Sie so etwas?)

Es ist ein Grundrecht, ein Menschenrecht, und wir sind völkerrechtlich verpflichtet, die Flüchtlinge aufzunehmen.

(Beifall bei Hendrikje Blandow-Schlegel SPD)

Sie machen sich zum Sprachrohr von Wohlhabenden, die in ihrer Parallelgesellschaft leben wollen, und betreiben einen Klassenkampf von oben.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN und bei Nebahat Güçlü und Dora Heyenn, beide fraktionslos)

Sie brauchen sich nicht auf den sozialen Frieden zu berufen, Sie haben ihn eben erheblich gestört. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN und bei Nebahat Güçlü und Dora Heyenn, beide fraktionslos)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, ich berufe jetzt den Ältestenrat ein.

Unterbrechung: 15.45 Uhr

Wiederbeginn: 15.52 Uhr

Meine Damen und Herren! Alle Unklarheiten sind beseitigt, wir setzen die Sitzung fort. Das Wort bekommt Frau Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Frau Schneider, ich habe mich zwar wieder ein bisschen abgeregt, möchte aber trotzdem sagen, dass Sie heute nicht nur einen ganzen Stadtteil, aus dem ich zufällig komme, sondern auch die Kollegin von der FDP diffamiert haben.

(Dirk Kienscherf SPD: Ja, die war heute aber auch ...!)

Das finde ich absolut unmöglich. Diese Art des Umgangs sollten wir sein lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Dressel, ich fürchte, Sie haben das Problem immer noch nicht so richtig durchdrungen.

(Zurufe von der SPD)

(Karin Prien)

Frau Miosga von den "Tagesthemen" hat die Ereignisse in Blankenese kommentiert und einen sehr richtigen Satz gesagt:

"Die Menschen haben in Blankenese kein Problem mit Flüchtlingen, aber sie haben das Vertrauen in die Politik des Senats verloren."

Das ist leider das Problem. Dieses Problem befördern Sie mit der Art und Weise, wie Sie im Augenblick in dieser Stadt Politik machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Dirk Kienscherf SPD*: Jetzt haben Sie auch noch Mitleid damit, das macht es umso schlimmer!)

Noch am 2. März 2016 hat der Bürgermeister an den Gemeinsinn von uns Hamburgern plädiert und gleichzeitig steif und fest behauptet, es bestehe überhaupt kein Zweifel daran, dass wir in dieser Stadt in diesem Jahr 80 000 Unterbringungsplätze für Flüchtlinge bräuchten. Das ist damals eine falsche Aussage gewesen und war im Licht der jüngsten Ereignisse eine völlig absurde Behauptung. Ich persönlich hätte vom Bürgermeister erwartet, dass er diese Aussage vor den Bürgern dieser Stadt richtigstellt. Dann könnte man nämlich auf einer neuen, vernünftigen Bedarfsgrundlage über die Angelegenheit diskutieren und auch darüber sprechen, welche tatsächlichen Absichten Sie mit Ihrem Wohnungsbauprogramm Perspektive Wohnung verfolgen. Dazu komme ich gleich.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Farid Müller GRÜNE*: Was ist denn die Bedarfsgrundlage?)

Noch etwas zu der Art und Weise, wie Sie argumentieren: Ja, es leben immer noch zu viele Menschen in Baumärkten und es leben immer noch ein paar wenige in Zelten. Das ist nicht gut, aber es sind nicht mehr 7 000 oder 8 000 Menschen, von denen Sie immer sprechen, sondern laut Stand von gestern 4 500 Menschen.

(*Ksenija Bekeris SPD*: 4 500 sind zu viel!)

Selbstverständlich haben wir und auch die Volksinitiative zu keinem Zeitpunkt in Abrede gestellt, dass wir 4 500, 5 000, vielleicht auch 10 000 Wohnungen für Flüchtlinge bauen sollten.

(Zurufe von der SPD: Ja, wo denn?)

Das können wir machen, das ist ohne Weiteres möglich, ohne dass man, wie Sie es wollen, nach wie vor Großsiedlungen baut.

(Beifall – *Dirk Kienscherf SPD*: 10 000 wollen Sie bauen? Das ist das Doppelte von dem, was wir bauen wollen! – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Kienscherf, wenn Sie sich zu einer Zwischenbe-

merkung oder Zwischenfrage melden wollen, dann tun Sie das gern, aber tun Sie es auf dem richtigen Weg.

Karin Prien CDU (fortfahrend):* Worum geht es in Wirklichkeit? Es geht darum, dass Sie Wohnungsbau betreiben wollen, ohne das Planrecht und die dazu bestehenden Regelungen einzuhalten. Das ist das, was Sie wollen. Das ist nicht richtig und wird auch nicht dadurch richtig, dass Sie sagen, Sie müssten mehr sozialen Wohnungsbau betreiben. Das müssen Sie, aber halten Sie bitte die Regeln dazu ein. Die Bürger müssen das, und Sie als Staat müssen das auch, meine Damen und Herren von Rot-Grün.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Wolfgang Rose SPD*: Das machen wir auch!)

Die Bürger haben ein sehr feines Gespür dafür, dass Sie falsch spielen. Ich will Ihnen noch ein Beispiel nennen. In dieser Drucksache, die Sie am 5. April 2016 gezaubert haben, an dem Tag, an dem die Bürgerbegehren eingereicht worden sind, steht zum Beispiel – das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen –, dass Sie in Osdorf am Grubenstig eine weitere Folgeunterkunft für 700 Menschen schaffen wollen, obwohl Sie am gleichen Tag in einer Schriftlichen Kleinen Anfrage auf meine Frage, was Sie in Osdorf vorhaben, behauptet haben,

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Geschummelt und getrickst!)

mit den beiden Bauabschnitten A und B am Blomkamp sei es das nun gewesen. Das steht wörtlich darin. In der Drucksache vom gleichen Tag, die Sie erst einmal geheim halten wollten, steht, dass Sie 700 weitere Plätze im Umkreis von 500 Metern schaffen wollen. Das zerstört Vertrauen bei den Menschen in Ihre Politik, was ich sehr gut verstehen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Tjarks, Ihr merkwürdiges Verhältnis zum Thema Bürgerbegehren muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Mit Ihrer heutigen Argumentation führen Sie Bürgerbegehren ad absurdum.

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Sie haben sich selber ad absurdum geführt!)

– Nein, ich habe mich nicht ad absurdum geführt, Sie führen sich ad absurdum, Sie nehmen es nämlich nicht ernst.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der Senatsbeschluss vom 5. Oktober 2015, auf den Sie rekurrieren, Herr Tjarks, enthält keine klare Weisung an den Bezirk und würde einer entsprechenden rechtlichen Überprüfung nicht standhalten. Genau deshalb haben Sie am 5. April 2016 zu diesem Trick gegriffen. Da fühlen sich die Bürger

(Karin Prien)

hinters Licht geführt. Das ist Ihre Politik, und das ist eine schlechte Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie, Herr Dressel, sagen, Sie würden doch Gespräche führen und sich bewegen.

(Birgit Stöver CDU: Rückwärts!)

Ja, Sie bewegen sich, weil es die Volksinitiative gibt, und Sie bewegen sich, weil die Gerichte Ihnen ein ums andere Mal sagen: So nicht, lieber Senat, Sie verstoßen gegen geltendes Recht. Das ist doch das Problem und der Grund, warum Sie bereit sind, in irgendeiner Weise nachzugeben. Man muss Sie aber zum Jagen tragen; das ist leider so.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie wissen auch, dass es bei dem Moratorium, das die Initiative gefordert hat,

(Glocke)

immer nur um ein Moratorium bis zum 30. Juni 2016 ging. Das könnten Sie machen, wenn Sie es ernst meinten. Ich kann nur an Sie appellieren: Tun Sie es auch. Es ist eine Frage des Vertrauens, das wir in dieser Stadt dringend brauchen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion bekommt das Wort für vier Minuten.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Angesichts der vielen Zahlen möchte ich kurz auf Frau Priens Vorhalte eingehen. Es wäre ja schön für die Lage hier und woanders, wenn Sie hellsehen könnten, wie sich die Situation weiter entwickelt.

(Birgit Stöver CDU: Aber, Herr Dressel, die Zahlen sinken!)

Bei der internationalen Lage muss jeder nur abends die "Tagesschau" gucken. Was ist mit den Ausweichrouten? Wie entwickelt sich die Lage an den Außengrenzen? Es sind so viele Unwägbarkeiten. Kollege Tjarks hat vorhin genau das Richtige gesagt: Sie werden die Erste sein, die, wenn es anders kommt, fragt, wie das habe passieren können, wie der Senat habe so wenig vorbereitet sein können, genau, wie Sie im vergangenen Herbst gesagt haben, wir seien zu langsam und planten zu wenig Kapazitäten. Dann haben Sie uns genau den umgekehrten Vorwurf gemacht, und wenn es andersrum läuft, würden Sie uns wieder den umgekehrten Vorwurf machen. So kann es nicht laufen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dann zum Thema, was die wirklichen Absichten des Programms Perspektive Wohnen sind: Dazu

können Sie die Drucksache 21/1838 einsehen, in der die wirklichen Absichten total unverschleiert dargelegt sind. Niemand braucht konspirative Gedanken zu hegen. Es sollen in der Tat Sozialwohnungen werden, weil die Stadt jede einzelne zusätzliche Sozialwohnung braucht. Das müssen Sie endlich begreifen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie sich in diesem Punkt richtig informieren würden, geschieht das natürlich auch mit Bebauungsplanverfahren. Überall in den Bezirken passiert jetzt, dass die Bebauungsplanverfahren nach allen Regeln, wie es im Baugesetzbuch steht, durchgeführt werden. In einigen Bezirken in Altona braucht man das nicht, weil es dort schon einen Bebauungsplan gibt. Das heißt, das passiert genau parallel.

(Birgit Stöver CDU: Aber warum denn ohne Ausschreibung, ohne Bürgerbeteiligung? Warum denn?)

Deshalb wird diese Forderung genau erfüllt. Informieren Sie sich an der Stelle.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dann zu dem Punkt, wir bekämen überall bei den Gerichten etwas auf die Mütze. Es stimmt, die Öffentlichkeitsarbeit der Initiativen in den Verfahren, in denen wir etwas auf die Mütze bekommen, hat gut funktioniert. Aber es gibt ungefähr 15 bis 20 Verfahren, die die Stadt gewonnen hat, und das ist deutlich mehr gegenüber den Verfahren, in denen es anders gelaufen ist. Deshalb sollte man die beiden Fälle auseinanderhalten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es wäre gut – das sage ich in Richtung FDP und CDU –, wenn Sie nicht nur sagten, was nicht gehe. Einen Satz in der wirklich schwierigen Rede von Frau Dutschke habe ich mir positiv notiert, nämlich diesen: Die Volksinitiative müsse allerdings auch Entgegenkommen zeigen. Richtig. Es wäre trotzdem gut, wenn die FDP sagte, was sie wolle. Bei der CDU vermisse ich Vorschläge, Kompromissvorschläge, Alternativvorschläge.

(Birgit Stöver CDU: Die Anträge liegen vor!)

Bisher gibt es nur einen, den ich gut finde. Das ist der aus Harburg, den Sie gemeinsam mit unserer SPD-Bezirksfraktion als Kompromiss beschlossen haben. Ansonsten: nur meckern, aber keine Vorschläge. So geht das nicht in einer so schwierigen Zeit für diese Stadt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

(Präsidentin Carola Veit)

Bevor wir zu den Debatten kommen, erhält Professor Kruse das Wort für eine Persönliche Bemerkung nach Paragraf 45 der Geschäftsordnung.

Herr Professor Kruse, ich möchte Sie darauf hinweisen – weil das ein Instrument ist, das wir nicht sehr oft benutzen –, dass nur Angriffe auf Ihre eigene Person zurückzuweisen oder eigene Ausführungen zu berichtigen sind. Sie haben dafür maximal drei Minuten Zeit. Sie haben das Wort.

Dr. Jörn Kruse AfD (persönliche Bemerkung gemäß § 45 GO):* Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren in der Bürgerschaft! Ich habe gestern in der Diskussion über den CDU-Antrag "Christen und andere Minderheiten schützen" eine Rede gehalten, die Anlass für eine Ältestenratssitzung war. Ich habe darüber abends in Ruhe nachgedacht und sage Ihnen heute, dass ich zu allem, was ich gestern gesagt habe, stehe und die Einberufung des Ältestenrats aufgrund meiner Rede als den Versuch der Einschüchterung betrachte habe.

(Beifall bei der AfD und bei *Dr. Ludwig Flocken* fraktionslos)

Ich sage denjenigen, die den Ältestenrat einberufen haben, dass das bei mir nicht funktionieren wird.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Professor Kruse, das Instrument der persönlichen Bemerkung dient dazu, Angriffe auf die eigene Person zurückzuweisen, die sich aus den Vorträgen und Reden im Plenum ergeben, oder dazu, Ihre eigenen Ausführungen zu korrigieren. Bitte halten Sie sich daran; ansonsten muss ich Ihnen das Wort entziehen.

Dr. Jörn Kruse AfD (fortfahrend):* Ich glaube, dass ich genau das getan habe.

(Zurufe von der LINKEN und den GRÜNEN: Nein, überhaupt nicht, nein!)

Wenn jemand von seiner politischen Position her glaubt, mir rote Linien vorgeben zu können, was ich sagen darf und was nicht, dann sind die Personen auf dem Holzweg.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Professor Kruse, ich rufe Sie zur Ordnung.

(*Dr. Bernd Baumann* AfD: Weswegen?)

Wir fahren mit unseren Debatten fort und kommen

zu Punkt 43, Drucksache 21/3854 unserer Geschäftsordnung. Das ist ein Antrag der CDU-Fraktion, der sich mit dem Thema "Fernwärmeversorgung ideologiefrei und ökonomisch sinnvoll weiterentwickeln" befasst.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Fernwärmeversorgung ideologiefrei und ökonomisch sinnvoll weiterentwickeln
– Drs 21/3854 –]**

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Potenziale der Fernwärmeversorgung im Hamburger Süden prüfen
– Drs 21/4032 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/4032 ein Zusatzantrag der FDP-Fraktion vor.

Die Fraktionen der CDU und der FDP möchten beide Drucksachen an den Ausschuss für Umwelt und Energie überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Bitte, Herr Gamm von der CDU-Fraktion, Sie haben es.

Stephan Gamm CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Versorgung Hamburgs mit Wärme steht vor einer Zäsur. Damit die Versorgung mit Wärme, insbesondere von rund 150 000 Haushalten im Hamburger Westen, auch in Zukunft unterbrechungsfrei sichergestellt werden kann ...

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Das gilt sowohl für die Bürgerschaftsabgeordneten als auch für den Senat: Gespräche führen wir gern außerhalb dieses Saals. – Herr Gamm, setzen Sie Ihre Rede fort.

Stephan Gamm CDU (fortfahrend):* Damit auch künftig die Versorgung unterbrechungsfrei sichergestellt werden kann, ist schnellstmöglich eine Ersatzlösung für das Kohlekraftwerk in Wedel zu finden. Trotz eines langwierigen Gutachterprozesses, der bereits vom SPD-Vorgängersenate initiiert wurde, ist nach zweieinhalb Jahren weit und breit keine Lösung in Sicht. Senat und allen voran Umweltsenator Kerstan sind offenbar nicht in der Lage, eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Nachfolgelösung zu finden.

Die unmittelbaren Konsequenzen aus dem fehlenden Willen, eine politische Entscheidung herbeizuführen, sind die Verlängerung der Laufzeit des Kraftwerks Wedel. Das ist schlecht für das Klima in Hamburg und der Welt und führt zu einem Investitionsaufwand von rund 80 Millionen Euro, den am Ende die Hamburgerinnen und Hamburger zu tragen haben.

(Stephan Gamm)

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Gleichzeitig führt die Ertüchtigung des Kraftwerks zu einem direkten Bruch des rot-grünen Koalitionsvertrags.

(Erster Vizepräsident Dietrich Wersich übernimmt den Vorsitz.)

Auf Seite 67 heißt es nämlich:

"Eine Ertüchtigung des Kohlekraftwerks Wedel wird ausgeschlossen."

Punkt.

Als dieses Ziel erstmals veröffentlicht wurde und ich das mit Menschen aus der Energiewirtschaft diskutiert habe, gab es von allen eine einhellige Reaktion: Sie haben gelacht, weil die eindeutige Auffassung war, es gebe keine Lösung, die in so kurzer Zeit realisierbar wäre. Insofern ist somit die kategorische Aussage im Koalitionsvertrag entweder das Resultat völliger energiewirtschaftlicher Unkenntnis oder eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit. Ich weiß nicht, was da schlimmer wäre.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es helfen Ihnen auch keine Ausreden. Frau Sparr hat diesen Vorgang nämlich damit kommentiert, dass man rational handeln würde und ab und zu eine Entscheidung revidieren müsse, um andere Problemlösungen zu ermöglichen. Um es deutlich zu sagen: Sie geben eine fundamentale Position nach nur acht Monaten auf, obwohl die Rahmenbedingungen sich faktisch nicht geändert haben. Das ist handwerklich mangelhaft und belegt, wie inhaltsleer und beliebig grüne Energiepolitik in Hamburg ist.

(Beifall bei der CDU)

Das Beste ist: Ich weiß schon jetzt, an welcher Stelle der Koalitionsvertrag als Nächstes gebrochen werden wird. So fordern Sie sinngemäß nämlich die vollständige Öffnung der Wärmenetze für erneuerbare Wärmeenergie. Das Ziel, das Wärmenetz weiträumig zu öffnen, mag im ersten Moment gut klingen – es klingt nach Transparenz, es klingt nach dem Ringen um die besten ökologischen Lösungen, und es klingt nach Schaffung von mehr Wettbewerb. So weit, so gut. Doch die Realität sieht anders aus, denn diese Forderung resultiert abermals aus energiewirtschaftlicher und technischer Unkenntnis, wie ein Wärmenetz überhaupt funktioniert. Ein Wärmenetz ist nämlich nicht vergleichbar mit einem Stromnetz, bei dem der Anschluss neuer Erzeugungsquellen relativ einfach vorgenommen werden kann. Bei einem Wärmenetz handelt es sich um ein in sich geschlossenes System, bei dem heißes Wasser hineingepumpt wird, in einen Kreislauf läuft und als kaltes Wasser in sehr individuellen Ausprägungen zurückkommt.

Was würde es nun bedeuten, wenn Sie ein kleines Blockheizkraftwerk (BHKW) an das Fernwärme-

netz von Vattenfall anschließen würden? Das möchte ich Ihnen anhand eines Beispiels erläutern. Stellen Sie sich vor, es ist Wochenende, Senator Kerstan steht in seinem Garten, wässert seine Sonnenblumen mit einem Gartenschlauch und hat plötzlich die Idee, den Gartenschlauch an die Löschkanone eines Feuerweherschiffs anzuschließen. Jetzt frage ich Sie, was dann passieren würde.

(Birgit Stöver CDU: Dann explodiert das Ding!)

– Genau.

Das ganze System Gartenschlauch-Löschkanone würde explodieren. Um das zu verhindern, müssten sehr teure technische Veränderungen vorgenommen werden. Wenn man weiß, dass ein BHKW in der Regel Wasser mit einer Temperatur von 90 Grad bei einem relativ geringen Druck in ein System einspeist, Vattenfall hingegen heißen Dampf mit über 600 Grad bei sehr hohem Druck einspeist, ist klar, wo dieses Problem liegt. Deshalb wurde die nachträgliche Öffnung eines Wärmenetzes nach meinem Wissen nämlich in ganz Europa bisher noch kein einziges Mal vorgenommen.

Selbst wenn man es technisch umsetzen sollte, würde es die Wirtschaftlichkeit massiv beeinflussen und am Ende die Preise der Fernwärme für die Hamburgerinnen und Hamburger erheblich erhöhen.

Das würde interessanterweise gegen die Forderung des Volksentscheids nach Sozialverträglichkeit verstoßen und verdeutlicht abermals, dass bei jeder energiepolitischen Entscheidung auch das energiewirtschaftliche Dreieck zu berücksichtigen ist, also der Dreiklang aus Klimaverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Dass nicht jede Lösung auch die beiden anderen Ziele gleichermaßen erfüllt, können wir gerade in Kiel beobachten. Dort gibt es ein besonders von den GRÜNEN, vom BUND hoch gelobtes Wärmeversorgungskonzept auf der Basis flexibler Gasmotoren. Doch weil dies wirtschaftlich nicht tragfähig ist, bekommen nun Tausende Kunden in Kiel Verträge mit Preiserhöhungen, die sich durchschnittlich zwischen 50 und 100 Prozent bewegen. Das müssen wir uns vor Augen führen.

Die CDU-Fraktion wird sich daher mit aller Kraft dafür einsetzen, dass es in Hamburg nicht zu einer ähnlichen Situation kommt. Unausgegorene grüne Energieprojekte dürfen bei den Hamburgerinnen und Hamburgern nicht zu massiven Preiserhöhungen führen und die wirtschaftliche Stärke Hamburg gefährden.

(Beifall bei der CDU und bei Michael Kruse FDP)

(Stephan Gamm)

Wenn wir ernsthaft nach tragbaren Lösungen suchen, müssen wir uns die Frage stellen, ob wir es uns als Gesellschaft leisten wollen und können, die Wärmeenergie einer bereits bestehenden Erzeugungsanlage aus ideologischen Gründen wegzuworfen. Das ist der Kern der Frage, der wir uns stellen müssen. Wir brauchen daher eine ideologiefreie Diskussion darüber, mit welchen Lösungen wir einen bestmöglichen Kompromiss innerhalb dieses Dreiecks energiewirtschaftlicher Ziele realisieren können.

Das schließt, wenn auch nicht ausschließlich, die Frage nach Moorburg mit ein. Im Kontext unseres Antrags müssen wir uns daher folgende Fakten vor Augen führen: Die Versorgungssicherheit muss gewährleistet und die Energiewende gleichzeitig zum Erfolg geführt werden. Das ist das entscheidende Ziel, das es zu erreichen gilt. Um das zu erreichen, gibt es zwei Lösungspfade, auf denen wir uns bewegen. Der erste Lösungspfad heißt: Wir bauen neue Erzeugungskapazitäten auf, um Wedel zu ersetzen. Das beinhaltet insbesondere den Bau von Heizkraftwerken und von BHKW-Anlagen. Jedoch ist eine alleinige Fokussierung auf diese Möglichkeiten zum vollständigen Ersatz von Wedel mit erheblichen Risiken verbunden. Zwar hat die kürzlich verabschiedete Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) zu einer deutlich erhöhten Planungs- und Investitionssicherheit für solche Vorhaben geführt, aber sie gibt gleichzeitig ein sehr enges Zeitfenster vor. So muss eine Erzeugungsanlage, die den Genuss dieser Förderung in Anspruch nehmen möchte, bis 2022 in einen Dauerbetrieb gehen, abzüglich eines Testlaufs von einer Heizperiode. Das heißt, Bau und Anschluss müssen spätestens 2021 erfolgen. Vorher müssen aber noch Standorte gefunden werden, es müssen die erforderlichen Genehmigungen eingeholt werden. Im Anschluss daran müssen die Projekte vorbereitet, konzipiert und realisiert werden.

Diese einzelnen Schritte werden jedoch in der Regel nicht so problemlos umsetzbar sein. Es sind Verzögerungen einzuplanen, beispielsweise die offenkundige Langsamkeit der Behörde für Umwelt und Energie. Wenn ich mich daran erinnere, wie lange Sie brauchen, um den Luftreinhalteplan zu entwickeln, wird mir schon angst und bange. Oder aber denken Sie an drohende Klagen des BUND, der bekanntermaßen keine Gelegenheit in Hamburg auslässt, um wichtige Infrastrukturprojekte mit allen Mitteln zu blockieren oder zu verzögern.

Sie sehen also, dass es sehr unwahrscheinlich ist, über diesen Weg fristgerecht zu einem vollständigen Kapazitätsausgleich zu kommen.

Das führt uns nun zu dem zweiten Lösungspfad, nämlich zu der Nutzung von bereits vorhandenen Erzeugungsquellen. In Hamburg gibt es zurzeit keine Erzeugungseinheit, die in der Lage wäre, das Kraftwerk Wedel vollständig zu ersetzen. Das Erd-

gasheizwerk Haferkamp ist hierfür nicht geeignet, da es aufgrund seiner Leistungsfähigkeit und seiner Kosteneffizienz nur für den Ausgleich von Spitzenlasten herangezogen werden kann. Als weitere Möglichkeit bietet sich die Ausschöpfung industrieller Abwärmepotenziale wie die von der Aurubis an. Das ist zweifellos ein interessanter Ansatz, der mit einer Kapazität von circa 60 Megawatt aber nur einen Teil der benötigten Wärmeleistung liefern können wird.

Es bleibt noch das Kraftwerk Moorburg. Dort müssen wir zunächst die normative Kraft des Faktischen zur Kenntnis nehmen. Das Kraftwerk Moorburg ist auch langfristig für eine stabile Stromversorgung Hamburgs unverzichtbar. Mit dem Kernkraftwerk Brokdorf wird spätestens 2021 das letzte Großkraftwerk in der Metropolregion Hamburg vom Netz gehen, und es wird noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, dauern, bis Deutschland die erforderlichen Speicherkapazitäten verfügbar hat, um beispielsweise die Stadt Hamburg stabil über erneuerbare Energien versorgen zu können.

Gleichzeitig wird die anfallende Abwärme ungenutzt in die Luft und insbesondere in die Elbe abgegeben. Dies belastet die Umwelt und widerspricht jeder ökonomischen und ökologischen Vernunft. Es kann doch wahrlich niemanden geben, der ernsthaft behauptet, dies sei ein ökologisch wünschenswerter Zustand.

Es geht uns in unserem Antrag nicht darum, die Einbeziehung der Abwärme aus Moorburg als alleinige Lösung zu präferieren. Denn wir sind davon überzeugt, dass die Energiewende nur durch den Wettbewerb verschiedener Versorgungskonzepte untereinander gelingen kann. Daher appelliere ich an Sie: Springen Sie zum Wohl unserer Stadt über Ihren ideologischen Schatten und beziehen Sie die Möglichkeit einer Nutzung der Abwärme aus Moorburg explizit in Ihre Betrachtung mit ein. Es ist nicht nachvollziehbar, warum Wärme aus Aurubis gut sein soll und die Wärme aus Moorburg schlecht.

Dass Sie offenbar kein Problem damit haben, energiepolitische Positionen geradezu blitzartig zu räumen, haben Sie mit der Laufzeitverlängerung für das älteste Kohlekraftwerk Deutschlands bereits unter Beweise gestellt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Michael Kruse FDP*)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Vielen Dank, Herr Gamm. – Als Nächste erhält das Wort Frau Dr. Monika Schaal von der SPD-Fraktion.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hamburg will die Fernwärme vereinbarungsgemäß 2019 von Vattenfall übernehmen, und jetzt arbeitet die Behörde für Umwelt und Energie an Alternativen zum Kohlekraftwerk We-

(Dr. Monika Schaal)

del. Die Behörde ist dabei keineswegs untätig. Sie ist auch nicht unfähig, sondern wir haben bereits im Fachausschuss darüber diskutiert, dass die Dinge außerordentlich komplex sind, Herr Gamm, und das wissen Sie auch. Seit Ende 2015 liegt das Gutachten der Aachener BET-Gesellschaft vor, in dem man die Probleme im Einzelnen nachlesen kann.

Der Kern Ihres Antrags, Herr Gamm, ist natürlich die Moorburg-Trasse. Die Moorburg-Trasse wurde von den Aachener Gutachtern allerdings als die schlechteste aller Varianten für die Fernwärme ausgeschlossen und verworfen. Die Gründe: hohe Kosten, hohe CO₂-Emissionen und damit auch ein sehr hohes Kostenrisiko für den Wärmebezug. Unverhältnismäßige Preissteigerungen bei der Modernisierung der Fernwärme – Originalton CDU – wollen wir aber auch nicht. Das fordert die CDU in ihrem Antrag, nimmt aber die nachgewiesenen Kostenrisiken überhaupt nicht zur Kenntnis. So geht es nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist ziemlich billig, mit dem Finger auf andere zu zeigen, wie Sie es getan haben, Richtung Kiel. Das nutzt uns überhaupt nicht. Auch die Nutzung von Abwärme – das haben wir diskutiert, nicht konkret am Beispiel Moorburg, aber in anderem Zusammenhang –, ist nicht einfach. Auch die Abwärmeeinbindung, die erst geplant, genehmigt, aber auch akzeptiert und gebaut werden muss, braucht eine Anbindung an das große Netz. Abwärme bringt aber auch Probleme mit sich, die man angehen muss. So muss man sich fragen, wer den Bau der Verbindungsleitungen zur Einspeisung herstellt, ob die erforderliche Betriebstemperatur des Netzes erbracht wird – das Problem haben Sie angesprochen, Herr Gamm. Dabei ist es sicher nicht angebracht, alberne Gartenschlauchbeispiele anzuführen, sondern hiermit muss man sich technisch auseinandersetzen.

Wie wird die Wärmeversorgung sichergestellt, wenn die Abwärme ausfällt? Auch das ist nicht trivial. Wo bleibt die kontinuierlich anfallende Abwärme eigentlich zum Beispiel im Sommer, wenn keine Wärme benötigt wird? Im Sommer braucht man keine Fernwärme; man braucht Wärme, um das Warmwasser für die Haushalte zu heizen, und das machen wir in Hamburg in unserer eigenen Anlage in der Borsigstraße ganz ökonomisch mit erneuerbarem Altholz. Diese Anlage in der Borsigstraße reicht. Für den Sommerbetrieb brauchen wir also keine zusätzliche Abwärme. Hier haben wir nämlich bereits ein Teilsegment für die Wärmeproduktion, eine wirtschaftliche und umweltfreundliche Lösung, die wir beibehalten wollen. Aber, wie gesagt, das ist ein Teilsegment.

Es wird überlegt, die industrielle Abwärme in ein Nahwärmenetz einzuspeisen, mit dem die Probleme gegebenenfalls leichter lösbar sind. Dem Ver-

nehmen nach würde auch Vattenfall eine lokale Lösung einer Abwärmeeinspeisung in das große Versorgungsnetz vorziehen. Hier bietet sich möglicherweise der Hamburger Osten förmlich an. Insofern wundere ich mich auch, dass die CDU diesen Vorstoß mit Moorburg macht. Über das, was bisher diskutiert wurde, steht im CDU-Antrag nichts, geschweige denn von der Machbarkeit, dem Zeitfaktor und den Kosten.

Auch die FDP hat einen Vorschlag gemacht. Sie fordert eine Gesamtkonzeption für die Süderelbe, um Abwärme aus Moorburg zu nutzen, will aber erst einmal die Potenziale analysieren. Hierzu wissen wir aus der Behörde, dass es nicht viel und darum leider nicht geeignet ist.

Die CDU, Herr Gamm, hat beklagt, dass bei der Stromproduktion in Moorburg die anfallende Wärme in die Elbe geleitet werde und den Fluss aufheize. Um das zu verhindern, hatten sich Vattenfall und die Stadt auf den Bau eines Hybridkühlturms zur Verringerung des Elbwassergebrauchs verständigt, um die Elbe zu entlasten. Strittig ist die Einsatzzeit des Hybridkühlturms. Beim Bundesverwaltungsgericht ist immer noch ein Verfahren anhängig, in welchem Umfang der Kühlturm zum Einsatz kommt. Das sollten Sie hier auch einmal sagen. Dem Verfahren tut es sicher nicht gut, wenn wir unqualifiziert darüber reden.

Mindestens im Sommer aber, wenn die Elbe ohnehin in Wärmestress gerät, wird die Auskopplung von Wärme aus Moorburg sicher keine Abhilfe schaffen, denn im Sommer braucht sie niemand. Das ist alles andere als nur Polemik und wird sicher für das Verfahren nicht hilfreich sein.

Ende 2015 wollten Vattenfall und die Stadt wegen Unwägbarkeiten nicht mehr über den Bau eines Gas-und-Dampfturbinen-Kraftwerks (GuD) am Standort Wedel entscheiden – Herr Gamm hat darauf hingewiesen –, aber man muss die Polemik abziehen, Herr Gamm. Wir haben darüber diskutiert, worin die Risiken liegen. Es ist das unwägbare Strompreisrisiko, es waren die seinerzeit nicht bekannten Möglichkeiten einer KWK-Förderung, ohne die der Neubau dort nicht darstellbar war, und es gibt auch am Standort Wedel erhebliche Rechtsrisiken, die noch nicht abschätzbar sind. Entscheidungen unter Unsicherheit trifft kein Unternehmen gern, ob mit oder ohne öffentliche Beteiligung.

Jetzt werden Alternativen gebraucht, die erarbeitet werden müssen. Bis sie gefunden und vor allen Dingen auch solide umgesetzt werden, wird man das Kohlekraftwerk in Wedel für eine Übergangszeit den aktuellen emissionsrechtlichen Vorschriften anpassen müssen, denn auf ewig will niemand dieses Kraftwerk weiter betreiben.

Eines muss auch klar sein: Die Versorgungssicherheit muss kontinuierlich gewährleistet sein. Es

(Dr. Monika Schaal)

kann nicht sein, dass wir die Fernwärmekunden im Kalten sitzen lassen.

Sie haben dann den Spitzenlastkessel am Haferweg ins Spiel gebracht. Das ist sicher nicht die Lösung. Das reicht nicht aus. Ihre Forderung geht damit ins Leere. Jetzt muss vorrangig und zügig geklärt werden, ob man am Standort Wedel festhält, ob man dort eine andere Lösung als ein GuD haben will – das wird sicher keiner mehr bauen wollen –, damit wir dann im Sinn des Volksentscheids bis 2019 einen sicheren, wirtschaftlichen, klimagerechten, umwelt- und verbraucherfreundlichen Fernwärmebetrieb erwerben können. Daran arbeitet die BUE mit Hochdruck und großer Sorgfalt. Der CDU-Antrag ist dafür entbehrlich. Auch der FDP-Antrag hilft uns nicht weiter. Darum wollen wir beide Anträge nicht überweisen und auch nicht annehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Jetzt erhält das Wort Ulrike Sparr von der GRÜNEN Fraktion.

Ulrike Sparr GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir vorweg eine Parenthese:

"Die Bedeutung des Begriffs Ideologie wird oft von den politischen Interessen derer bestimmt, die ihn gebrauchen, denn nichts eignet sich zur Verketzerung des politischen Gegners besser als ein allgemeingängiges Fremdwort, über dessen Bedeutung sich die wenigsten im Klaren sind."

Dass ich diesen Satz aus meinem Abituraufsatz von vor ziemlich genau 40 Jahren heute in der Hamburgischen Bürgerschaft zitieren kann und muss, ist wirklich eine besondere Pointe dieses CDU-Antrags. Was ist eine Ideologie? Eine Ideologie ist eine Wertanschauung, eine Werteordnung. Nur, um das zu erkennen, muss man wahrscheinlich erst einmal eine haben.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN)

Im vergangenen Dezember fand in Paris die Weltklimakonferenz statt. Dort wurde mit großer Ernsthaftigkeit und Intensität darum gerungen, wie es gelingen könne, die sich anbahnende Klimakatastrophe, wenn schon nicht zu verhindern, wenigstens abzubremsen. Am Ende hat sich die Welt tatsächlich darauf verständigt, alles zu unternehmen, um die Erwärmung des Weltklimas auf unter 2 Grad abzubremsen. Selbst die Bundeskanzlerin ist von diesem Ziel überzeugt und hat, wenn auch mit milden Worten, die Dekarbonisierung der Gesellschaft, also den Verzicht auf fossile Brennstoffe angemahnt. Und was macht die CDU? Sie hört auf den falschen Rat ihres Wirtschaftsrats, in dessen

Vorstand sich auch Herr Wasmuth, der Geschäftsführer der Vattenfall Wärme GmbH, engagiert,

(*Ralf Niedmers CDU: Nur kein Neid!*)

und präsentiert uns einen Antrag, der auf die verstärkte Nutzung von Fernwärme aus dem Kohlekraftwerk Moorburg hinausläuft. Ist der Rückfall hinter die Position der Bundeskanzlerin eigentlich das, was Sie unter ideologiefrei verstehen? Die langfristige Dekarbonisierung der Fernwärme ist der größte einzelne Beitrag, den wir als Stadt für unsere städtischen Klimaschutzziele leisten können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Für die künftige Wärmeversorgung brauchen wir einen Mix aus verschiedenen Lösungen: dezentrale Anlagen mit erneuerbaren Energien, Nutzung des energetischen Potenzials von Biomasse und industrieller Abwärme. Was wir nicht brauchen, ist, ein altes Kohlekraftwerk durch ein neueres zu ersetzen. Das Ganze ist etwas komplexer als der Bau eines Gas-und-Dampfdruck-Kraftwerks. Dies stand übrigens auch im Koalitionsvertrag und ist auch zeitlich überholt worden. Sie haben aber verstanden, warum das so ist. Sicherlich haben wir ein Problem mit den Netztemperaturen, wenn wir vom jetzigen Fernwärmenetz ausgehen. Man wird darüber nachdenken müssen, wie das zu lösen ist – mit Auskopplung von Netzteilen oder wie auch immer. Das ist ein relativ anspruchsvolles Vorhaben, und darum geht es nicht von jetzt auf gleich.

Aber der Vorschlag der CDU, Wärme aus Moorburg mittels einer neu zu bauenden Leitung unter der Elbe hindurch ins Fernwärmenetz einzuspeisen, ist nicht nur ungeeignet, weil er kohlebasiert ist. Er ist auch noch aus weiteren Gründen ungeeignet, denn er ist teuer. Das aufwendige Verlegen von Leitungen unter der Elbe hindurch führt zu extrem hohen Kosten. Experten sprechen mittlerweile von über 200 Millionen Euro. Das ist doch genau das, was den Wärmebezug verteuert, was Sie angeblich vermeiden wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Zudem wäre mit hoher Sicherheit und aus nachvollziehbaren Gründen mit Klagen von Anwohnerinnen und Anwohnern des Leitungsbaus zu rechnen. Ich bin mir sicher, dass auch die örtlichen CDU-Kreisverbände dann gute Gründe finden, diese Klagen zu unterstützen.

Im Übrigen haben gerade wir GRÜNEN uns immer gegen den Bau einer Fernwärmetrasse aus Moorburg ausgesprochen, weil dafür Hunderte von Bäumen hätten gefällt werden müssen und damit dem Klima noch ein weiterer Schlag versetzt worden wäre.

Auch Ihre Behauptung, in dem BET-Gutachten stehe nichts zum Thema Ihres Antrags, ist allenfalls

(Ulrike Sparr)

zu einem Viertel richtig. Denn was dort zum Thema Fernwärme steht, lässt sich auf die Nutzung der Abwärme übertragen. Ich zitiere:

"Die Moorburg-Anbindung ist in dem gewählten Bewertungsrahmen keine sinnvolle Option."

Auf die Begründung verzichte ich; Frau Schaal hat sie gerade vorgetragen.

Hinzu kommt: Würden wir jetzt eine Leitung zur Nutzung der Abwärme bauen, hätten wir uns doch bald mit der scheinbar logischen und naheliegenden Frage auseinanderzusetzen, warum wir diese dann nicht gleich für die zusätzlich zu erzeugende Fernwärme nutzen würden.

In Ihrem Petitionspunkt 1 ist folgerichtig auch nur noch von Wärme aus Moorburg die Rede. Somit wäre eine solche Leitung das Einfallstor für eine weiterhin kohlebasierte Wärmeversorgung in Hamburg und damit genau das Gegenteil dessen, was wir tun müssen und was erforderlich ist. Es ist nicht unsere Aufgabe, Vattenfall den Bau eines unzeitgemäßen und klimaschädlichen Kohlekraftwerks dadurch zu vergolden, dass die Fernwärmekunden des künftig städtischen Netzes ihre schmutzige und teure Wärme aus Moorburg beziehen.

Ob wir, wie von Ihnen unter Punkt 2 gefordert, das Kraftwerk Wedel als Reservekapazität benötigen oder ob wir den Bedarf anderweitig decken können, werden im Übrigen die bereits von der Behörde in Auftrag gegebenen Gutachten zeigen. Darauf basierend werden wir die sinnvollste Lösung finden.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Auch was das Heizwerk Haferkamp angeht, können Sie ruhig darauf vertrauen, dass wir die beste und sinnvollste Lösung finden werden.

Wir debattieren hier gleichzeitig einen Zusatzantrag der FDP-Fraktion, der sich von dem Antrag der CDU bemerkenswert unterscheidet. Der Fachkollege dort hat nämlich erkannt, dass der Bau einer Fernwärmeleitung unter der Elbe hindurch unsinnig ist, und setzt sich deshalb mit dem Begehren auseinander, südlich der Elbe, also in der Nähe des Kraftwerks, nach Nutzungsmöglichkeiten für Abwärme zu suchen. Allerdings geht das Petition aus unserer Sicht dennoch in die falsche Richtung. Zum einen, weil die Behörde für Umwelt und Energie bereits dabei ist, das Potenzial dort zu analysieren. Dazu wird für ganz Hamburg ein Wärmekataster aufgebaut, das auch die Abwärmepotenziale im Süderelberaum erfassen wird.

Zum anderen, weil schon jetzt erkennbar ist, dass dieses Wärmeaufkommen wohl nicht ausreichen wird, um den Aufbau eines komplett neuen Fernwärmenetzes in Harburg und Umgebung wirtschaftlich darstellbar zu machen. Die dichte Be-

siedlung und die notwendige Querung der Bahntrassen dort, um zum Beispiel das Neubaugebiet auf der Schlossinsel zu erreichen, machen so ein Vorhaben wirklich sehr teuer.

Was aber möglich ist, und dieser Weg sollte gegangen werden, sind privatwirtschaftliche Vereinbarungen zwischen Erzeugern und potenziellen Abnehmern von Abwärme, die in räumlicher Nähe zueinander liegen. Das ist gerade in großen Gewerbegebieten durchaus denkbar und machbar. Vor diesem Hintergrund werden wir auch den FDP-Antrag ablehnen.

Die Wärmeversorgung Hamburgs muss gerade in der kalten Jahreszeit sichergestellt sein. Darin besteht Einigkeit. Diese Anforderung steht an oberster Stelle bei allen unseren derzeitigen Überlegungen. Das darf aber nicht zulasten des Klimas und anderer Umweltgüter gehen. Das darf man nicht mehr gegeneinander ausspielen.

(Beifall bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Wir lernen gerade erst zu begreifen, vor welche Herausforderungen uns der Klimawandel stellt. Aber wir haben es jetzt in der Hand, dem zu begegnen. Wir müssen jetzt die Weichen stellen, kohlefrei und zukunftssicher. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Das Wort erhält als Nächster Stephan Jersch von der Fraktion DIE LINKE.

Stephan Jersch LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag ist voll retro, er ist von gestern.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist mir völlig unverständlich, wieso Moorburg nicht verzichtbar sein soll, wohl aber der zweite Satz des Volksentscheids, den die Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger für sich und für Hamburgs Energieversorgung gewonnen hat. Es ist mir völlig unverständlich, wie ein Klimakiller unverzichtbar sein, aber die Energiewende hintenangestellt werden soll.

Wenn man gestern gelesen hat, dass die EU-Kommission die wasserrechtliche Genehmigung für Moorburg für nicht rechtens halte, ist es trotzdem notwendig, über Moorburg zu reden. Insofern würden wir die beiden Anträge von CDU und FDP gern im Ausschuss sehen.

Aber letztendlich haben wir in dieser Freien und Hansestadt zu viel Moorburg. Wir brauchen nicht noch mehr von Moorburg und schon gar nicht für die Energieversorgung.

(Beifall bei der LINKEN)

(Stephan Jersch)

Dass Rot-Grün sich dieses Steinzeitmonster ans Bein gebunden hat, heißt doch noch nicht, dass man es auch noch füttern müsste. Rot-Grün, Schwarz-Grün, es waren viele daran beteiligt, Frau Schaal.

Hamburgs Stromversorgung zu 68,8 Prozent aus Kohle, schon das ist für den Klimaschutz kein gutes Zeichen. Moorburg soll dann auch noch an der Wärmeerzeugung für das Fernwärmenetz beteiligt werden. Auch das wäre ein völlig falscher Weg, den Hamburg hier entgegen dem zweiten Satz des Volksentscheids gehen würde, denn dort ist eindeutig festgehalten, dass es ein verbindliches Ziel ist, eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien sicherzustellen. Wer Kohle für erneuerbar hält, der denkt in Millionen-Jahren-Zeiträumen, und das kann nicht wirklich Ihr Ernst sein.

(Beifall bei der LINKEN – *Michael Kruse FDP*: Das wünschen Sie sich doch!)

Im Verhältnis zum Volksentscheid ist dieser Antrag wirklich zum Fremdschämen. Wer diesen Antrag für im Sinn des Volksentscheids hält, könnte auch dazu übergehen, Krankenhäuser zu privatisieren, obwohl ein Volksentscheid sich dagegen ausspricht.

Der Kollege Gamm hat in seiner Pressemitteilung richtig festgestellt, dass der Senat unfähig ist, Konzepte vorzulegen. Da stimme ich ihm zu, auch an seiner Kritik an der Ertüchtigung von Wedel. Das ist richtig. Der Senat hat eine Reihe von Fehlentscheidungen getroffen, katastrophal für den Klimaschutz. Er zaudert, er handelt zu spät. Wenn man die neue Schriftliche Kleine Anfrage sieht, in der nach Potenzialen der industriellen Abwärme gefragt wird, ist es völlig klar, dass der Senat nach wie vor unvorbereitet ist. Er kennt die Potenziale nicht, er hat keine Trassenplanung für Aurubis. So spätes Handeln ist unverantwortlich für Hamburgs Klima und für Hamburgs Beitrag für den Klimaschutz.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kollegin Sparr hat bereits auf das BET-Gutachten hingewiesen. Die dort aufgeführte und sicherlich für die Fernwärmeproduktion und nicht für die Abwärme gedachte Variante, die man aber sehr gut portieren kann, hat politisch natürlich meine tiefe Sympathie, denn die meisten Spalten sind dort rot. Es ist die mit Abstand schlechteste Variante für Hamburgs Wärmeversorgung: bei der Versorgungssicherheit, bei der sozialen Gerechtigkeit und bei der Wirtschaftlichkeit auf dem letzten Platz, lediglich bei der Klimaverträglichkeit nur von Wedel nach hinten überholt. Das bedingt dann natürlich auch die Moorburg-Trasse, das ist schon gesagt worden. Dieser Antrag ist in dieser Form wirklich nicht zu halten. Da kann ich der CDU nur mit ei-

nem alten Sprichwort der Dakota-Indianer sagen: Wer merkt, dass er auf einem toten Pferd reitet, möge absteigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Tote Pferde reitet man nicht. Moorburg ist für Hamburg ein totes Pferd. Wie gesagt, wir brauchen weniger.

Der Senat hat sich festgelegt auf klare Ziele für die Energiewende. Er hat der Ertüchtigung Wedels eine klare Absage erteilt. Leider benutzt er Wedel doch länger, statt den Haferweg zu nutzen. Da haben wir durchaus Unterschiede. Ich denke, wir könnten wesentlich schneller auf erneuerbare Energien umstellen. Er hat zudem den Neuanschluss von kohlebefeuelten Anlagen ausgeschlossen. Der Senat muss sich an diesen Aussagen messen lassen. Die Klimawende werden wir nur mit großen gesellschaftlichen Anstrengungen aufrechterhalten können. Damit diese sozial gerecht ausgehen, muss dieser Senat etwas tun, aber das kann nicht heißen, Moorburg weiter zu betreiben. Moorburg muss weg aus dieser Stadt. Deswegen werden wir den beiden Anträgen so nicht zustimmen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN – *Michael Kruse FDP*: In Niedersachsen oder was?)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächster hat das Wort Herr Dr. Duwe von der FDP-Fraktion.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben einen Volksentscheid, und dort gibt es Hauptsätze, die man beachten muss und denen man auch gerecht werden kann. Ich sage Ihnen aber auch: Hauptsätze, die selbst in Beschlüssen des Souveräns stehen, können nicht die Hauptsätze der Thermodynamik außer Kraft setzen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

So ähnlich komme ich mir bei dieser Diskussion vor.

Wir haben ein hehres Ziel. Wir haben schon sehr viele Faktoren ausgeschlossen. Es ist eine richtige Ausschließertis: Das wollen wir nicht, das wollen wir nicht und das wollen wir nicht. Dann sagen wir aber, bis 2019 hätten wir die 100-prozentige politisch korrekte Lösung, und dann hoffen wir, dass wir sehr viel Wind machen beziehungsweise sehr viel heiße Luft und dass das am Ende alles klappen werde. Das ist wirklich nur Wunschdenken. Das wird so nicht funktionieren.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

(Dr. Kurt Duwe)

Dann muss man sich überlegen, welche Prioritäten man setzen will. Es wurde ein bisschen herumlauiert, wegen Versorgungssicherheit und Klimaschutz und so weiter und so fort. Da muss man sich endlich entscheiden, da muss man Prioritäten setzen. Wollen wir Klimaschutz auf Kosten der Versorgungssicherheit? Wollen wir die Versorgungssicherheit auf Kosten des Klimaschutzes? Nein, da wird immer ein bisschen herumargumentiert, da werden Gutachten erstellt. Wie ich es bisher verstanden habe, haben alle Experten noch keine Lösung. Bis 2019 soll zumindest eine richtige Lösung da sein, und irgendwann soll sogar dieses Kraftwerk Wedel vom Netz gehen. Sie können sich daran erinnern: Der erste Grund, warum man überhaupt Moorburg geplant hatte, war, dass man dieses alte Kraftwerk endlich loswird. Was haben wir jetzt? Wir haben jetzt gefühlte drei Steinkohlekraftwerke,

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD*)

nämlich Moorburg, das wurde um den Faktor 2 von der CDU vergrößert, und dann Wedel. Für mich sind das drei Steinkohlekraftwerke. Angeblich war die Planung, wir wollten überhaupt keines. Das ist die Energiepolitik dieser Stadt.

Ich hoffe, dass wir endlich in die Diskussion, in die Substanz kommen. So, wie sich das Grün-Rot in diesem Falle vorstellt, wird es auf jeden Fall nicht gehen. Wir müssen sicherstellen, dass wir Hunderttausende von Abnehmern in dieser Stadt im Winter mit Fernwärme versorgen können.

(*Farid Müller GRÜNE*: Das wissen wir auch!)

Ich sehe bisher nichts, außer sehr viel heißer Luft. "Intelligente Lösungen", wenn ich das schon höre; intelligente Lösung bedeutet, man kann es nicht beschreiben, weil man die Lösungen noch nicht hat. Dann braucht man intelligente Lösungen und dann geht das irgendwie alles. Was haben wir gehört? Eigentlich hätte das Steinkohlekraftwerk Wedel schon lange vom Netz sein müssen, denn wir haben doch irgendwann intelligente Lösungen. Die haben wir nicht.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Aber Sie haben auch keine!)

2019 haben wir sie auch nicht. Dann kann man aber nicht mit hehren Zielen ankommen und sagen: Wir wollen die Welt retten, aber wir wissen noch nicht wie; dies und jenes wird ausgeschlossen und das andere wollen wir auch nicht. Das ist das Maoam-Syndrom. Dafür steht die FDP nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – *Farid Müller GRÜNE*: Diesen Begriff habe ich auch noch nie gehört!)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste erhält Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion das Wort.

Andrea Oelschläger AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Nutzung des Kraftwerks Wedel neigt sich dem Ende zu und stellt Hamburg vor die Aufgabe, die Fernwärmeversorgung für 140 000 Haushalte auch künftig sicherzustellen. Hamburg verfügt dabei mit Moorburg über eines der modernsten Steinkohlekraftwerke der Welt. Dieses liefert einen sehr wichtigen Beitrag zur Energiesicherheit in dieser Stadt. Es ist unbegreiflich, wieso die hier sowieso entstehende Wärme nicht für die Fernwärmeversorgung genutzt wird. Die Lösung liegt quasi vor der Tür. Nach dem ursprünglichen Scheitern der Fernwärmepläne ist es endlich an der Zeit, erneut zu überprüfen, wie das volle Potenzial des Kraftwerks Moorburg ausgeschöpft werden kann. Dabei könnten Umwelt und Portemonnaie gleichermaßen gewinnen. Die Umwelt profitiert von geringerer Abwärmeabgabe aus dem Kraftwerk in die Elbe und direkt in die Luft, und günstiger als ein kompletter Neubau eines Ersatzkraftwerks für Wedel dürfte es auch werden. Daher ist es völlig unverständlich, dass diese Option von den beauftragten Gutachtern zurzeit nicht einmal untersucht wird. Ich habe das Gefühl, Frau Dr. Schaal, hier ist ein Gutachten schon vorweggenommen worden.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Es liegt bereits vor! Da muss man nur mal reingucken!)

Das nenne ich Ideologie. Genauso wichtig wie die konkrete Handlungsoption ist bei der Fragestellung die Erkenntnis, auch im Energiesektor endlich zu einem Zustand zu gelangen, in dem nicht von vornherein Handlungsoptionen ausgeschlossen sein werden. Dabei gilt: Anders als bei der Stromversorgung muss dieses Mal ohne ideologische Scheuklappen an die Thematik herangegangen werden. Beim Strom ist nichts so richtig recht. Bei der Kernkraft ist die Endlagerfrage nicht geklärt. Kohlekraftwerke, gerade älteren Baujahrs, wirken sich unmittelbar negativ auf die Luftqualität aus. Windkraftanlagen verschandeln die Landschaft und kommen dem Artenschutz in die Quere, und spätestens bei der Nutzung der Sonnenenergie stellt sich die Frage nach der Speicherung und der Sicherstellung der Versorgung zu Spitzenlastzeiten. Die eierlegende Wollmilchsau gibt es nicht. Aber es gibt Lösungen, für die einige gegebene Problemstellungen sinnvoller erscheinen als andere. Deshalb muss nun ohne ideologische Scheuklappen untersucht werden, inwieweit die Abwärme aus Moorburg das alte Kraftwerk ersetzen könnte. Wir als AfD-Fraktion unterstützen daher den Antrag der CDU und finden, dass der Antrag der FDP auf jeden Fall interessante Ansätze enthält und wir ihn diskutieren sollten. – Vielen Dank.

(Andrea Oelschläger)

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wer möchte zunächst einer Überweisung der Drucksachen 21/3854 und 21/4032 an den Ausschuss für Umwelt und Energie folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist die Überweisung abgelehnt.

Wir stimmen dann in der Sache ab und beginnen mit dem Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 21/3854.

Wer möchte sich diesem Antrag anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Nun zum Antrag der FDP-Fraktion aus der Drucksache 21/4032.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf Punkt 30 der Tagesordnung, Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN, Drucksache 21/3816: Koordinierendes Zentrum für die Beratung und Behandlung von Folteropfern und traumatisierten Flüchtlingen.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

Koordinierendes Zentrum für die Beratung und Behandlung von Folteropfern und traumatisierten Flüchtlingen
– Drs 21/3816 –]

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Gesundheitsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Blömeke von der GRÜNEN Fraktion, Sie haben es.

Christiane Blömeke GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im letzten Jahr sind über 20 000 Menschen nach Hamburg geflüchtet. Sie waren gezwungen, all das, was ihnen vertraut ist und was ihnen lieb war, zurückzulassen, sich von Familienmitgliedern, von Freunden und von Bekannten zu verabschieden. Gezwungen waren sie zu dieser Flucht durch Krieg oder Verfolgung. Für uns, die wir das Glück haben, hier in Deutschland sehr viel sicherer leben zu können, ist es kaum vorstellbar, wie Erlebnisse von Krieg, Folter oder Flucht verarbeitet werden können. Das sind Dinge, die wir fast alle nur aus dem Fernsehen kennen, aus den Nachrichten. Dort ist es so, wenn es uns zu viel ist, können wir einfach wegschalten, wenn uns die Bilder nicht mehr aushaltbar erschei-

nen. Die geflüchteten Menschen haben diese Möglichkeit nicht. Sie müssen mit den immer wiederkehrenden Schreckensbildern fertig werden. Sie sind traumatisiert, sie haben tiefe seelische Verletzungen und sie müssen langsam erst wieder das Vertrauen in die Zukunft gewinnen.

Traumata haben gravierende Folgen. Sie ersticken nicht nur die persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten, sondern behindern auch die Integration. Gerade deshalb wollen wir, dass mehr Menschen, die vor Krieg und Folter nach Hamburg geflüchtet sind, professionell psychologisch geholfen werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dazu wollen wir einen neuen, wichtigen Baustein liefern, nämlich ein neues, koordinierendes Zentrum, das die in diesem Bereich bereits aktiven Träger und Initiativen in ihrer hoch engagierten Arbeit unterstützen kann. Das ist ein eindeutiger Beitrag zu einer besseren Integration.

Wir haben in Hamburg bereits ein gutes Angebot im Bereich der psychotherapeutischen Hilfe für Flüchtlinge. Ich will Ihnen einige Beispiele nennen: zum Beispiel die Flüchtlingsambulanz am UKE, die sich an Kinder und an Jugendliche richtet, oder die Angebote des Krankenhauses Nord und des UKE für Erwachsene sowie auch die psychologischen Sprechstunden in den Erstaufnahmeeinrichtungen und den weiteren Einrichtungen. Hervorzuheben ist zum Beispiel das Projekt haveno im Gesundheitszentrum St. Pauli. Dort bieten zwei Psychologinnen und Psychiater Psychotherapien in insgesamt sechs verschiedenen Sprachen an. Erst vor kurzem konnten wir in der Presse lesen, dass das Traumatherapiezentrum für Kinder und Jugendliche Ankerland an den Start gehen kann. Auch dort können Kinder, die Kriegserfahrung haben, diese verarbeiten und Hilfe finden. Mit der Forderung nach einem koordinierenden Zentrum für die Beratung und Behandlung von Folteropfern und traumatisierten Flüchtlingen erfüllen wir einen wichtigen Beitrag aus unserem Koalitionsvertrag. Das allein ist schon gut. Aber darüber hinaus folgen wir der EU-Aufnahmerichtlinie, denn diese besagt, dass besonders schutzbedürftige Asylsuchende einen Anspruch darauf haben, medizinisch und psychosozial versorgt zu werden. Dafür muss es nicht unbedingt ein ganz neues Zentrum sein, das mit sehr vielen neuen Psychotherapeuten behandelt. Viel wichtiger ist es, dass wir die guten Angebote, die wir in Hamburg bereits haben, miteinander vernetzen und deswegen ein koordinierendes Zentrum für diese Aufgabe schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die bestehenden Hilfsstrukturen sollen in ein funktionierendes Hilfenetzwerk überführt werden.

Ein sehr wichtiger Baustein dafür, dass die Arbeit erfolgreich gelingen kann, sind zum Beispiel die Dolmetscherleistungen. Eine erfolgreiche psycho-

(Christiane Blömeke)

logische Behandlung ist natürlich ohne Dolmetscher gar nicht möglich. An dieser Stelle muss sicherlich einiges verbessert werden, auch die Vermittlung. Das Herzstück unseres koordinierenden Zentrums, dieses hamburgweiten Netzwerks für die Betreuung und Behandlung von Folteropfern und traumatisierten Flüchtlingen soll alle Angebote, die wir in Hamburg haben, vereinen und miteinander vernetzen. Alle Planungen sollen deswegen in enger Kooperation mit den bereits erfolgreich arbeitenden Trägern in diesem Bereich abgestimmt werden.

Nur wenn die verschiedenen Angebote der unterschiedlichen Träger und Initiativen sinnvoll miteinander koordiniert werden und nicht die eine Stelle so arbeitet und die andere Stelle anders, aber in der Mitte fehlt das Herzstück, also nur, wenn sinnvoll koordiniert wird, wird es uns gelingen, die effizienteste und bestmögliche Versorgung für die Schutzbedürftigen her- und sicherzustellen.

Wir sind alle zusammen der festen Überzeugung, dass der Aufbau des von uns geforderten Zentrums einen absoluten Mehrwert für die Flüchtlingshilfe in Hamburg darstellen wird. Deswegen stellen wir in einem ersten Schritt heute einen Antrag und fordern den Senat auf, hierfür ein Konzept zu erstellen und dort, wo Ressourcen erforderlich sind, nachzubessern, nachdem geprüft worden ist, wie die Ausstattung der verschiedenen Träger und Einrichtungen ist und ob personelle oder sachliche Ressourcen erforderlich sind. Zunächst einmal die Vernetzung, die Prüfung und dann der Antrag.

Meine verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, Sie wünschen sich, dass dieser Antrag überwiesen wird. Das lehnen wir deswegen ab, weil wir erst den Senat beauftragen wollen, dieses Konzept zu erstellen. Dann erhalten wir wieder einen Bericht in der Bürgerschaft mit einem Konzept, und dann ergibt es für uns Sinn, dieses Thema im Ausschuss weiter zu diskutieren. Aber erst einmal wollen wir das koordinierende Zentrum auf den Weg bringen, denn Hilfe ist nötig. Unser gutes, funktionierendes Angebot muss noch besser vernetzt werden. Nur so kann die Integration gelingen, indem wir den traumatisierten Flüchtlingen helfen, ihre traumatischen Erlebnisse zu überwinden, damit diese der Integration nicht mehr im Wege stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Als Nächste erhält Sylvia Wowretzko von der SPD-Fraktion das Wort.

Sylvia Wowretzko SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Blömeke hat viel von dem gesagt, was ich gesagt hätte. In Vorbereitung auf diesen Redebeitrag habe ich mir vorgestellt, was Menschen überhaupt zur Flucht

bewegt hat und sie dann auch noch auf der Flucht erleben mussten, und was das mit ihnen, ihren Seelen und ihrer Gesundheit gemacht haben wird. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, dass ich es mir nicht vorstellen kann. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich das irgendjemand von Ihnen vorstellen kann.

(Beifall bei der SPD)

Ebenso belastend wie die Erlebnisse, die zur Flucht geführt haben, sind die Belastungen, die Menschen während der Flucht erlebt haben. Eine Flucht ist besetzt mit Angst, mit Übergriffen, mit Hoffnungslosigkeit. Manche der Flüchtlinge mussten miterleben, wie Mitflüchtende oder Familienmitglieder auf der Flucht umkamen, im Mittelmeer ertrunken sind. Manche haben sowohl den Terror zu Hause als auch die Verluste auf der Flucht erlebt. Das ist wirklich eine horrende Belastung für die seelische Gesundheit der Menschen. Insoweit weiß ich, auch aus den Gesprächen mit Helferinnen und Helfern aus Flüchtlingsunterkünften, aus der Flüchtlingsambulanz im UKE zum Beispiel, dass Menschen, die mit derartigen Belastungen zu uns kommen, sehr dringend auf Hilfe angewiesen sind, um das Erlebte verarbeiten zu können. Da treffen zwei Aspekte aufeinander. Wir haben die Verpflichtung, nicht nur die körperlichen Verletzungen geflüchteter Menschen zu versorgen, sondern auch die psychischen. Deshalb müssen wir für beide Aspekte die Infrastruktur bereitstellen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist vor allem eine humanitäre Verpflichtung, aber nicht nur. Sondern es ist auch in unserem ganz eigenen Interesse, Geflüchteten wieder in einen gesunden Alltag zu verhelfen. So werden sie schneller in die Lage kommen, sich selbst einzubringen und im besten Fall zu arbeiten und für sich selbst zu sorgen.

An vielen Stellen gibt es bereits hervorragend engagierte Beratung und Unterstützung, Frau Blömeke hat darauf hingewiesen. Das von den Regierungsfractionen geforderte Zentrum soll diese Angebote nicht neu erfinden, sondern sie vernetzen und damit noch effektiver machen. Es soll zum Beispiel die Vermittlung nach der Feststellung eines Hilfebedarfs hin zu einer konkreten und geeigneten Hilfeleistung koordiniert werden, denn wir dürfen eines nicht übersehen: Der konkrete Behandlungsbedarf ist sehr unterschiedlich, und die geeigneten Hilfen sind es auch. Deshalb ist es gut, wenn Fachleute sich eng hierzu abstimmen und sich miteinander und untereinander koordinieren.

Mir ist es wichtig zu betonen, dass wir bei der psychiatrischen Versorgung von Flüchtlingen nicht bei null anfangen müssen. Wir haben schon heute in diversen Erstaufnahmeeinrichtungen psychiatrische Sprechstunden. Akute Behandlungsnotwendigkeiten sind im Übrigen auch durch die Gesund-

(Sylvia Wowretzko)

heitskarte und das Regelsystem heute schon abgedeckt. Eine ernst zu nehmende Behandlung von Traumata, wie Fachleute immer wieder versichern, ergibt erst Sinn, wenn eine gewisse Stabilisierung der Lebensverhältnisse eingetreten ist. Das ist im Übrigen ein Argument dafür, den Wohnungsbau für Flüchtlinge nicht weiter zu blockieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dass die Sprache in dem Zusammenhang eine ganz besondere Rolle spielt, können wir uns alle vorstellen. Es ist wichtig, Dolmetscherinnen und Dolmetscher zu vermitteln und das nicht dem Zufall zu überlassen. Auch da gibt es inzwischen erfolgreiche Ansätze wie zum Beispiel das Dolmetschen mit Video-Dolmetschern.

Das Zentrum soll durch seine Vernetzung den Helfern eine Übersicht für die verschiedenen Optionen bieten. Damit schaffen wir ein Instrumentarium, das sowohl den Helfern als auch den Hilfesuchenden hilft und ein großes Integrationshindernis überwinden kann.

Da wir kürzlich sehr ausführlich im Sozialausschuss über die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen diskutiert haben, lehnen wir den Antrag der CDU-Fraktion auf Überweisung an den Gesundheitsausschuss ab. Ich bitte um Zustimmung für diesen Antrag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dietrich Wersich: Nun erhält das Wort Birgit Stöver von der CDU-Fraktion.

Birgit Stöver CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Regierungsfaktionen haben einen Antrag vorgestellt, demzufolge sie ein koordinierendes Zentrum für die Beratung von Flüchtlingen, von Folteropfern und traumatisierten Flüchtlingen schaffen wollen. Dieses Ansinnen ist grundsätzlich richtig und wir unterstützen dieses auch. Flüchtlinge, die unter den Folgen von Verfolgung, von Folter leiden, benötigen besondere medizinische und psychologische Hilfe, das ist, glaube ich, allen klar. Wir denken allerdings, dass neben den Flüchtlingen auch andere Bevölkerungsgruppen besondere medizinische und psychologische Hilfe brauchen, wenn sie schwere Ereignisse zu verarbeiten und zu ertragen hatten.

Laut dem Robert-Koch-Institut sind 20 Prozent der Kinder in Deutschland psychisch auffällig. Bei 10 Prozent der Kinder werden psychische Störungen erkannt. Wie in vielen anderen Lebensbereichen gilt hier, dass frühes Erkennen und Behandeln von Problemen den größten Erfolg und die größtmögliche Chance auf Heilung versprechen. Sie erkennen vielleicht, dass die Thematik für uns weitreichender gefasst werden kann, als Sie es angenommen haben. Daher ist unsere aktive Wer-

bung um die ausführliche und umfassende Beratung im Ausschuss entstanden. Ihr Antrag zeigt einen guten Ansatz und einen guten Willen, ist uns aber inhaltlich noch zu unkonkret und zu dünn.

Sie haben es schon vorweggenommen: Die Ausschussüberweisung wird abgelehnt. Das heißt, Sie verwehren uns auch die Mitgestaltung und das Aufnehmen von anderen konkreten Maßnahmen, die wir zusätzlich dazu ergreifen wollen.

Doch, Frau Wowretzko, Sie schütteln den Kopf. Nur, wenn wir ein fertiges Konzept haben, ist der Weg schon vorgezeichnet. Wir würden gern an den Kriterien mitarbeiten, wie ein solches Konzept aufgesetzt werden soll. Das kann ich nun nur durch diese Debatte machen. Das finden wir schade.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Einschätzung, dass wir in Hamburg bereits viele engagierte und erfolgreiche Initiativen und Verbände haben, die sich dieser Aufgabe stellen, teilen wir durchaus. Diese engagierten Menschen haben unsere Unterstützung verdient. Ihre Forderung, ein koordinierendes Zentrum zu schaffen, ist deswegen richtig. Wir sind allerdings der Meinung, es könne mehr getan werden – das ist bei Oppositionsparteien immer so –, nämlich dass wir schauen, ob wir Strukturen an Lebenswelten anpassen müssen.

Dies ist nicht zum Nulltarif zu bekommen. Sie wissen: Wir als CDU sind immer darauf bedacht, dass das Finanzielle im Einklang mit dem Nutzen ist und im Rahmen bleibt.

(Gerhard Lein SPD: Oh ja, haben wir ja bei der Elbphilharmonie gesehen!)

Wir sind haushaltsmäßig immer gut aufgestellt und immer darauf bedacht, Ausgleich zu schaffen, und das ist in diesem Fall genauso. Sie können uns nicht verwehren zu sagen, dass wir daran denken müssen, dass dieses nicht zum Nulltarif zu bekommen ist. Dazu steht zu wenig im Antrag. Es ist zu unkonkret. Wo soll das Zentrum entstehen? Unter welchen Kriterien? Das wüssten wir schon sehr gern.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Ihnen die Fragen und Punkte mit auf den Weg geben, die ich bei dem Konzept berücksichtigt sehen will. Der eine Knackpunkt – den haben Frau Blömeke und Frau Wowretzko auch angesprochen – ist die Sprachbarriere. Wie erreiche ich jemanden, dessen Sprache ich nicht spreche oder mit dem ich nicht in seiner Muttersprache sprechen kann? Gerade im medizinischen und psychologischen Bereich ist es extrem wichtig, dass wir Dolmetscherleistung vorhalten, denn die Behandlung wird zweifelsohne nicht ohne diese auskommen. Auch dieses muss finanziert werden.

(Birgit Stöver)

Das Zweite, das ich Ihnen an die Hand geben möchte, ist die kulturelle Barriere, sich einem Therapeuten anzuvertrauen, wie wir es zum Beispiel im Christentum aus der Seelsorge kennen. Das ist anderen Kulturen vielleicht nicht so zugänglich. Wie bekommen wir also diese Menschen dazu, dass sie sich einem Therapeuten öffnen, anvertrauen und die Therapie auch als sinnvoll verstehen?

Wieder einmal gibt es keine gute Ausführung zur Finanzierung. Sind es Finanzmittel, die hinzukommen, oder welche Maßnahmen aus dem Einzelplan 9.1 werden hier zugunsten der finanziellen und personellen Versorgung des koordinierenden Zentrums für Flüchtlinge zurückstecken müssen? Dazu fällt kein Wort, und das hätten wir schon gern im Vorfeld geklärt, um nachher keinen Blankoscheck ausstellen zu müssen.

(Beifall bei der CDU)

Auch zur Ausgestaltung fällt kaum ein Wort: Wo soll das Zentrum entstehen, nach welchen Kriterien? Das hätten wir gern im Ausschuss besprochen. Wir sollten nicht nur über eine Koordinierung der Hilfsangebote sprechen, sondern vielleicht auch darüber, wie wir Hilfsangebote für traumatisierte Flüchtlinge vor Ort stärken können, zum Beispiel an Schulen und Kitas.

Außerdem plädieren wir dafür, dass Maßnahmen wie immer nach einiger Zeit auf den Prüfstand gestellt werden, denn wie schon eingangs erwähnt, ist gut gemeint nicht immer gut gemacht. Darum bitte ich um die Überweisung und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Joachim Körner AfD* – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Celik von der Fraktion DIE LINKE.

Deniz Celik DIE LINKE:* Verehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Mehr als die Hälfte der Geflüchteten, die nach Deutschland kommen, ist traumatisiert, hat viel Gewalt und Angst erlebt und braucht psychologische Hilfe. Sie leiden meist an einer posttraumatischen Belastungsstörung oder an einer Depression. Oft kommt beides zusammen.

Nach Angaben der Bundespsychotherapeutenkammer ist jedes fünfte Kind an einer posttraumatischen Belastungsstörung erkrankt. Damit sind geflüchtete Kinder 15-mal häufiger betroffen als in Deutschland geborene, jedoch erhalten in Deutschland nur rund 4 Prozent der Geflüchteten eine Psychotherapie. Diese Situation ist absolut untragbar und es besteht dringender Handlungsbedarf.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Stadt Hamburg muss ihrer humanitären und rechtlichen Verantwortung, die sich aus mehreren EU-Richtlinien ableitet, nachkommen und erkrankten Flüchtlingen ausreichende medizinische und psychosoziale Hilfe zukommen lassen.

Die Versorgungssituation ist in Hamburg aber noch unzureichend. Die erforderliche Hilfe und Behandlung der seelischen und psychosomatischen Leiden wird vielen Geflüchteten versagt, weil die Nachfrage die vorhandenen Kapazitäten bei Weitem übersteigt. Das birgt die Gefahr, dass unbehandelte Erkrankungen in der Folge zur Chronifizierung des Krankheitsbilds, zu Arbeitsunfähigkeit und zu einer Verschlimmerung des Leidens der betroffenen Menschen führen.

Ein koordinierendes Zentrum ist schön und gut und wir unterstützen dieses Anliegen, aber was bringt die beste Koordination und Vernetzung, wenn die Kapazitäten nicht ausreichen, wenn auf eine Therapie mehr als ein halbes Jahr gewartet werden muss oder in den Kliniken die Dolmetscherkosten nicht von der Stadt oder den Krankenkassen übernommen werden und dadurch die Versorgung gefährdet ist oder psychotherapeutische Angebote wegen bürokratischer Hürden nicht wahrgenommen werden oder sich die Wartezeiten dadurch verlängern? Dabei dokumentieren Sie ehrlicherweise Ihr eigenes Versagen in dieser Sache in Ihrem Antrag, wenn Sie schreiben:

"Der Übergang in erforderliche psychotherapeutische Behandlungen gelingt jedoch zu selten, weil Behandlungskapazitäten und/oder Dolmetscherdienste fehlen."

Es ist jedoch befremdlich, dass Sie daraus nicht Maßnahmen ableiten und Konsequenzen ziehen. Nicht nur, dass Sie kaum etwas unternehmen, nein, Sie lehnen zudem unsere Anträge auf Erhöhung der Behandlungskapazitäten ohne Begründung ab, zum Beispiel bei der Flüchtlingsambulanz für Kinder und Jugendliche am UKE, die hier erwähnt wurde, die ein ausgezeichnetes Konzept hat und eine hervorragende Arbeit leistet. Jedoch dauert es sechs bis sieben Monate, bis nach einem Erstgespräch die Therapie überhaupt beginnen kann. Wir haben zur Verkürzung der Wartezeit vom Senat gefordert, die Flüchtlingsambulanz mit einer geringen Summe von 180 000 Euro jährlich zu unterstützen, um eine zusätzliche Ärztin, Psychotherapeuten sowie weitere Dolmetscher zu finanzieren. Es ist angesichts der Versorgungslücken unverantwortlich von Ihnen, dass Sie diese Forderungen ohne Begründung abgelehnt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch andere Einrichtungen wie zum Beispiel haben sind überlaufen und die Wartezeiten verlängern sich unnötig, weil die Finanzierung ungewiss ist und die Kostenerstattungsverfahren viel zu lang

(Deniz Celik)

dauern. Auch hier steht der Senat in der Pflicht, bürokratische Hindernisse abzubauen und das Recht auf Gesundheit ohne Einschränkung und Diskriminierung allen Menschen dieser Stadt zu gewähren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen in Hamburg dringend ein interdisziplinäres psychosoziales Behandlungszentrum für alle Altersklassen, das medizinische, psychotherapeutische und sozialpädagogische Angebote in einem Konzept vereint und das dem Individuum eine ganzheitliche und nachhaltige Behandlung ermöglicht und es zu einem selbstbestimmten Leben und zu gesellschaftlicher Teilhabe befähigt.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine begleitende Sozialberatung und Betreuung ist als Grundlage für eine erfolgreiche Therapie sehr wichtig, weil dort die Fragen der Aufenthaltsberechtigung, des Wohnens, der Versorgung und so weiter geklärt werden können. Ohne die Klärung dieser existenziellen Fragen sind die Erfolgsaussichten einer Therapie extrem niedrig. In 26 Städten gibt es psychosoziale Zentren mit interdisziplinären Teams, die aus Psychotherapeuten, Sozialarbeitern, Pädagogen und Medizinern bestehen. Nur in Hamburg fehlt solch ein Therapiezentrum für Geflüchtete aller Altersklassen. Wir finden es schade und beschämend, dass sich eine so reiche Stadt wie Hamburg kein psychosoziales Therapiezentrum für traumatisierte Flüchtlinge leisten will.

Als Fazit ziehen wir, dass wir Ihren Antrag zwar unterstützen, dieser uns aber nicht weit genug geht, weil das Zentrum im Wesentlichen nur zur Koordinierung und Vernetzung eingerichtet wird. Das beinhaltet noch keine dauerhaften Therapieangebote für die traumatisierten Flüchtlinge. In der Regelversorgung ist dies kaum möglich, auch weil es an Dolmetschern fehlt. Sie gehen die strukturellen Defizite in der Versorgung nicht an, sondern betreiben wieder einmal eine reine Symbolpolitik, die möglichst wenig kosten soll. Das finden wir viel zu wenig und deshalb fordern wir Sie auf, endlich nachhaltige Lösungen für die strukturellen Defizite in der Versorgung zu entwickeln und umzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir finden es natürlich bedauerlich, dass wir all diese Themen, die ich in der Rede kurz angerissen habe, nicht im Ausschuss besprechen können, denn das wäre dringend notwendig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Flucht vor Krieg und Vertreibung aus der Heimat

ist ein schlimmes Schicksal, und viele der Menschen, die zu uns kommen, haben im Heimatland oder/und auf der Flucht Schlimmes erlebt. Es ist deshalb anzunehmen, dass auch viele Menschen mit einer posttraumatischen Belastungsstörung zu uns kommen und Hilfe brauchen. Einer Studie aus dem Jahr 2005 zufolge lag der Anteil derjenigen mit einer posttraumatischen Belastungsstörung bei rund 40 Prozent. Die Fachgesellschaften für Psychotraumatologie gingen in ihrer Leitlinie 2011 sogar von 50 Prozent Prävalenz der sogenannten PTBS unter den Kriegsvertreibungs- und Folteropfern aus.

Insofern begrüßen wir Freidemokraten diese Initiative und die beabsichtigte Koordinierung der Angebote zur Beratung und Behandlung von Folteropfern und traumatisierten Flüchtlingen. Wir begrüßen ebenso, dass die bereits aufgebaute Expertise der aktiven Träger in dieses Zentrum eingebunden werden soll.

Mit diesem Antrag soll jedoch wieder einmal der Einzelplan 9.1 bemüht werden, ohne dass die Antragsteller hier wenigstens eine vage Schätzung vorgeben, mit welchen Kosten für dieses Zentrum zu rechnen sei. Dieser Antrag sieht leider keine Beschreibung der finanziellen und personellen Ressourcen für das angedachte Zentrum vor. Auch wenn wir der Forderung des Antrags in der Sache positiv gegenüberstehen, können wir mangels Kostenprognose und Finanzierung jedoch nicht zustimmen.

Frau Blömeke, Sie hatten hier mehrfach von einem Konzept gesprochen, dass Sie ein Konzept fordern und dass, wenn das Konzept da sei, wir das im Ausschuss prüfen sollten, aber in dieser Drucksache steht nichts von einem Konzept. In der Drucksache wird der Aufbau dieses Zentrums gefordert. Es gibt keine Kostenprognose. Insofern hätten auch wir eine Diskussion im Ausschuss befürwortet und wir hätten uns gefreut, wenn wir dort Antworten auf die Kostenfrage bekommen hätten.

(*Farid Müller GRÜNE:* Die kommen ja noch!)

Insofern bleibt uns leider nichts anderes übrig, als uns in der Sache zu enthalten. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Körner von der AfD-Fraktion.

Dr. Joachim Körner AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Folter und traumatisierende Gewalt gehören überall in der Welt geächtet. Personen, die das erlitten haben, bedürfen unbedingt Unterstützung – das ist auch unsere Meinung –, und das sollte auf jeden Fall geschehen. Aus diesem Grunde unterstützen wir die Anstrengungen, die unternommen werden

(Dr. Joachim Körner)

sollen, um diesen Menschen Beratung und Behandlung zuteilwerden zu lassen.

Zu diesem Thema ist schon viel gesagt worden. Ich möchte all das, was richtig ist, nicht wiederholen. Details sind meines Erachtens noch völlig ungeklärt, und die Ausgestaltung sollte unseres Erachtens wirklich im Ausschuss diskutiert werden. Deswegen werden wir einer Überweisung an den Ausschuss zustimmen, dem Antrag selbst noch nicht. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann können wir abstimmen.

Wer die Drucksache 21/3816 an den Gesundheitsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt und wir stimmen in der Sache ab.

Wer dem gemeinsamen Antrag der SPD und der GRÜNEN aus der Drucksache 21/3816 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 26, Drucksache 21/3677, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Universalhafen Hamburg retten – konventionellen Umschlag stärken, Buss-Arbeitsplätze erhalten.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Universalhafen Hamburg retten – Konventionellen Umschlag stärken, Buss-Arbeitsplätze erhalten
– Drs 21/3677 –]**

Hierzu liegen Ihnen vonseiten der LINKEN und der AfD Anträge auf Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien vor.

Wer wünscht das Wort? – Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben es.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Ich freue mich, dass wir einmal wieder über den Hamburger Hafen reden können und müssen, bin aber etwas entsetzt darüber, dass Senator Horch nicht da ist.

(Dorothee Martin SPD: Aber der Staatsrat!)

– Ja, der Staatsrat, aber der Staatsrat kann hier nicht reden.

(Dirk Kienscherf SPD: Zuhören ist ja auch mal ganz gut!)

Das ist natürlich ein großer Unterschied. Man muss in diesem Parlament zu diesen Fragen dann und wann Stellung nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier ist die Bürgerschaft und wir werden hier reden, aber uns fehlt dann und wann die Antwort des Senats, und an bestimmten Stellen – Herr Rose, gerade im Zusammenhang mit Arbeitsplätzen – ist es besonders wichtig, dass er hier dazu redet.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Hackbusch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Buschhüter?

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Ja, gern.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Buschhüter, Sie haben das Wort.

Zwischenfrage von Ole Thorben Buschhüter
SPD: Herr Hackbusch, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich der Senator bei der Verkehrsministerkonferenz befindet?

Norbert Hackbusch DIE LINKE (fortfahrend):

Ich habe Sie nicht verstanden.

(Zurufe)

– Er ist auch noch Verkehrssenator, ja.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Heiterkeit bei der SPD und der CDU)

Das habe ich zur Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren! Der Hamburger Hafen ist, wie wir häufig hier diskutiert haben und wie wir leider alle schmerzhaft wissen, in einer kritischen Situation, wenn nicht sogar in einer krisenhaften Situation. Die rückläufigen Umschlagzahlen sind Vorboten einer Überkapazität in allen norddeutschen Häfen. Deshalb bedarf es einer besonders genauen Diskussion auch im Parlament, wenn im Hamburger Hafen Arbeitsplätze und Umschlag wegfallen. Das ist gegenwärtig auf dem Gelände des Rosshafens bei der Firma Buss der Fall.

Durch den auslaufenden Pachtvertrag mit der Firma Buss sollen dort weit über 100 Arbeitsplätze wegfallen und nicht nur Arbeitsplätze und nicht nur die 100. Es geht auch um etliche Beschäftigte des GHB, was zusätzliche Arbeitsplätze dort sind. Es geht natürlich auch um Ladungen, die wir für diese Stadt brauchen. Dementsprechend ist es wichtig und ich freue mich darüber, dass etliche Beschäftigte der Firma Buss heute hier sind und dieser Debatte folgen.

(Beifall bei der LINKEN)

(Norbert Hackbusch)

Die Geschichte dieses Pachtvertrags ist sicherlich eine besondere Geschichte, die wir hier nicht breit diskutieren wollen. Ich hoffe, dass wir hier im Haus alle froh darüber sind – wir haben es schon diskutiert –, dass ein weiterer Containerterminal, der geplant war und weswegen dieser Pachtvertrag gekündigt worden ist, dort nicht entsteht, weil er gegenwärtig nur Überkapazitäten beim Containerterminal, die schon massenhaft im nordeuropäischen Bereich vorhanden sind, noch erhöhen würde. Daher wäre das eine schlechte Option gewesen und wir sind froh, dass es nicht geklappt hat.

Obwohl es nicht geklappt hat, besteht der Senat auf einer Kündigung dieses Vertrags. Um was zu machen? Im Ausschuss haben wir darüber diskutiert und es wurde uns dargestellt, dass der Senat schraffierte Flächen hat, um Planungen durchführen zu können. Ich habe noch nie gehört, dass man, um eine Planung durchführen zu können, ein Gelände räumen müsste. Unter normalen Umständen müsste man intellektuell so weit sein, dass man auch mit einem Gelände planen könnte, ohne dass man dieses dafür räumt. Dementsprechend gibt es keine Begründung für die Räumung wegen Planungen und dafür, diese Verträge gegenwärtig schon zu kündigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben die Befürchtung, dass stattdessen aus Prinzipienreiterei eine Situation geschaffen wird, wie wir sie etwas nördlich von diesem Gelände beim Kuhwerder Hafen schon gegenwärtig beobachten können. Der gesamte Terminal des Kuhwerder Hafens ist nichts anderes als eine große Sandkiste. Ich möchte nicht, dass wir eine Sandkiste haben, wo gegenwärtig ein vernünftiger, funktionierender Betrieb mit weit über 100 Arbeitsplätzen vorhanden ist. Das ist doch völliger Unsinn und das nur wegen Rechthaberei.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wo sind denn die Millionen hin? Jedenfalls nicht in den Sozialplan!)

– Ich weiß, wo die Millionen hingegangen sind, aber das ist doch keine Begründung dafür, gegenwärtig einen funktionierenden Betrieb mit der Begründung von Planungen zu schließen.

(Beifall bei der LINKEN)

Planungen kann man mit einem funktionierenden Betrieb machen. Diese Situation ist fatal für die Beschäftigten. Es sind wichtige, bedeutende Hafearbeitsplätze und ich bin mir sicher, dass man mit einer vernünftigen Planung und Übergangszeiten etwas erreichen könnte. Das muss nicht die gleiche Firma sein, es könnte auch eine andere Firma sein, die das dort macht. Ohne Frage besteht dort ein gewisser Investitionsbedarf. Es ist unmöglich, dort zu wohnen. Wichtig ist, die Arbeitsplätze zu erhalten und die Ladung weiterhin zu behalten für diesen Bereich.

Gerade für einen Universalhafen ist es doch so bedeutend, dass wir dort nicht nur Containerschleusen haben. Die sind sicherlich wichtig und in den letzten Jahren in der Debatte auch wichtig gewesen, aber gerade im Zusammenhang mit dem Stückgut ist bedeutend, was dort diesbezüglich vorhanden ist, und es ist wichtig, gerade diese Bereiche des Hafens dort weiter zu haben. Diese sind besonders arbeitsplatzintensiv – das weiß jeder, der sich damit auseinandersetzt – und dementsprechend besonders für die Ladungen sehr bedeutend.

Hier besteht die Gefahr, dass diese Ladungen nicht mehr in Hamburg, sondern innerhalb kürzester Zeit in Bremen oder sonstwo gelöscht werden. Dazu gibt es auch kein Konzept, das uns der Senat gegenwärtig vorlegen würde.

Immer wieder wurde in allen Hafenentwicklungsplänen betont, dass man für diesen konventionellen Stückgutverkehr etliches machen wolle. Nur stellen wir fest, dass dies nicht ordentlich gemacht und nicht praktisch durchgeführt wird.

Wir sehen nicht nur diesen Bereich bedroht, sondern auch einen zweiten, das ist der Bereich von HHLA Logistics. Etwas weiter im Bereich vom Kleinen Grasbrook – wir haben das schon bei Olympia diskutiert, das will ich jetzt nicht noch einmal extra anführen – will die HHLA einen Betrieb zumachen – Überseezentrum und einiges mehr –, wo es auch um 100 Arbeitsplätze geht, wenn nicht sogar mehr, und wo die HHLA einen ihrer wichtigen Bereiche zumachen will, den gesamten Logistikbereich. An und für sich müssten sie dann ihren Namen ändern. Das ist das eine Thema.

Wichtiger ist aber doch für uns im Hafen, dass wir diese Bereiche außerhalb des Containers unbedingt haben wollen und auch unbedingt brauchen. Es ist eine der wichtigen Aufgaben der HHLA – das steht auch in ihren Zielvereinbarungen mit der Stadt –, eben nicht nur Container zu haben, sondern einen Universalhafen zu entwickeln. Dafür haben wir dieses öffentliche Unternehmen. Ich finde es eine Frechheit, dass dieses öffentliche Unternehmen diese Aufgabe nicht wahrnimmt, sondern aus kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Interessen diesen Bereich auch noch zumacht und sich nur noch auf Containerschleusen und das Zweite, Bahnverkehr, beziehen will. Das ist fatal für diese Stadt und eine schlechte Entwicklung. Man kann die Krise des Hamburger Hafens nur dann angehen, wenn man mit Sorgfalt und Kraft auch die verschiedenen kleineren Aspekte angeht. Das verlange ich von diesem Senat.

(Beifall bei der LINKEN)

Von den regierenden Parteien, also von Rot-Grün, verlange ich zumindest, wenn man hier schon keinen eigenen Antrag zu dieser Sache einbringt, dass man diese Fragestellung an den Ausschuss

(Norbert Hackbusch)

überweist und dass man sagt, solange diese Entlastung dort gehe, wolle man diese Aufgabe immer noch angehen und dazu Lösungen suchen. Dementsprechend wäre eine Überweisung das Mindeste, was hier geschehen sollte. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Seeler von der SPD-Fraktion.

Dr. Joachim Seeler SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hackbusch, Sie verlangen viel. Wir verlangen nur eines: Schreiben Sie sachgerechte Anträge und dann können wir ernsthaft miteinander reden und debattieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, wenn wir uns mit dem Hamburger Hafen beschäftigen, müssen wir auch immer über das ökonomische Umfeld sprechen. Um das nur kurz zu machen: Die Weltwirtschaft wird gerade neu vermessen. Wesentliche Faktoren sind dabei, sich zu verändern. Wir wissen, dass beispielsweise Wachstumsregionen in Asien, von denen bisher auch der Hamburger Hafen sehr stark profitiert hat, jetzt in ihre Reifephase eintreten. Eines ist auch klar: Ein neues China ist nicht in Sicht. Wir wissen, dass neue Produktions- und Informationstechnologien die Warenströme und die Anforderungen an die Logistik weltweit verändern und gleichzeitig natürlich bei allen Risiken auch neue Wachstumschancen bieten. Und wir wissen auch, dass externe Einflussgrößen wie Energiepreise, Zinssätze oder Ähnliches auch aktuell Einfluss auf die Hafenumschläge haben können.

In diesem Umfeld muss sich der Hamburger Hafen fortentwickeln. Es ist doch einer der Grunderfolgskriterien seit Jahrhunderten, dass sich der Hamburger Hafen veränderten Rahmenbedingungen anpasst. Wesentliche Faktoren für die Fortentwicklung sind dabei die Infrastruktur, der Stückgutumschlag und die Industrieproduktion mit dem Umschlag zusammenzuführen. Heute schon ist etwa ein Drittel der Fläche im Hamburger Hafen Industrieproduktion. Das ist gut so, denn damit haben wir den lokalen Content, dass nämlich vor Ort Waren abgenommen werden. Das ist ein wesentlicher Wachstumstreiber für den Hamburger Hafen.

Der Mittlere Freihafen bietet desbezüglich jetzt eine gute Perspektive. Bis zu 125 Hektar Fläche können hier fortentwickelt werden. In Wahrheit basiert der Mittlere Freihafen in seiner jetzigen Form – und das haben wir ausführlich im Ausschuss mit der HPA und der Wirtschaftsbehörde diskutiert – auf einer Struktur der Fünfzigerjahre des letzten Jahrhunderts. Diese gilt es eben nicht zu konservieren, sondern fortzuentwickeln, damit dort moderne Betriebe arbeiten können und künftig

wettbewerbsfähige Arbeitsplätze erhalten und weiter fortentwickelt werden können.

Mit der Einigung der Firma Buss im Jahre 2009 – ich setze voraus, die Geschichte ist bekannt, Herr Hackbusch hat das schon erwähnt – wurde zum Jahreswechsel 2015/2016 auf Basis dieses Übereinkommens vereinbart, dass zum 30. Juni 2017, also in eineinviertel Jahren, die Fläche geräumt wird und damit ein Prozess, der 2009 in den Gesprächen mit dem Unternehmen Buss anfang, nun zum Ende kommt.

Die Planungen der HPA laufen intensiv, und es ist von der Zeitschiene vorgesehen, dass die Ausschreibungen in der zweiten Jahreshälfte 2016 an den Markt gehen und neue Unternehmen in einer neuen Struktur geworben werden können. Darüber haben wir am 25. Februar 2016 im Wirtschaftsausschuss sehr intensiv gesprochen. Die Perspektiven sind, dort Industrieproduktionen etwa im Bereich Elektromobilität, erneuerbare Energien, Maschinenbau, Umwelttechnik oder Anlagenbau zusammenzuführen und mit dem Hafenumschlag direkt zu verbinden. Dafür müssen aber die Flächen revitalisiert werden. Nur mit der Fortentwicklung dieser Flächen und auch an anderer Stelle im Hafen können wir die Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens langfristig sichern.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man versucht, den roten Faden der Wirtschaftspolitik der LINKEN zu identifizieren, fällt eines immer auf: Der rote Faden ist die Konservierung gegebener Strukturen, keine Veränderungen, keine Innovationen, keine Fortentwicklung.

(Sabine Boeddinghaus DIE LINKE: Das ist doch lächerlich!)

Dies wird auch beim Abstimmungsverhalten hier in den letzten zwölf Monaten deutlich. Genau das ist die falsche Antwort auf ein so dynamisches Umfeld. Wir müssen nicht nur im Hafen, sondern auch in anderen Bereichen die Ökonomie weiter fortentwickeln, den Standort Hamburg weiter fortentwickeln, und nur dann haben wir die Chance, dass Hamburg langfristig wettbewerbsfähig bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Dann einmal konkret zu dem Antrag. Da wäre schön gewesen, Kollege Hackbusch, wenn Sie sich die Sachlage vorher genau angeguckt hätten. In Petition 1 fordern Sie, dass die Aufhebung des Vertrags mit Buss zwei Jahre nach hinten geschoben wird. Wir reden dann über Ende 2018. Dazu muss man zum einen sagen, dass natürlich nicht nur Planung und Ausschreibung läuft, sondern dass spätestens Mitte 2017 auf dieser Fläche auch gebaut werden muss, um die entsprechenden Flächen anzupassen. Das kollidiert natürlich damit, wenn Buss dort weiter bleiben würde.

(Dr. Joachim Seeler)

Dazu kommt, dass nach der einvernehmlichen Lösung mit der Stadt Hamburg zum Jahreswechsel 2015/2016 Buss bereits heute mit allen Kunden Aufhebungsverträge geschlossen hat, die spätestens Mitte 2017 greifen, sodass auch eine Verlängerung des Vertrags mit Buss auf der Fläche bis 2018 gar keine Grundlage mehr hätte. Damit hängt Ihr Petitum völlig in der Luft.

Natürlich – das wissen wir alle – gilt ein besonderes Augenmerk den Beschäftigten. Wir sprechen über etwa 93 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die – das müssen wir offen feststellen – durch die Einstellung des Geschäftsbetriebs beim Buss Hansa Terminal auf Sicht ihren Arbeitsplatz dort verlieren werden. Aber Teil unserer Strategie ist, dass wir durch die Fortentwicklung dieser Fläche eine Voraussetzung dafür schaffen, dass dort in Zukunft neue und möglichst mehr als 93 Arbeitsplätze entstehen werden.

Im Rahmen der 2009 geschlossenen Vereinbarung zwischen Buss und der Stadt Hamburg hatte es eine sehr hohe Kompensationszahlung der Stadt Hamburg im dreistelligen Millionenbereich an Buss gegeben. Ein erheblicher Millionenbetrag war und ist dabei vorgesehen, für einen Sozialplan des Unternehmens Buss zur Verfügung zu stehen, und jetzt können diese Mittel für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ort verwendet werden.

(Beifall bei der SPD)

Aber die Stadt hilft hier nicht nur materiell, sondern – das hatten wir auch im Wirtschaftsausschuss diskutiert und sehr unterstützt – die Wirtschaftsbehörde engagiert sich konkret und hat heute das erste Treffen mit anderen Unternehmen aus der Hafengewirtschaft organisiert, um zu prüfen, ob es weitere Beschäftigung und Arbeitsplätze gibt für die Buss-Arbeitnehmerinnen und -Arbeitnehmer, wohin sie direkt wechseln können. Das heißt, die Stadt hat hier aktiv einen Part übernommen, und das ist richtig so. Wir unterstützen das sehr stark. Das ist ordentliches Regieren: auf der einen Seite die Zukunft fortentwickeln und Grundlagen schaffen und auf der anderen Seite immer auch die Beschäftigung aktuell im Blick haben.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Ich will es noch einmal betonen: Die beste Strategie zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Schaffung von neuer Beschäftigung ist auch im Mittleren Freihafen die Fortentwicklung dieser Fläche, sodass auch an dieser Stelle zukunftsfähige, wettbewerbsfähige Betriebe arbeiten können. Dann werden wir in einigen Jahren feststellen, dass sich das zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt hat und dort deutlich mehr Arbeitsplätze entstanden und gesichert sind als die, die heute auf der Fläche vorhanden sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Niedmers von der CDU-Fraktion.

Ralf Niedmers CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Einlassungen von Dr. Seeler eben zum Thema erstes Treffen der Hafengewirtschaft und wie es mit den Arbeitsplätzen weitergeht, die möglicherweise an diesem Standort verloren gehen könnten, zeigt doch eines sehr deutlich: Die Sozialdemokratie in dieser Stadt bewegt sich immer erst dann, wenn der Druck im Kessel so groß ist, dass sie handeln muss. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der CDU)

Und wenn wir uns heute mit dem Fall Buss Hansa Terminal befassen, dann werden Sie mir zumindest in einem Punkt recht geben: Dieser Fall hat eine extrem lange Vorgeschichte. Diese beginnt, und das gehört auch zur Wahrheit, bereits viele Monate, bevor Hennig Voscherau damals offiziell das Projekt HafenCity Hamburg ausrief. Buss wurde gewissermaßen mehrfach entschädigt dafür, dass es auch an einer anderen Stelle im Bereich HafenCity Gelände räumen musste. Damals befanden wir uns in einem Prozess, der vorsah, eine großflächige Neugestaltung oder Umgestaltung des Mittleren Freihafens durchzuführen.

Zur Erinnerung: Auf dem Gebiet war vorgesehen, den neuen CTS Steinwerder zu bauen. Kurz gesagt, es lagen also damals Pläne vor. Sie sahen aber vor, den CTS als Central Terminal Steinwerder zu definieren, der mehreren Aufgaben dienen sollte. Die meisten von Ihnen werden sich, weil Sie alle immer top im Thema sind, vielleicht auch an das durchgeführte Markterkundungsverfahren zum CTS von Anfang 2010 erinnern. Daran hatte auch die Buss-Gruppe teilgenommen. Es wurden damals verschiedene Projektentwürfe vorgestellt. Buss belegte im Rahmen dieser Ausschreibung mit einem Konzept für ein Vielzweckterminal den dritten Platz. Doch dann kam 2011 der Regierungswechsel, und mit ihm erhielt ein neuer Leitsatz Einzug in die Hamburger Hafengewirtschaft – Herr Staatsrat, Sie werden sich vielleicht nicht erinnern, aber der heute nicht anwesende Senator wird sich sicher erinnern –: "Wir machen ab jetzt nur noch Hafengewirtschaft auf Sicht." Diesem Grundsatz folgt der Senator bis heute. Das ist der eigentliche Problempunkt, über den wir reden müssen.

Jegliche Pläne zur Hafenerweiterung wurden vom Tisch gewischt, stattdessen stellte uns Senator Horch mit seiner Wirtschaftsbehörde einen Hafengewirtschaftsplan bis 2025 vor, der nach wenigen Monaten wieder überholt war. Na toll, das ist ordentliches Regieren.

(Beifall bei der CDU)

Die Wahrheit ist doch, dass Senator Horch bis zum heutigen Tag jeglicher hafengewirtschaftlicher Weitblick

(Ralf Niedmers)

fehlt. Woran ich das festmache, will ich Ihnen sagen: Es liegt unter anderem an seiner konzeptlosen Hafenplanung, wie wir sie jetzt wieder am Beispiel des Mittleren Freihafens sehen. Hafenpolitik beziehungsweise Hafenplanung braucht zwar Zeit, manche Stimmen im Hafen sagen, Veränderungen im Hafen dauerten immer, mit einem Vorlauf von bis zu zehn Jahren. Die Pläne, die Senator Horch zur Weiterentwicklung des Mittleren Freihafens kürzlich im Wirtschaftsausschuss vorgestellt hat, waren aber im Grunde ein Witz. Die Pläne waren veraltet und hatten mit einer Strukturfestigung zum Universalhafen recht wenig zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Und wo wir gerade dabei sind, meine Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN, schauen Sie sich einmal die aktuelle Printausgabe des "Spiegel" an. Die ist nämlich ein Zeugnis. Dort wird Ihnen gewissermaßen noch einmal verschriftlicht Ihre verfehlte Hafenpolitik attestiert. Ich zitiere nur zwei prägnante Sätze aus einem umfangreichen Hintergrundbericht:

"Dem Hamburger Hafen droht der Abstieg in die zweite Liga."

Das ist schon schlimm genug, und es geht damit weiter, dass der Hafen sich nicht in einen Freizeitpark verwandeln dürfe, in dem ganz nebenbei auch noch ein paar Waren umgeschlagen werden.

Wir müssen diese Warnungen sehr ernst nehmen, und deswegen fordern wir von Ihnen, tätig zu werden. Wir haben alle Interesse daran, den konventionellen Stückgutumschlag als einen Teil des Universalhafens zu erhalten. Daher haben wir als CDU-Fraktion das Entgegenkommen gegenüber Buss, das Terminalgelände erst später zu räumen, auch prinzipiell begrüßt. Zu dieser Entscheidung stehen wir. Was aber aus unserer Sicht überhaupt nicht geht, ist, dass dieser Terminal geräumt wird, ohne dass Sie ein tragfähiges Konzept für eine Nachnutzung präsentieren. Jetzt ist auch wieder Senator Horch – Herr Dr. Bössinger, Sie werden es ihm sicherlich berichten – gefragt, mit seiner Fachbehörde erst einmal ein anständiges Konzept auf den Tisch zu legen. Daran werden wir Sie messen.

(Beifall bei der CDU)

Zeigen Sie uns, was Sie konkret unter dem Erhalt des Hamburger Hafens als Universalhafen verstehen, und präsentieren Sie Pläne und Konzepte, die den Namen auch wirklich verdienen. Was Sie bislang auf den Tisch gelegt haben, war eine Vielzahl bunter Bilder, und das hat auch im Wirtschaftsausschuss leider nicht überzeugen können.

Lassen Sie uns zu den Mitarbeitern noch ein paar Worte verlieren, mit denen ich selbst auch schon an anderer Stelle im Gespräch war. Das ist sehr wichtig aus Sicht der CDU-Fraktion, denn wir sagen, ohne Wirtschaft und Arbeit funktioniert kein

Sozialsystem, und das bedeutet auch, ohne die Arbeit und ohne die Mitarbeiter, ohne die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse kann kein Wirtschaftssystem funktionieren. Wir möchten noch einmal klar den Appell an Rot-Grün richten: Weiten Sie Ihre Gespräche aus. Das haben Sie heute schon proaktiv gemacht, weil Sie wussten, dass es heute debattiert wird; Sie haben einen super Termin dafür gefunden und heute die ersten Gespräche geführt. Weiten Sie diese Gespräche zur Übernahme der Mitarbeiter in andere Beschäftigungsverhältnisse, die es im Hafen zweifelsfrei gibt, auf alle relevanten Hafenbetriebe aus und belassen Sie es nicht dabei, wie zunächst vorgeschlagen, das nur mit der HHLA zu machen. Geben Sie uns und vor allen Dingen den Mitarbeitern regelmäßig einen Zwischenstand – es sind dort auch Betriebsräte mit am Werk und Arbeitnehmervertreter, die Sie mit einbinden müssen –, was Ihre Gespräche ergeben haben. Hier geht es um die individuellen persönlichen Schicksale der Hafentarbeiterinnen und Hafentarbeiter, die ihren Job gern machen und die damit auch einen Beitrag zum Wohlstand in dieser Stadt leisten. Diese Mitarbeiter können am wenigsten für das, was jetzt gerade passiert. Sie haben über Jahre hinweg eine gute Arbeit geleistet. Dass diese Damen und Herren diese gute Arbeit geleistet haben, muss die Politik jetzt auch anerkennen und honorieren, indem die Politik sich um die Anliegen dieser Menschen kümmert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Dorothee Martin SPD* und *Dr. Joachim Körner AfD*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Niedmers, ich habe am Ende Ihres Vortrags nicht verstanden, wie Sie als Fraktion mit dem Antrag umgehen wollen.

Ich möchte mit einem Zitat beginnen:

"Es ist wichtig, dass die Stadt den Hafenbetrieb insgesamt neu plant, es darf keine Parzellendiskussion geben. Die heutige Gestalt des Güterumschlags im Hamburger Hafen entspricht an vielen Stellen nicht mehr dem Stand der Zeit. Die Schiffe, die Logistiktechnologien und die Marktverhältnisse haben sich in den vergangenen Jahren stark verändert."

Dies sagte am 26. Januar dieses Jahres Johann Killinger in "Der Welt".

Herr Hackbusch, Sie haben recht, wenn Sie sagen, die Situation sei in gewisser Weise ein wenig verfahren an dieser einen Stelle; ich komme gleich dazu. Nur müssen Sie natürlich zunächst einmal, und das bezieht sich auf den ersten Teil Ihres An-

(Dr. Anjes Tjarks)

trags, das in Erwägung ziehen, was der Kollege Seeler schon sehr breit ausgeführt hat, nämlich die Frage: Wie entwickeln wir eigentlich den Universalhafen weiter? Und wenn wir sehen, was der Eigentümer dieses Betriebs selbst dazu sagt, dann muss man sagen, es besteht doch nur die Möglichkeit, an der Stelle in die Zukunft zu schauen, denn wir wollen einen Universalhafen. Ich würde Sie einfach bitten, einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass das, was die Wirtschaftsbehörde im Wirtschaftsausschuss präsentiert hat, nicht einfach nur bunte Bilder sind, sondern ein ernst gemeintes Projekt, hinter dem Rot-Grün steht, nämlich dass wir im CTS einen Mehrzweckterminal für Hamburg entwickeln, um den Universalhafen in Hamburg zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Bezug auf die Mitarbeiter, glaube ich, ist das wichtigere Thema für Sie. Ich finde es menschlich durchaus anständig, so einen Antrag zu stellen. Ich denke, das ist das Thema, über das wir uns unterhalten müssen.

Der erste Punkt, weshalb ich diesem Antrag nicht folgen kann, ist Folgender: Wenn wir diesem Antrag zustimmen würden – und es gibt viele gute Gründe, die Herr Seeler genannt hat, warum wir es nicht tun sollten –, dann würden Sie in zwei Jahren denselben Antrag wieder stellen und zwei Jahre danach noch einmal.

(Thilo Kleibauer CDU: Vor zwei Jahren hätten Sie ihn noch gestellt!)

Das würde dann eine never-ending Story mit dem Problem, dass sich der Betrieb an der Stelle überhaupt nicht entwickeln kann und Sie gleichzeitig jedes Mal wieder vor Diskussionen stehen. Deswegen ist das nicht zielführend.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die zweite Schwierigkeit dabei ist, dass wir – vor allem die CDU – nicht nur 120 Millionen Euro an die Buss-Gruppe gezahlt haben, damit sie diese Fläche räumt – eine Fläche, die ohnehin der Stadt gehört –, es ist schon einmal eine Verlängerung eingetreten, nämlich um vier Jahre, weil man genau vor diesem Problem stand. Und was war die Konsequenz? Die Konsequenz war, dass es eine Olympia-Planung gab und der Eigentümer im Rahmen dieser Olympia-Planung die Hand gleich noch einmal aufgehalten hat, um zu sagen, wir würden dann gern wieder Geld haben, wenn wir diese Fläche vorzeitig räumen. Das stärkt ehrlicherweise nicht das Vertrauen darauf, dass Sie am Ende des Tages eine sinnvolle Lösung mit diesem Eigentümer und dieser Geschäftsführung finden können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen glaube ich, dass Sie mit der Frage der Verlängerung in Wahrheit in einer Sackgasse sind. Man muss sich jetzt Folgendes überlegen: Was bedeutet das für die Mitarbeiter? Das ist nämlich

die eigentliche, entscheidende Kernfrage, die neben der Frage Universalhafen, die aber aus meiner Sicht hier eher eine Randdiskussion ist, verbleibt. Herr Seeler hat es ausgeführt: Die Stadt hat dem Betrieb Buss und dem Eigentümer sehr viele Millionen Euro gezahlt, um einen Sozialplan zu verhandeln. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Verhandlungen über diesen Sozialplan nicht wirklich stattfinden. Das hat nicht nur die Folge, dass wir Geld gezahlt haben und dieser Sozialplan – momentan – nicht stattfindet, sondern es hat auch zur Folge, dass die Frage, in welchem anderen Betrieb ein Mitarbeiter wechseln kann, sich nicht klären lässt, weil dieser Mitarbeiter überhaupt nicht weiß, was mit dem Sozialplan passiert, was er eventuell an Rechten aufgibt und wo er eventuell hingehen könnte. Das heißt, die mangelnde Verhandlung über einen Sozialplan blockiert in Wahrheit auch alle weiteren Überlegungen. An dieser Stelle ist der Eigentümer komplett in der Pflicht. Wenn Sie so einen Antrag stellen und wir stimmen ihm zu, dann würden Sie den Eigentümer erneut an dieser Stelle aus seiner Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen, und das möchte ich nicht noch einmal zulassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen ist es aus meiner Sicht wichtig, dass die Stadt noch einmal auf beiden Seiten sagt, wir nehmen nicht teil an diesen Gesprächen über den Sozialplan, wir sind nicht die Sozialpartner, dass sie aber darauf hinwirkt, dass diese Gespräche geführt werden. Und natürlich muss sich die Stadt dann ansehen, was das in der Konsequenz bedeutet. Ein Mitarbeiter weiß erst dann, was das auch für ihn bedeutet, und dann kann er schauen, in welche Richtung er sich weiterentwickeln kann.

Es ist völlig klar, dass die Stadt hier unterstützend tätig sein muss. Herr Niedmers, vielen Dank für den Hinweis; auch andere Betriebe außer der HHLA haben wir heute schon angesprochen. Es ist natürlich so, dass die Situation auch in anderen Betrieben nicht ganz einfach ist, aber, und das ist entscheidend, wir werden dort helfen, und zwar für Anschlussbeschäftigung innerhalb und außerhalb des Hafens. Aber es müssen erst die Verhandlungen über den Sozialplan erfolgreich geführt werden. Hier ist Herr Killinger in der Pflicht, aber mit diesem Antrag entlassen Sie ihn aus der Pflicht und führen sich selbst und die Stadt in eine Sackgasse, aus der sie niemals herauskommt. Das ist keine Perspektive für den Hamburger Hafen. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kruse von der FDP-Fraktion.

Michael Kruse FDP:* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben hier einen sehr ernsten

(Michael Kruse)

Sachverhalt, der Ton der Debatte hat das schon ein bisschen durchsickern lassen. Wir haben jetzt ein wenig darum gerungen, was eigentlich das Wichtige in dieser Debatte ist. Da haben wir viel über die Historie gehört und darüber, wie das alles so gekommen ist; der eine hat gesagt, der Senat sei Schuld und das sei ja schon von 2009 und ein bisschen länger und ein bisschen kürzer. Eigentlich kann man einen Strich darunter ziehen und sagen: Wir haben hier einen ziemlichen Schlamassel. Wir haben einen ziemlichen Schlamassel für die Arbeitnehmer, die jetzt vor einer Perspektivlosigkeit stehen an diesem Standort.

Ich möchte meinen Fokus in der Rede nicht so sehr darauf richten, Joachim Seeler, ob die Struktur an dem Standort aus den Fünfzigerjahren ist oder dass der Hafen entwickelt werden muss; das ist alles richtig. Wir haben das schon verschiedentlich im Ausschuss diskutiert. Auch wir sind selbstverständlich für die Entwicklung der Fläche, eher in der großen Variante als in den vielen kleinen, die auch zur Disposition stehen. Aber das ist eigentlich nicht so sehr das Thema. Aus meiner Sicht ist heute das Thema, was der Senat getan hat, um dafür zu sorgen, dass die Arbeitnehmer, die jetzt in der Gefahr sind, den Job zu verlieren, ihren Job nicht verlieren, und ob er alles dafür getan hat. Das ist aus meiner Sicht heute die Fragestellung. Mir ist berichtet worden vom Termin des Staatsrats Böisinger heute, dass es noch nicht so viel Bereitschaft gibt anderer Hafenunternehmen, dort etwas zu machen. Die Stadt ist nicht unbedingt Verhandlungsteilnehmer, wie Anjes Tjarks dargestellt hat, natürlich nicht, aber immerhin ist durch die Kündigung der HPA das Ganze ausgelöst worden. Insofern muss man sagen, dass die Stadt auch eine gewisse Verantwortung dafür hat, dass das einigermaßen reibungsfrei läuft.

Herr Hackbusch hat es aus meiner Sicht richtig dargestellt: In Zeiten, in denen der Hafen ohnehin bereits mit Umschlagsrückgängen zu kämpfen und sowieso schon Probleme hat und wir auch nicht so viele Anbieter haben im Bereich Multipurpose, sollte man schon danach schauen, was es hier für Möglichkeiten gibt, auch Anbieter solcher Dienstleistungen oder solcher Umschläge am Standort zu halten.

In Wahrheit haben wir das Problem, das hier zugrunde liegt, schon öfter gehabt. Aus meiner Sicht ist eines der zentralen Probleme, dass die Stadt Verträge macht und dabei vergisst, was dann eigentlich mit den Mitarbeitern passiert.

(Wolfgang Rose SPD: Da müssen Sie da rübergucken!)

– Ich gucke in alle Richtungen, Herr Rose. Ich habe jetzt versucht, es nicht so sehr auf eine politische Gruppierung zuzuschneiden,

(Wolfgang Rose SPD: Immer dann, wenn es passt!)

sondern darzustellen, was das Problem ist und was die Lösung sein sollte. Wir hatten das auch bei der HEW. Es ging mir nicht darum, das einer politischen Gruppierung zuzuordnen, sondern es geht mir darum zu sagen, worin das Problem besteht.

Das Problem ist, dass die Stadt sehr viel Geld an ein Unternehmen überweist, und am Ende ist noch nicht einmal daran gedacht worden, dass es in dem Unternehmen auch Mitarbeiter gibt und dass mit denen etwas passieren muss, dass sie eine Anschlussperspektive haben.

Das erste Problem hat Schwarz-Grün eingefädelt, insofern ist das ein bisschen dick aufgetragen, aber jetzt ist die SPD in der Verantwortung. Wir haben das im Ausschuss beraten, und ich habe sehr genau zugehört, als der Kollege Arno Münster geredet hat. Der Kollege Arno Münster hat halb als Gewerkschaftsvertreter – so war mein Eindruck – gesprochen, und er hat in dem Bereich auch Expertise und hat insofern ehrliche Worte vorgetragen. Er hat aus meiner Sicht glaubwürdig dargestellt, dass man sich darum bemüht. Ich habe nach dem ersten Treffen heute – ich höre, es soll weitere geben – jedoch aufgrund der Berichte aus Teilnehmerkreisen noch nicht den Eindruck gewinnen können, dass das jetzt schon so eine starke Bemühung war und dass man tatsächlich schon alles probiert hat.

Ein ganz konkretes Anliegen. Gerade Sie, Herr Münster, sind doch in der HHLA auch in Funktionen unterwegs. Haben Sie eigentlich schon alles getan? Haben Sie schon alles probiert? Es gab damals diesen Deal, wenn Olympia kommt, dann macht die HHLA möglicherweise eine Fläche frei und dann können wir sie dahin verlagern. Da gab es so etwas wie ein Karussell im Hafen. Die Möglichkeit gibt es jetzt nicht mehr. Aber haben Sie tatsächlich alles probiert, um dem Unternehmen einen neuen Standort zuzuweisen? Ich habe das auch im Ausschuss gefragt. Ich zitiere aus dem Protokoll:

"Der FDP-Abgeordnete fragte, ob der Firma Buss nach dem 29. November 2015 konkrete Flächen angeboten worden seien und wenn ja, wie die Firma damit umgegangen sei."

Und die Antwort lautet:

"Die Senatsvertreter erwiderten, es habe mit der Firma Buss zwar Gespräche gegeben, aber daraus seien keine konkreten Ansätze erwachsen."

Ich stelle das einfach einmal in Zweifel. Ich stelle in Zweifel, dass der Senat als Vertreter des Mehr-

(Michael Kruse)

heitseigentümers HHLA alles unternommen hat, um dieses Unternehmen zu verlagern.

(Wolfgang Rose SPD: Wie kommen Sie darauf?)

– Sie können sich dazu äußern, wenn das aus Ihrer Sicht anders ist.

(Wolfgang Rose SPD: Das habe ich ja gerade getan!)

– Sie können eine Zwischenfrage stellen, Herr Rose. Dazu müssten Sie sich hochbequemen ans Mikrophon. Es ist sehr bezeichnend, dass Sie in so einer Debatte, wenn ich versuche, einmal einen überparteilichen Ansatz darzustellen

(Dorothee Martin SPD: Nein!)

und nicht so eine große Schärfe hineinzubringen, jetzt reinpöbeln.

(Wolfgang Rose SPD: Sie haben gar nichts gesagt!)

Sie machen eine ganze Menge, wenn es darum geht, schillernde Worte darzustellen. Es gibt den smartPORT, es gibt den ChainPORT, es gibt Zukunftsstandorte, es gibt eine 3-D-Druck-Strategie und so weiter. Wir haben es eben von Herrn Seeler wieder gehört, da wird dann über China geredet, da wird über Russland geredet. Das sind alles Faktoren, die gibt es, und natürlich haben sie auch einen negativen Einfluss auf den Umschlag, den wir im Hamburger Hafen verzeichnen.

(Wolfgang Rose SPD: Haben Sie eine Lösung?)

– Für China und Russland, Herr Rose, habe ich auch keine Lösung. Das mache ich Ihnen aber auch nicht zum Vorwurf.

Ich sage, es gibt ein paar Stellen im Hamburger Hafen, da haben Sie die Möglichkeit, konkret etwas zum Guten zu bewirken. Tun Sie es dann bitte auch.

(Beifall bei der FDP – Wolfgang Rose SPD: Das haben wir schon lange versucht!)

Und deswegen ist es aus meiner Sicht gar nicht so sehr das Ziel, jetzt irgendwie Vorwürfe in die eine oder andere Richtung zu adressieren, sondern es geht darum, wie hier Perspektiven aufgezeigt werden können. Dadurch, dass die Stadt es nun einmal mit einem mehr schlecht als recht verhandelten Vertrag ausgelöst hat, ist sie, dieser Meinung bin ich schon, auch in der Pflicht, dann daran mitzuarbeiten, dass hier eine Perspektive entsteht.

Der Bürgermeister ist heute nicht anwesend; ich weiß nicht, wo er ist. Dass Herr Horch bei einer Verkehrsministerkonferenz ist, dafür habe ich durchaus Verständnis. Er kann sich nun einmal nicht zerteilen und ich habe gehört, dass vielleicht jemand anderes aus dem Senat spricht. Das wür-

de ich nicht zum Vorwurf machen. Aber wenn man den Bürgermeister der Stadt Hamburg in einer Phase, in der der Hafen immer weiter in die Krise rutscht, mehr dadurch wahrnimmt, dass er deutsch-französischer Kulturbeauftragter ist, als dass er Bürgermeister einer wichtigen Hafenstadt ist, dann stimmt etwas grundsätzlich nicht. Das ist das Erste.

(Beifall bei der FDP)

Und das Zweite möchte ich Ihnen einfach mit auf den Weg geben, denn der Prozess ist noch nicht abgeschlossen: Sie haben die Zeit, also nutzen Sie die Zeit auch. Führen Sie die Gespräche weiter, laden Sie die anderen Unternehmen weiterhin dazu ein. Die waren schon dazu eingeladen, das ist insoweit in Ordnung; den Vorwurf von Herrn Niedmers würde ich an der Stelle nicht teilen. Aber kümmern Sie sich auch darum. Die Stadt steht hier in der Verantwortung.

Zum konkreten Antrag. Ich denke auch, dass die zweijährige Verlängerung an dem Standort insofern nicht ganz ehrlich ist, weil eigentlich alle hier, das war im Ausschuss relativ deutlich, der Auffassung sind, dass wir eine Entwicklung für die Fläche brauchen. Ich setze darauf, dass man die Mehrheitsbeteiligung bei der HHLA nutzt, dass man noch einmal in Gespräche darüber kommt, ob man nicht eine Alternativfläche hat. Dann hätte man gleich noch einen dritten Anbieter im Bereich Multipurpose am Standort gehalten. Man hätte möglicherweise eine Perspektive für die Mitarbeiter geschaffen, und darum sollte es uns doch allen hier im Hause gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

Dr. Bernd Baumann AfD:* Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist immer die Aufgabe der Opposition, möglichst einzuhaken, wo Schwächen der Regierung sind. Sie muss nicht immer gleich eigene Konzepte vorlegen. Aber gut wäre es heute schon an der einen oder anderen Stelle gewesen, einmal darauf hinzuweisen, was die großen Linien sind, die Auswirkungen haben bis in den Buss-Terminal von Steinwerder. Da muss man sich einfach klarmachen, dass eine der verlässlichsten Konstanten im Wirtschaftsleben der Wandel ist, genauer der Strukturwandel. Das gilt besonders für den Hamburger Hafen, der durch seine weltweiten Fracht- und Containerströme natürlich dem globalen Strukturwandel extrem und schnell ausgesetzt ist. Das ist hier passiert, und wir erleben gerade die Auswirkungen.

Der Aufstieg Chinas war so rasant, wie es keiner vorhersagen konnte, das ist keine Frage. Von null praktisch in einem großen Durchmarsch hin zur

(Dr. Bernd Baumann)

größten Exportmacht der Welt in einer überschaubaren Zahl von Jahren, das hat den globalen Containerverkehr explodieren lassen. Natürlich musste sich Hamburg daran anpassen. Keiner konnte vorhersagen, wohin dieses Extremwachstum noch führen würde, noch nicht einmal die Chinesen selbst wussten, wann sie in normale Wachstumsphasen zurückkehren. Das scheint jetzt der Fall zu sein, die Daten, die wir erhalten, sehen danach aus. Also muss ein modernes Hafenmanagement aufgrund der ursprünglichen Entwicklung weitere Kapazitäten planen – das ist in Steinwerder passiert, das sollte da genau so sein –, und man muss jetzt auch auf diesen Strukturwandel relativ rasch reagieren, wenn diese Zahlen nicht gehalten werden.

Für diese zusätzliche Kapazität an Containern hatte man den Terminal in Steinwerder vorgesehen. Es ist ein – und dafür können die Beschäftigten überhaupt nichts – etwas angestaubter Abfertigungsbetrieb. Das hat Herr Tjarks zitiert. Herr Killinger, der Chef von Buss, hat das selbst zugegeben. Im Grunde sind das Strukturen und Technologien der Sechzigerjahre. Sie entsprechen praktisch, wenn Sie sich das bildlich vorstellen, der Cap San Diego, die war da noch unter voller Flagge auf den Weltmeeren. Aus dieser Zeit stammt der Terminal, technisch und strukturell. Deswegen sind die Langfristverträge gekündigt worden und Herr Buss hat eine Abfindung bekommen. In "Der Welt" stand, das Unternehmen Buss habe eine Abfindung von 138 Millionen Euro bekommen. Jetzt ist Abkühlung weltweit die Struktur.

(Zuruf von Arno Münster SPD)

– Ja, darauf kommen wir gleich noch, Herr Münster. Sie haben vollkommen recht.

Die echten Strukturwandelprozesse, die Hamburg jetzt erreichen, sind sozusagen das Normalste der Welt, auch dass das angepasst werden muss. Jetzt will aber DIE LINKE einfach den Betrieb des alten Buss-Terminals fortsetzen und die Arbeitsplätze erhalten; das ist sympathisch, das ist verständlich, es sei den Buss-Arbeitern von Herzen gegönnt. Die Politik ist hier mit gefordert, keine Frage. Aber der Weg der LINKEN, die Strukturen einfach zu konservieren, ist der falsche; sie sind sowieso auf Dauer nicht haltbar. Denn der Hafen ist im beinhalten Wettbewerb mit Rotterdam, Antwerpen und anderen. Wir haben schon leicht Marktanteile verloren, und wir haben nun einmal leider die Nachteile des mangelnden Elbtiefgangs, der natürlichen Verschlickung, natürliche Wettbewerbsnachteile also. Und wir haben auch noch, das ist sozusagen selbstgewählt, die GRÜNEN in der Regierung, die viele Modernisierungen, man muss es deutlich sagen, schwer und zäh gestalten. Das sehen wir nicht zuletzt bei dem Projekt der Elbvertiefung oder beim Gesamtkonzept Elbe für

den Oberlauf. Da muss sich sowieso etwas ändern.

(Beifall bei der AfD)

Der scharfe Wind dieses Wettbewerbs erlaubt deshalb nicht, zentrales Hafengebiet wie Steinwerder weiter suboptimal zu nutzen. Das braucht neue und modernste Anlagen, wie der Chef von Buss, Killinger, selbst zugab; das Zitat hat Herr Tjarks gebracht. Er hat deshalb seinen Mietvertrag vorzeitig gelöst und wohl 138 Millionen Euro kassiert. Er sieht anscheinend – das ist die unternehmerische Freiheit – im Immobiliengeschäft eine lukrativere Zukunft, hat dafür eine eigene Tochtergesellschaft gegründet. Jetzt müsste er sich großzügig im Sozialplan zeigen; Herr Münster, Sie haben es gerade angemerkt. Das ist eine der Aufgaben, die jetzt bevorstehen, und er ist eigentlich der Ansprechpartner vieler Leute, die heute hier sind. Er muss auch dafür sorgen, dass die Leute woanders unterkommen; es ist ein großes Unternehmen mit vielen in- und ausländischen Betrieben.

Der Hafen in Steinwerder, das Areal auf jeden Fall, braucht eine grundlegende Erneuerung, vernünftige Langfristpläne, die vor der Container-Euphorie schon einmal angedacht waren. Der Hafen muss sich jetzt strategisch breit aufstellen, diversifiziert als echter, moderner Universalhafen und nicht als antiquierter, Herr Hackbusch. Neben der Containerabfertigung brauchen wir alle modernen Multipurpose-Terminals bis hin zu Roll-on/Roll-off, alle Arten von Massengut, von Schüttgut wie Baumaterial und Düngemittel über Sauggüter wie Getreide und Futtermittel, Greifgüter wie Erze und Kohle, Flüssiggüter wie Mineralöle und Chemikalien. Auch der Wachstumsmarkt Kreuzfahrt muss erschlossen werden, auch das wird versucht in diesem Universalhafenkonzept.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen ist für Steinwerder jetzt richtig der Rückbau bestimmter Kaianlagen, die Verfüllung bestimmter Hafenbecken, um völlig neue Flächen im Zentralhafen zu schaffen, im Sinne eben dieses modernen Universalhafens. Auf den neuen Flächen kann man dann moderne Industrie ansiedeln mit Logistikfunktionen, welche die einmalige Location dieses Standorts wertschöpfungstechnisch auch optimal nutzen können, denn wir haben dort gleichzeitig den hervorragenden Überseeschiffsverkehr verbunden mit exzellenten Eisenbahn- und Straßenanbindungen. Das gibt es auf dem Kontinent in der Art und Weise kaum noch einmal, es ist also eine echte Perle. Und das ist nun für moderne Firmen gerade attraktiv, wenn man es vernünftig macht. Wir haben gestern von Industrie 4.0 gesprochen. Bestimmte 3-D-Drucksysteme mit Spezial- und Maschinenbau in Richtung Industrie 4.0, Elektrofahrzeuge, Spezialteile für Flugzeugfertigung

(Dr. Bernd Baumann)

gung, moderne Eisenbahnsysteme, all das ist möglich.

Alternativen darüber hinaus sind bis jetzt von der Opposition noch nicht genannt worden. Das sind schon vernünftige Vorschläge. Man muss auch einmal konzedieren, dass teilweise eine vernünftige Politik gemacht wird. Und unser Herr Hackbusch könnte seiner inneren Bestimmung und wirtschaftspolitischen Ausrichtung nach vielleicht einen anderen Job finden: Wir machen ihn zum Direktor des Museumshafens. Unsere Hilfe haben Sie dabei, Herr Hackbusch. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE.

(Gerhard Lein SPD: Her mit dem Job!)

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich weiß nicht genau, ob ich diesen Job haben will.

Ich freue mich erst einmal darüber, dass in der Debatte von Rot-Grün sehr ernsthaft deutlich gemacht worden ist, dass sie sich sehr bemühen werden, dass alle diejenigen, die gegenwärtig bei Buss von den Entlassungen betroffen sein werden, woanders untergebracht werden. Ich will noch einmal betonen, dass es eine wichtige Aufgabe ist, und ich habe das auch so verstanden, als wenn der Senat das als eine wichtige Aufgabe für sich wahrgenommen hat. Das finde ich als ersten Punkt sehr gut und bin damit sehr zufrieden.

Womit ich überhaupt nicht zufrieden bin, sind einige Argumente, die hier genannt worden sind, und deswegen will ich versuchen, diese noch einmal einzeln genau aufzudröseln.

Herr Tjarks, keine Frage – das hat man oft genug diskutiert –, Herr Killinger hat dafür 138 Millionen Euro plus einiges mehr an Geld bekommen. Das große Problem in dem Vertrag, den Schwarz-Grün damals mit ihm geschlossen hat, war, dass die Frage des Sozialplans dort überhaupt nicht aufgetaucht ist. Wir haben als Stadt nur dann eine Chance, das durchzusetzen, richtig materiell durchzusetzen, wenn man das in solche Verträge hineinschreibt. Es ist eine Frechheit gewesen, dass das nicht geschehen ist, und das tut heute noch weh.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Wolfgang Rose* SPD)

Wir können heute Herrn Killinger sagen, dass unvorstellbar ist, dass er dieses Geld für sonst etwas ausgeben will und nicht für seine soziale Verantwortung. Das sollte diese Bürgerschaft Herrn Killinger gemeinsam ins Stammbuch schreiben.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Birte Gutzki-Heitmann* SPD)

Das ist soweit richtig. Nur ist das keine Begründung dafür, so vorzugehen, wie man jetzt vorgeht. Denn was ist denn Ihr Argument? Es geht mir und übrigens auch den Kollegen von Buss nicht darum, irgendetwas zu konservieren oder einen Museumshafen aufzubauen oder sonst etwas dergleichen. Allen ist bewusst, dass dort wichtige Investitionen zusätzlich notwendig sind und dass der konventionelle Stückgutverkehr mit Investitionen völlig neu strukturiert werden muss. Das ist außerhalb der Debatte.

Das Problem, vor dem wir stehen und auf das Sie keine Antwort haben: Wir haben im Ausschuss danach gefragt, wie die Situation gegenwärtig sei. Dort wurde nichts anderes gesagt als: Wir könnten uns einige Szenarien vorstellen, wie die zusätzlichen Hafensflächen in Zukunft aussähen. Bis dahin wissen wir aber noch nichts. Und ich frage Sie: Warum kann man nicht eine solche Planung – die ja lange braucht; so etwas auszuschreiben, zu fragen, wer dorthin kommen will, mit welchen Konzepten – durchführen, während dieser Betrieb dort weiterläuft?

Dieser Betrieb ist nach meiner Meinung aus zwei Gründen absolut notwendig. Der eine Grund ist, dass er währenddessen Arbeitsplätze erhält. Das ist schon oft genug gesagt worden. Das Zweite ist, dass es Ladungen bedeutet in dieser Stadt. Und wir brauchen diese Ladungen, um in der Lage zu sein, gerade im Bereich von solchen Stückgutverkehren weiterhin existieren zu können.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Hackbusch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rose?

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Ja, gern.

Zwischenfrage von Wolfgang Rose SPD: Wenn Sie vorhin zugehört haben, Herr Hackbusch, dann haben Sie gehört, dass die Verträge, die Aufträge von Killinger bereits gekündigt worden sind. Mit welcher Arbeit wollen Sie denn ab nächstem Jahr dort die Kolleginnen und Kollegen weiter beschäftigen?

Norbert Hackbusch DIE LINKE (fortfahrend):

Diese Information, wie weit alle diese Verträge gekündigt worden sind, konnten wir noch nicht verifizieren. Wir haben geredet mit denjenigen, die diese Verträge konkret abhandeln und diese gegenwärtig machen. Sie wissen, dass es um einige große Schifflinien geht, bei denen es zentral darum geht, diese in Hamburg zu halten, von denen wir wissen, dass sie durchaus drohen, woanders

(Norbert Hackbusch)

hinzuwandern, die gegenwärtig Angebote von anderen erhalten. Es wäre dementsprechend eine vitale Möglichkeit. Dass diese Chance existiert, dass das gegenwärtig noch möglich ist, haben mir übrigens sowohl Leute von der HPA gesagt als auch diejenigen, die das konkret vor Ort handhaben. Wenn Sie sich jetzt dazu entschließen, das Ruder herumzureißen, dann werden wir in der Lage sein, diese Sachen zumindest noch für zwei Jahre hier zu halten.

Gegenwärtig brummt dieser Laden. Die machen drei Schichten, die wissen gar nicht, wohin sie vor Arbeit sollen. Und dann zu sagen, das sei nur ein Museum, wovon die Leute gegenwärtig gut leben, ist nicht angemessen.

(Wolfgang Rose SPD: Das sagt doch keiner! Wer sagt das denn?)

– Das wurde von einigen gesagt. Ihr Nachbar hinter Ihnen, Herr Seeler, hat gesagt, dass wir nichts anderes als Konservieren wollten. Darum geht es uns nicht. Wir wollen die Ladungen in Hamburg halten. Wir wollen das nicht davon gefährdet sehen, dass es nur Pläne gibt. Pläne kann man machen, auch wenn der Betrieb dort weitergeht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie wissen selbst: Das, was im Ausschuss dargestellt worden ist, waren nur Hafenvorstellungen und keine Ideen, wer dort hinkommen könnte. Sie wissen selbst, wie viel und wie lang zum Beispiel in Kuhwerder danach gesucht worden ist. Auch der Kreuzfahrtterminal dort in der Ecke ist doch nur eine Übergangslösung. Von daher wissen Sie, dass diese Flächen nicht einfach so vor Nachfrage überannt werden. Die Gefahr ist, dass es in zwei Jahren nichts anderes ist als eine Sandkuhle wie Kuhwerder gegenwärtig, die Arbeitsplätze weg sind, die Ladung weg ist, und dann haben Sie schöne Blumen gehabt, die Sie uns hier gezeigt haben, aber keine Wirklichkeit. Ihnen fehlt die Realitätshaftung.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Herr Münster von der SPD-Fraktion das Wort.

Arno Münster SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bekannterweise spreche ich in diesem Hause viel zur Innenpolitik, aber als jahrelang Beschäftigter im Hamburger Hafen ärgert mich schon das eine und das andere. Nun kann ich nicht auf alles, Herr Hackbusch, was Sie gefragt haben, antworten beziehungsweise mich dazu äußern, weil ich in diesem Betrieb noch beschäftigt bin. Das macht man aus parlamentarischen Gegebenheiten nicht. Aber ich habe mich trotzdem zu Wort gemeldet, weil Sie, Herr Niedmers, etwas gesagt haben, was mich richtig geär-

gert hat. Wir würden hier heute nicht stehen, wenn Sie das nicht verursacht hätten,

(Hansjörg Schmidt SPD: Eben!)

Sie und Ihr damaliger Wirtschaftssenator Uldall, der damals diese Wahnsinnsstruktur auf den Weg gebracht hat:

(Ralf Niedmers CDU: Es ist ja klar, dass Sie jetzt damit kommen!)

"Hafen finanzieren Hafen" zum Beispiel. Damit ging das los. Der HHLA-Verkauf. Mittlerer Freihafen. Das ist halbe Disney-World, das Sie da alles berücksichtigen wollten, mit diesem Wasserfall und, und, und. Das waren doch alles Ihre Pläne. Mit den Hafentwicklungsplänen, die Sie damals auf Spur gebracht haben, hätten wir heute gar keinen Hamburger Hafen mehr, ganz ehrlich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Daran ist Ihre Wirtschaftspolitik auch zugrunde gegangen, weil Sie keine Hafenkompentenz mehr haben. Und Ihrer Rede nach, die Sie heute gehalten haben, haben Sie nach wie vor keine Kompetenz, sich überhaupt zum Hafen zu äußern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Ralf Niedmers CDU)

Ich will auf meine Ausführungen im Wirtschaftsausschuss zurückkommen. Kollege Seeler hat es auf den Punkt gebracht, er ist ja unser wirtschaftspolitischer Sprecher für den Schwerpunkt Hafen. Was er hier geäußert hat, das war eine glatte Eins.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

So macht man das doch auch. Senator Horch hätte sich sicherlich heute auch zu Wort gemeldet, aber wie gesagt, er ist ortsabwesend, und auch die Bemühungen seines Staatsrats, von Herrn Bösiniger, die im Hintergrund laufen, sind nicht von der Hand zu weisen, sondern das ist das, was wir jetzt machen, was Sie alles verursacht haben.

(Zuruf Ralf Niedmers CDU: Ja genau, absolut!)

– Ja, das ist so. Das kann man alles nachlesen, was Sie für einen Müll gemacht haben im Hafen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Glocke)

Ich nehme den Begriff Müll zurück.

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Kollege, Sie haben es vielleicht selbst gemerkt. Bitte fahren Sie fort.

Arno Münster SPD (fortfahrend): Danke. – Einen Satz zu dir noch, Norbert Hackbusch. Ihr schmeißt euch immer vor jede Bewegung – dafür seid ihr bekannt –, hier wieder vor die Arbeitnehmer, und sagt: Passt auf, wir retten euch einmal. Aber so

(Arno Münster)

einfach ist das nicht, mit der ganzen Infrastruktur. Der Hafen ist ja einfach eine Infrastrukturmaßnahme. Da gibt es Verträge, die geschlossen worden sind. Wir waren nicht am Tisch, wir müssen das ausbaden. Die CDU sagt immer, das habe die Stadt verursacht. Das hat jedoch die CDU verursacht. Und sonst redet sie aber davon, der Senat müsse handeln, das sind dann immer wir.

Aber, Norbert Hackbusch, so einfach geht das nicht. Die Kollegen wollen nicht irgendwie aus dem Sozialplan entschädigt werden, sondern sie wollen nach wie vor Arbeitsplätze haben. Ich habe heute gehört – wir haben mit den Arbeitnehmern telefoniert –, dass es Bereitschaft gibt, sich eventuell mit anderen Betrieben zu arrangieren, wo man nachhaltige Arbeitsplätze anbieten kann. Das finde ich einen guten Weg, den der Senat, insbesondere der Staatsrat, einschlägt, all diese Verhandlungen einmal zusammenzuführen. Das ist Aufgabe der Politik, zusammenzuführen, dies zur Vollendung zu bringen und zu einem guten Erfolg für die Arbeitnehmer zu führen. Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg. Und alles andere, was man sich sonst gegenseitig an den Kopf schmeißt, dient der Sache nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Niedmers von der CDU-Fraktion.

Ralf Niedmers CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich zwei Punkte vortragen. Dank der denkwürdigen Einlassung meines Kollegen Münster muss ich einen weiteren Punkt hinzufügen. Mit diesem möchte ich anfangen.

Ich finde die Einlassungen des Kollegen unangemessen.

(Beifall bei der CDU)

– Danke, dass das viele Damen und Herren in diesem Hohen Haus genauso einschätzen.

(Arno Münster SPD: Alle beide, oder was?)

– Es sind schon viele. Es sind vor allen Dingen sehr intelligente Menschen, und das ist auch wichtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich finde es deshalb unangemessen – dann hake ich es gleich ab, aber das möchte ich noch inhaltlich dazu sagen –, weil ich ausdrücklich darauf hingewiesen habe, dass die Geschichte Buss ihre Anfänge hatte in einem Zeitraum, der vor der Verkündung des Projekts HafenCity lag. Natürlich weiß der Kollege sehr genau, was damit gemeint ist, und dass er dieses jetzt alles ausblendet, obwohl er als Megahafenkenner, wie er sich selbst nannte,

das alles wissen müsste. Das finde ich nicht in Ordnung. Das macht man nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir könnten vielleicht, wenn es der Wahrheitsfindung dient, in nicht öffentlicher Sitzung einmal über alle Vorgänge von Alpha bis Omega berichten lassen. Ich sage Ihnen jetzt schon, Herr Kollege, Sie werden dann ein vollkommen anderes Lagebild haben. Alles auf die Regierungszeit der schwarz-grünen Koalition zu schieben greift zu kurz, und das weiß der Kollege. Er hat dieses positive Wissen, und obwohl er die Gesamtgeschichte kennt, führt er sein Märchen auf. Hat er gemacht. Punkt 1 ist damit abgeschlossen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Arno Münster)

– Jetzt höre bitte einmal zu, lieber Kollege, das ist auch für dich vielleicht noch sinnvoll.

Punkt 2: Führungskräfte in der freien Wirtschaft haben auch unter ethischen Gesichtspunkten ein hohes Maß an sozialer Verantwortung. Ich kann hier und heute nur an Herrn Killinger appellieren, dieses Maß an hoher sozialer Verantwortung wahrzunehmen, die man als Führungskraft in der freien Wirtschaft haben sollte, seine soziale Führungsverantwortung wahrzunehmen und einen Beitrag zu leisten, damit diese völlig zu Recht angesprochenen Sozialplanverhandlungen zu einem für alle Seiten tragfähigen Abschluss kommen. Diesen Appell kann man heute aus diesem Haus an den Führungsverantwortlichen senden, und ich gehe davon aus, dass das kein vergeblicher Appell sein wird, sondern dass sich die Führungskräfte in diesem Unternehmen das zu Herzen nehmen werden. Anderenfalls gäbe es eine große Debatte über soziale Verantwortung von Führungskräften in Hafenbetrieben. Ich halte es für nicht sinnvoll, sich so einer Debatte auszusetzen. Dieser Appell geht von heute und von hier von der CDU an die Führungskraft Herrn Killinger.

Punkt 3: Da komme ich noch einmal auf Herrn Tjarks zu sprechen, der wissen wollte, wie wir uns inhaltlich zum Petitum verhalten werden. Wir haben eine abschnittsweise Abstimmung beantragt. Ziffer 1 können wir aus ähnlichen Gründen wie von der SPD vorgetragen nicht zustimmen, aber die Ziffern 2 bis einschließlich 4 halten wir für vernünftig, und wenn etwas Vernünftiges im Petitum beantragt wird, verschließt sich die CDU nicht und erteilt gern vernünftigen Vorschlägen ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Detlef Ehlebracht AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Herr Kruse von der FDP-Fraktion das Wort.

Michael Kruse FDP:* Meine Damen und Herren! Ich möchte gern zwei Punkte ansprechen. Zum einen ist aus der Debatte deutlich geworden, dass das allen hier ein wichtiges Anliegen ist. Es ist ein wichtiges Thema. Ich habe gesagt, dass wir gerade dem ersten Punkt nicht zustimmen werden, weil wir es in der Konsequenz nicht für richtig halten. Aber ich finde, dass das Thema es verdient, dass wir es im Ausschuss weiter beraten. Ich finde auch, dass Sie sich bei Rot-Grün einen Ruck geben sollten, vielleicht nicht auf Ihren Sprechzettel gucken, sondern den Antrag überweisen sollten, denn dass wir das Thema weiter beraten, dass offensichtlich noch Bewegung drin ist, ist ja gut, aber dann sollten wir es im Ausschuss eng begleiten und dann eben mit in den Ausschuss nehmen. Insofern, überdenken Sie es doch bitte. Stimmen Sie doch einfach der Überweisung zu, dann haben wir nämlich die Debatte auch abgeräumt.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Vielleicht noch als Hausaufgabe für den Einser-Redner Dr. Joachim Seeler: Letzte Woche im Ausschuss haben wir lang über die Finanzierung bei der HPA gesprochen, und da haben wir unter anderem darüber gesprochen, dass die Kosten, die für die Entwicklung der Fläche Mittlerer Freihafen/Steinwerder aufgewendet werden, im Haushalt noch gar nicht enthalten sind, und dennoch haben wir so eine große Kostenexplosion. Wenn das alles so ordentlich regiert wäre, wie Sie es gerade versucht haben dazustellen, dann hätten Sie das vielleicht in den Haushalt eingepreist. Aber zu den Haushaltsberatungen kommen wir in der zweiten Jahreshälfte. Wir werden Sie daran erinnern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte einer Überweisung der Drucksache 21/3677 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache über den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 21/3677. Die CDU-Fraktion möchte Ziffer 1 separat abstimmen lassen.

Wer möchte nun also zunächst Ziffer 1 des Antrags annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 abgelehnt.

Wer möchte den Ziffern 2 bis 4 seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch diese Ziffern sind damit abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 25, Drucksache 21/3555, Antrag der FDP-Fraktion: Reform der Lehrerausbildung: Praktiker sofort einbeziehen!

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Reform der Lehrerausbildung: Praktiker sofort einbeziehen!
– Drs 21/3555 –]**

Diese Drucksache möchte die AfD-Fraktion an den Schulausschuss überweisen.

Wer wünscht dazu das Wort? – Frau von Treuenfels-Frowein von der FDP-Fraktion, Sie haben es.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Saal leert sich, wir sprechen über Schulpolitik. Das finde ich schade, aber ich werde Sie gleich erheitern, vielleicht können Sie dann doch dableiben.

(Beifall bei *Michael Kruse* FDP)

Die Lehrerausbildung in Hamburg wird reformiert. Endlich, das war längst überfällig. Aber was Sie, Herr Rabe – Herr Rabe ist gar nicht da, das finde ich schade, das scheint ihn noch weniger zu interessieren als es im Schulausschuss den Anschein hatte –, uns im Schulausschuss vorgestellt haben, fanden wir sehr bedenklich.

Die ohne Wissen der Bürgerschaft eingesetzte Expertenkommission besteht ausschließlich aus Wissenschaftlern und Didaktikern. Bei allem Respekt vor dieser geballten Kompetenz: Damit ist das gesamte Projekt in eine starke Schiefelage gerückt.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Alexander Wolf* AfD – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Einen Moment, bitte. – Obwohl sich der Saal tatsächlich sehr geleert hat, ist es hier weiterhin zu laut. Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin. – Bitte fahren Sie fort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP (fortfahrend): Vielen Dank. – Denn nach Experten aus der Praxis sucht man vergebens: Es sind dort keine Lehrerverbände, keine Kammern, keine Wirtschaftsverbände. Niemand weiß doch besser, welches Rüstzeug junge Leute für eine Berufsausbildung brauchen. Deren Expertise ist von Beginn an erforderlich.

Die Ausbildung der Lehrer für die Stadtteilschulen droht nun in eine falsche Richtung zu laufen. Die Vorbereitung auf eine Berufsausbildung ist die Kernaufgabe der Stadtteilschule. Wir müssen doch vor allem den ersten und den mittleren Abschluss an der Stadtteilschule stärken.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)

Herr Rabe, Sie wollen die Praktiker erst in einer zweiten Phase – das hörte sich so an – ein bisschen befragen oder mit dem Thema etwas befassen, nämlich dann, wenn das eigentliche Konzept schon längst steht. Dann dürfen die Praktiker das Ganze noch ein bisschen kommentieren. Das reicht nicht aus. Das ist eine Farce.

(Beifall bei der FDP)

Es geht hier nämlich ganz einfach um das Prinzip der Beteiligung. Das wird doch immer so gefeiert in diesem Saal, wird aber natürlich in der Praxis nicht getan. Es muss ein offener Diskurs stattfinden, weil das ein wichtiges Thema ist, da es schließlich um die Bildung unserer Kinder und damit um die nächste Generation geht.

Aber uns scheint, dass Rot-Grün diese Expertise gar nicht so richtig wünscht. Die Beratungen im Schulausschuss haben auch offengelegt, dass am Ende dabei ein Lehrer herauskommen kann, der in den Stadtteilschulen sowohl zu den mittleren Abschlüssen führt als auch auf das Abitur vorbereitet. Im Klartext für uns: die Vorstufe für einen Einheitschullehrer. Das haben Sie, Herr Rabe – der leider wieder nicht da ist; ich spreche Sie dennoch an –, im Schulausschuss ausdrücklich offengelassen und die GRÜNEN haben es immerhin offen gefordert. Dieser Einheitschullehrer in spe würde in der Stadtteilschule für alle drei Schulabschlüsse bis zum Abitur unterrichten. Dann ergibt sich in einigen Jahren, dass sich die Vertreter der Gleichmacherei die Frage stellen, wofür es überhaupt noch die zweite Ausbildung zum Gymnasiallehrer brauche, und dann irgendwann sind wir bei der Frage gelandet, wofür man überhaupt noch das Gymnasium brauche. Dann spätestens werden wir Einhalt gebieten, denn mit uns ist das nicht zu machen, auch nicht durch die Hintertür.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Alexander Wolf AfD*)

Wir werden da einfach aufpassen.

Das Niveau an den Schulen sinkt und sinkt, und zwar seit Jahren. Wie dramatisch diese Situation mittlerweile ist, zeigt auch eine aktuelle Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die Abbrecherquoten an Universitäten und bei Berufsausbildungen steigen stetig an. Warum? Weil den Schülern an den Schulen nicht mehr genug Wissen vermittelt wird und weil die Abschlüsse nichts mehr tatsächlich über den Wissensstand aussagen. Studierberechtigung ist da nicht mehr Studierbefähigung.

Das Abitur ist in Hamburg schon längst als Abitur light verschrien. Jetzt soll es light-light werden. Wie viel Light soll es noch werden?

Deshalb sagen wir: Zum Abitur darf nur ein ausgebildeter Gymnasiallehrer führen, auch an den Stadtteilschulen, denn das Abitur bereitet auf ein Universitätsstudium vor, der erste und mittlere Ab-

schluss auf eine duale Ausbildung. Beides gehört an die Stadtteilschulen, aber dafür braucht es unterschiedlich ausgebildete Lehrer. Daher muss der künftige Stadtteilschullehrer ausgebildet werden für seine Aufgaben, nämlich den ersten und mittleren Schulabschluss.

Nach dem Willen von Rot-Grün soll der neue Stadtteilschullehrer gleich einem Fabelwesen alles können. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Hochbegabte, Flüchtlingskinder, Gymnasiasten und frühere Haupt- und Realschüler, künftig sollen alle gleichzeitig in einer Klasse sein. Was da so nett als Heterogenität daherkommt, ist nichts anderes als eine Gleichmacherei, und das geht nicht.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich nun am Ende mit aller Deutlichkeit klarstellen: Wir wollen der Expertenkommission nicht inhaltlich vorgeifen, aber wir wollen auch nicht, dass Sie das tun, liebe Kollegen von SPD und GRÜNEN. Braucht es noch mehr Beweise für die Notwendigkeit, die Kammern und Lehrerverbände einzubinden? Ich denke nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Frau Hennies von der SPD-Fraktion das Wort.

Astrid Hennies SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen nicht zwei Dinge verwechseln. Es geht bei der Lehrerausbildung um die Einbeziehung der Praktiker und nicht um die Vermengung von Gymnasialausbildungen und ...

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein: Waren Sie im Schulausschuss?)

– Ja.

(Beifall bei *Ksenija Bekeris SPD*)

Hamburg hat gute Schulen und gute Lehrer. Dieses Niveau wollen wir auch in Zukunft halten, und gerade deswegen brauchen wir eine Reform der Lehrerausbildung. Nötig ist die Reform insbesondere, da die Studiengänge für die Lehrämter in Hamburg an die neue Struktur mit ihren Stadtteilschulen und eigenständigen Schulen angepasst werden müssen. Zudem brauchen unsere Lehrerinnen und Lehrer die bestmögliche Ausbildung, um den neuen Herausforderungen an den Schulen zu begegnen. Stichworte sind hier insbesondere Inklusion und die zunehmende Heterogenität der Schülerschaft. Und dann müssen auch die nationalen Rahmenvorgaben umgesetzt werden. Dabei geht es vor allem um Lehramtstypen und Mobilität, wenn wir daran denken, dass die Studenten auch innerhalb des Bundesgebiets wechseln wollen.

(Astrid Hennies)

Mit der Reform der Lehrerausbildung werden wir eine Vereinbarung aus unserem Koalitionsvertrag umsetzen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Das ist dringend nötig. In der vergangenen Legislaturperiode ist sehr viel passiert im Schulbereich. Wir haben jetzt die Stadtteilschulen, wir haben die Grundschulen, wir haben aber immer noch eine Lehramtsausbildung, die für Grund-, Haupt- und Realschulen gedacht ist. Das ist nicht mehr zeitgemäß, und deswegen muss sie umstrukturiert werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Ich freue mich sehr, dass große Einigkeit mit den anderen Fraktionen darüber besteht, dass es in Hamburg einen Prozess der Reform der Lehrerbildung geben soll. Die Behörde für Schule und Berufsbildung und die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung haben zur Erarbeitung von Empfehlungen für eine Weiterentwicklung der Lehrerbildung das Projekt "Fortschreibung der Reform der Lehrerbildung 2015/2016" initiiert, das wurde uns ausreichend im Schulausschuss vorgestellt. Dazu haben die Behörden, wie wir finden, eine sehr gute Architektur gefunden, wie eine exzellent besetzte Expertenkommission, bestehend aus Vertretern der Wissenschaft und der Bildungsadministration aus dem gesamten Bundesgebiet mit einem externen, unabhängigen Blick Hinweise und Vorschläge für die Lehrerausbildung in Hamburg entwickeln kann, und wie diese Empfehlungen über eine Projektgruppe, in der die Experten der beiden Behörden in Sachen Lehrerbildung sitzen, mit dem spezifischen Blick Hamburger Verhältnisse rückgekoppelt und kommentiert werden. Da ist die Verbindung, und die ist wichtig und entscheidend.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Projektstruktur, insbesondere an der Besetzung der Expertenkommission, übt der vorliegende Antrag Kritik, und nur das ist der Kritikpunkt: Praktiker einbeziehen – nicht die gymnasiale Geschichte, die Sie gerade genannt hatten, Frau von Treuenfels. Der Vorwurf ist, dass der Bezug zur Praxis und zu Hamburg fehle. Dieser Kritik folgen wir ausdrücklich nicht.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Carola Timm* GRÜNE)

Denn der Projektaufbau ergibt gerade Sinn, da die Expertenkommission in einem ergebnisoffenen Prozess mit einer Unabhängigkeit in viele Richtungen denken und dabei auf Erfahrungen in anderen Ländern zurückgreifen soll und nicht von vornherein auf bestimmte Vorschläge eingeengt wird.

Der Projektaufbau ergibt auch Sinn, da die Kommission dabei eben nicht losgelöst von der Hamburger Praxis arbeitet, sondern in ihren Beratungen jederzeit eng verzahnt ist mit den Hamburger Institutionen und eingebunden in der Diskussionslandschaft Hamburgs weitere Expertisen einholen kann. Die Mitglieder der Kommission haben über die Projektgruppe jederzeit direkten Zugriff auf das geballte Wissen der Institutionen der Hamburger Lehrerbildung. Aufgabe der Mitglieder der Projektgruppe ist es gerade, die Arbeit der Kommission zu unterstützen und zu begleiten – da ist die Verzahnung –, Informationen zur Verfügung zu stellen und Prüfaufträge zu veranlassen. Hierdurch haben sie auch Zugriff auf fachspezifisches Wissen wie beispielsweise die im Antrag genannte Vorbereitung auf die Berufsausbildung an Stadtteilschulen. Zudem kann die Kommission themenbezogen externe Experten einbeziehen, beispielsweise über die im Antrag genannten Vertreter von Kammern oder Interessenverbänden sowie Praktikern.

Wir erwarten von den Experten interessante Empfehlungen und Impulse für den politischen Diskurs. Wenn die von der Projektgruppe genannten kommentierten Empfehlungen vorliegen, werden sie mit den Verbänden, den Interessenvertretungen und dem politischen Raum erörtert und diskutiert werden. Erst danach tritt das Projekt in die Entscheidungsphase. Daher lehnen wir den vorliegenden Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Ovens von der CDU-Fraktion.

Carsten Ovens CDU: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Frau von Treuenfels und Frau Hennies, es ist eine sehr spannende Debatte. Wir haben auf der einen Seite gehört, was man besser machen sollte, und auf der anderen Seite viel gehört, was bereits beschlossen wurde. Ich kann den Impuls der FDP durchaus verstehen, denn wir haben es gerade beim Thema Kapazitätsgesetz der Wissenschaftsbehörde gemerkt: Wenn es um das Thema Beteiligung von Experten geht, gibt es gewisse Unstimmigkeiten und Diskussionsbedarfe, die bis ein Jahr nach Anstoß der Diskussion dauern. Und selbst wenn wir nächste Woche den Gesetzentwurf final entscheiden sollen, ist immer noch nicht klar, ob eigentlich die richtigen Experten und die richtigen Gremien beteiligt wurden. Von daher kann ich diesen Impuls verstehen.

Sie haben mich auch bei dem Punkt völlig auf Ihrer Seite, wenn es darum geht, in die Lehrerausbildung und überhaupt in den Bildungsbereich ein bisschen mehr Praxisorientierung hineinzubringen, zu schauen, was die Wirtschaft überhaupt braucht, wie wir junge Menschen auf ihrem Weg Richtung Berufsfindung bestens ausbilden können, bestens

(Carsten Ovens)

dabei unterstützen können, von Anfang an die richtigen Entscheidungen zu treffen, um das Bestmögliche aus der jeweils individuellen Veranlagung zu machen. Da haben Sie mich auch dabei. Von daher ist es überhaupt keine Frage: Wir brauchen die Reform der Lehrerausbildung gerade für die Stadtteilschulen, und es ergibt Sinn, eine stärkere Verzahnung mit Vertretern der Wirtschaft, mit Vertretern der Kammern und Verbände zu gestalten.

Ich verstehe aber trotzdem nicht Ihr Problem. Wir haben es gerade noch einmal sehr ausführlich vorgelesen bekommen, was bereits beschlossen wurde, nämlich dass die Praxisvertreter einbezogen werden in einer zweiten Phase und dass es jetzt in einem ersten Schritt erst einmal darum geht, ein grundlegendes Konzept zu erarbeiten, um dieses im späteren Verlauf mit den jeweils verantwortlichen und erfahrenen Shareholdern zu diskutieren. Alles wunderbar, würden wir als CDU-Fraktion sagen. Es ging aus Ihrem Redebeitrag nicht hervor, warum Sie das Ganze wieder ummodellieren wollen, wo doch dieser Punkt schon fertig diskutiert ist.

Vor allem aber ist mir immer noch nicht klar, wie Sie zu diesen Zahlen in Ihrem Antrag gekommen sind. Warum soll es zwei Vertreter der Kammern, einen Vertreter der Arbeitgeberverbände und zwei Vertreter der Lehrerverbände geben, wenn ich es richtig gelesen habe? Nicht nur, dass es zugunsten der Wirtschaft ein gewisses Ungleichgewicht gibt; da könnten wir sagen, okay, Haken dran, da sprechen dann Menschen mit Praxiserfahrung. Aber trotzdem verstehe ich nicht ganz, wie Sie auf diese Zusammensetzung kommen. Weder in Ihrem Antrag noch in dem, was wir bisher besprochen haben, wird das weitere Verfahren deutlich, das Frau Hennies gerade zitiert hat. Wer kommt denn eigentlich dazu, welche Wirtschaftsverbände, welche Arbeitgeberverbände? Ist es der Wirtschaftsrat, sind es die Familienunternehmer? Ich könnte beides verstehen. Wir müssten aber irgendwann auch über Branchenvertreter sprechen, und dann wird es schnell relativ kleinteilig und unüberschaubar, was die ganze Sache in der ersten Phase, wo es darum geht, überhaupt erst einmal ein Konzept zu entwickeln, nicht einfacher macht.

Ich hoffe, die Wissenschaftssenatorin wird dem Schulsenator berichten, was wir heute diskutieren. Sie nickt und schreibt ihm schon eine SMS; das finde ich gut. Anknüpfend an die Debatte im Ausschuss am 25. Februar 2016 würde ich mir wünschen, dass der Schulsenator tatsächlich nun Klarheit darüber schafft, welche Praxisvertreter, welche Verbände und Vereinigungen eingebunden werden sollen. Es ist seine Verantwortung, diesbezüglich für Klarheit zu sorgen. Wen Sie dort haben wollen, geht weder aus Ihrem Antrag hervor – vielleicht können Sie uns das gleich noch einmal erläutern – noch ging das bislang aus den Ausführungen der Regierungsvertreter hervor.

Frau Fegebank, Frau Wissenschaftssenatorin, im September 2016 werden wir uns mit diesem Thema auch in einer gemeinsamen Sitzung befassen. Ich finde es gut, dass Sie alles auf Ihrem Handy fleißig mitschreiben. Ich würde mir nur wünschen, dass Sie bitte schön, wenn wir das Ganze am 6. September im Wissenschaftsausschuss gemeinsam mit dem Schulausschuss diskutieren, dann auch tatsächlich alles dafür tun werden, um die Lehrerausbildung und auch die Lehrerfortbildung dorthin zu bringen, wo sie hingehören, nämlich in die Herzen der Hamburgerinnen und Hamburger, damit wir ein vernünftiges Konzept haben und nicht einfach nur Worthülsen – über Worthülseritis haben wir gestern von der FDP-Fraktion schon einiges gehört. Ich wünsche mir ein bisschen mehr Substanz, auch bei den Anträgen, und deshalb würden wir einer weiteren Debatte dieses Themas im Ausschuss sicherlich zustimmen. Dem Antrag selbst können wir heute aber nicht unsere Zustimmung geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Von der GRÜNEN Fraktion bekommt nun Frau Dr. von Berg das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eines vorweg: Wir GRÜNEN sehen die Schulen nicht alleinig als Produzenten für die Wirtschaft.

(Beifall bei *Ulrike Sparr GRÜNE* und bei *Uwe Giffei* und *Dr. Isabella Vértes-Schütter, beide SPD*)

Wir sehen es auch nicht so, dass die Wirtschaft hineinregieren darf, wie wir unsere Schülerinnen und Schüler auszubilden haben. Wir sehen Schulen als Ort der Bildung, als Ort der Menschenbildung, als Ort der Kompetenzentwicklung, aber nicht als Motor für die Wirtschaft nach dem Motto, die Wirtschaft sagt, was genau wir an den Schulen ausrichten sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, der LINKEN und bei *Dora Heyenn fraktionslos*)

Und auch das gleich einmal vorweg: Wir GRÜNEN sehen übrigens auch die Berufsorientierung nicht ausschließlich in der Stadtteilschule verortet. Das betrifft genauso das Gymnasium.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, der LINKEN und bei *Dora Heyenn fraktionslos*)

Aber nun zur Reform der Lehrerbildung. Es wurde schon gesagt, dass die Schulstruktur in Hamburg sich seit 2010 grundlegend geändert hat. Sie hat sich nicht nur in Hamburg, sondern in der gesamten Bundesrepublik geändert; dieser Prozess findet in allen Bundesländern statt. Deshalb ist es tatsächlich wichtig, auch in Hamburg die Lehrerbil-

(Dr. Stefanie von Berg)

derung neu aufzustellen, denn es geht um die neuen Herausforderungen, die durch Inklusion, Ganzttag, Heterogenität, aber zum Beispiel auch durch die zu uns geflüchteten Kinder und Jugendlichen entstanden sind. Bei der Reform der Lehrerbildung geht es darum, die Lehrerbildung diesen neuen Herausforderungen entsprechend anzupassen und Lehramtsstudierende so auszubilden, dass sie sich mobil in der Bundesrepublik bewegen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben im Vorfeld geprüft, wie andere Bundesländer das gemacht haben. Unserer Auffassung nach hat es sich als zielführend erwiesen, eine Expertenkommission zu bilden, die aus gut und klug ausgewählten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besteht. Dieser Expertenkommission ist eine Aufgabenbeschreibung mit auf den Weg gegeben worden. Ich möchte betonen, dass diese Aufgabenbeschreibung ergebnisoffen ist – das können wir auch im Wortprotokoll der Schulausschusssitzung vom 25. Februar 2016 nachlesen. Ich als GRÜNE habe mehrfach nachgefragt, meine Kollegin Frau Heyenn hat mehrfach nachgefragt, und es ist uns gesagt worden, sie sei ergebnisoffen, es gebe keine Vorfestlegungen, und da nehme ich den Senator und auch meine Senatorin Fegebank natürlich beim Wort.

(Dennis Gladiator CDU: Das ist auch unsere Senatorin!)

– Genau, natürlich auch Ihre und unser aller Senatorin und Zweite Bürgermeisterin Fegebank.

Folgende Fragen wurden der Expertenkommission mit auf den Weg gegeben: Welche Lehrkräfte brauchen wir für die Schulformen? Was benötigen Lehrkräfte, um die Herausforderungen Inklusion, Ganzttag, zu uns geflüchtete Kinder und Jugendliche annehmen und damit umgehen zu können? Wie kann Teamarbeit gelingen? Wie funktioniert nationale Mobilität? Wie können wir berufliche Bildung gut umsetzen und was brauchen die Lehrkräfte dafür?

Nun konkret zu Ihrem Antrag. Die FDP beantragt, diese Expertenkommission auszuweiten. Frau von Treuenfels, ich kann das Ansinnen, auch Menschen außerhalb der Wissenschaft in diesen Prozess miteinzubeziehen, verstehen. Ich halte Ihr Ansinnen für richtig, glaube aber nicht, dass die Expertenkommission der richtige Weg ist, sondern dass das im Prozess sein muss. Es soll ja Schleifen geben; es gibt noch eine Projektgruppe, und diese Projektgruppe wie auch die Expertinnen und Experten beauftragen Menschen von außen, zum Beispiel Lehrerverbände oder Kammern, damit, ihnen Expertise zukommen zu lassen. Das halte ich für wichtig, und ich werde in der nächsten Sitzung des Schulausschusses am 6. September fragen, wie dieser Prozess genau läuft und wie die Expertise eingeholt wird, damit es keine Osterhasenbetei-

ligung wird nach dem Motto, alles ist vorher festgelegt und dann wird noch einmal befragt. Auch darin teile ich Ihr Anliegen, Frau von Treuenfels. Dennoch halte ich den Weg, die Expertenkommission auszuweiten, für falsch, und deswegen werden wir den Antrag ablehnen.

Uns allen muss klar sein, dass diese Experten- oder Expertinnenkommission letztendlich eine Empfehlung aussprechen wird, mit der wir uns politisch beschäftigen werden. Politisch kann dabei etwas ganz anderes herauskommen, wie wir in Berlin gesehen haben. Dort hat die CDU dafür gesorgt, dass es zwei Lehrämter statt einem gibt. Aber das wird der nächste Punkt sein. Auch das werden wieder Kammern und Verbände beteiligt.

Wir kommen aus unterschiedlichen Richtungen und wollen unterschiedliche Dinge. Deswegen ist es gut, dass es ergebnisoffen ist. Ich freue mich auf einen konstruktiven Prozess mit Ihnen und bin sehr gespannt, zu welchen Ergebnissen die Kommission letztendlich kommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Martin Dolzer DIE LINKE:* Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Reform der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung ist notwendig. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig. Auch Ihre Idee, Frau von Treuenfels, eine Expertinnen- und Expertenkommission, wenn wir sie denn schon haben, zur Entwicklung dieser Reform möglichst breit aufzustellen, teilen wir. Allerdings halten wir es für relativ einseitig, welche Expertinnen und Experten Sie in dieser Kommission haben wollen. Wir hätten neben den von Ihnen genannten Verbänden, die sehr wirtschaftlich orientiert sind, zum Beispiel auch gern Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Da haben wir doch die Kammern!)

und Studierende dabei.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehr interessant finde ich, dass bis jetzt viel über den Inhalt einer solchen Reform und nicht so viel über Ihren Antrag gesagt worden ist. Und wenn wir schon beim Inhalt der Reform sind, dann haben wir dazu noch ein paar andere Ideen. Grundsätzlich ist Schule ein Spannungsfeld zwischen Persönlichkeitsentwicklung und Ausbildung. Wie Frau von Berg bereits gesagt hat, gibt es Herausforderungen, zum Beispiel Ganzttag und Inklusion, die in dieser bereits bestehenden Expertinnen- und Expertenkommission diskutiert werden sollen. Das finden wir gut und richtig, dieser Prozess sollte weitergehen. Grundsätzlich ist es aber fraglich, ob

(Martin Dolzer)

das in einer Expertinnen- und Expertenkommission besser aufgehoben ist als bei uns Fachpolitikerinnen und -politikern im direkten Austausch mit denjenigen, die in der Schule und in der Wissenschaft arbeiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Grundsätzlich ist diese Reform nötig. Dabei müssen wir bedenken, dass die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung und dann auch die Stellen entsprechend gut ausfinanziert sind. Wir müssen uns auch Gedanken über den Bachelor-Master-Cut machen. Das steht sogar in Ihrem Koalitionsvertrag. Das muss auf jeden Fall in dieser Diskussion berücksichtigt werden, denn sonst erleiden wir letztendlich Schiffbruch.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir finden die Idee, diese Kommission auszuweiten, wie gesagt richtig, aber nicht in der Form, wie Sie es vorgeschlagen haben. Deshalb werden wir dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen. Wenn Sie eine Überweisung an den Ausschuss haben möchten, können wir dem gern zustimmen; falls nicht, werden wir den Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Herr Dr. Wolf von der AfD-Fraktion das Wort.

Dr. Alexander Wolf AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Es war für mich schon etwas befremdlich, dass wir als Parlamentarier erst im Schulausschuss hörten, dass eine fünfköpfige Expertenkommission bereits zweimal zum Thema getagt hatte.

Natürlich würde ich Herrn Senator Rabe, wenn er da wäre, fragen, ob es ihm als Vertreter der Exekutive zustehe, sich eine Expertengruppe nach seinem Gusto zusammenzustellen. Sie müssen sich dann nicht wundern, wenn das wieder auf das Konto Gutsherrenart gebucht wird – leider kennen wir das mittlerweile von der SPD in dieser Stadt zur Genüge. Auch unserem gemeinschaftlichen Konsens, den Schulfrieden zu wahren, ist dieser Weg nicht sonderlich dienlich.

Aber zur Sache selbst: Der Einführung von zwei unterschiedlichen Studiengängen für Grundschul- und Stadtteilschulen stimmen wir natürlich zu; das war überfällig. Nur die Zusammensetzung der Reformkommission ist in der Tat reformbedürftig, da hat Frau von Treuenfels recht. Es ist wichtig und schlüssig, dass von Beginn einer Lehrerausbildungsreform an alle an dem schulischen und nachschulischen Weg der Schüler beteiligten Akteure eingebunden werden. Neben der fachlichen Ausbildung müssen die angehenden Lehrer von Be-

ginn des Studiums an in den für den Lehrerberuf erforderlichen Verhaltenskompetenzen ausgebildet und gefördert werden. Wer könnte hier bessere Empfehlungen und Impulse für die Ausbildung geben als gestandene Praktiker?

Sicherlich ist es auch der Sache dienlich, wenn bei der Verbandsherkunft der Lehrer paritätisch und umfassend vorgegangen wird und nicht nur die linke Sicht bedient wird, die in der Tradition von Einheitsschule und Kuschelpädagogik steht. Gerade der Deutsche Lehrerverband zum Beispiel zeichnet sich durch einen unideologischen und außerordentlich fachkompetenten Zugang zur Materie aus. Auch die Forderung der FDP nach einer Beteiligung von Vertretern der Handels- und Handwerkskammern in der Reformkommission ist zweckdienlich. Schließlich werden sich hoffentlich viele der Absolventen der Stadtteilschulen auf eine Lehrstelle in Handel und Handwerk bewerben. Schon heute müssen die Betriebe dabei die Versäumnisse der im Vergleich zu Sachsen und Bayern deutlich schlechteren Hamburger Bildungspolitik ausgleichen. Da wäre es mehr als hilfreich, insbesondere im Interesse der Schüler selbst, wenn die Wirtschaft sich mit ihrer Expertise einbringen kann.

Bei der schulischen Bildung im Bereich der ersten und mittleren Abschlüsse geht es jedoch nicht nur um Berufstauglichkeit und berufliche Verwendbarkeit von jungen Menschen für die Wirtschaft, sondern auch um eine Allgemeinbildung, die dem humboldtschen Bildungsideal in den verschiedensten Abstufungen gerecht wird. Dafür ist eine qualitativ hochwertige allgemeine und spezielle fachliche Ausbildung angehender Lehrer unerlässlich. Dieses Wissen kann nur in einem umfangreichen und dennoch vertiefenden Studiengang erworben werden. Eigentlich müssten deshalb neben den Praktikern und den Fachdidaktikern auch Professoren aller relevanten Fachrichtungen an einer Lehrerausbildungsreform mitwirken.

Auch wenn uns dieser Teil im Antrag der Kollegen von der FDP etwas zu kurz kommt, also etwas zu sehr und zu schmal auf die ökonomische Verwertbarkeit der Lerninhalte abgestellt wird, so ist der Antrag als solcher doch richtig. Die AfD-Fraktion wird daher dem Antrag der FDP in der Sache zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun die fraktionslose Abgeordnete Frau Heyenn.

Dora Heyenn fraktionslos: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lehrerausbildung ist eigentlich eine Aufgabe der Wissenschaftsbehörde. Das sieht offenkundig Frau Senatorin Fegebank anders, denn von ihr war bisher zu diesem Thema wenig zu hören. Heute habe ich verstanden, warum das so ist. In der Presseerklärung von

(Dora Heyenn)

Herrn Tjarks, "Ein Jahr Rot-Grün", steht als ganz großes Plus für die GRÜNE Fraktion, sie habe es geschafft, Ruhe in die Hochschullandschaft zu bringen. Nun weiß ich, warum sie so ruhig ist.

In einer Pressemitteilung macht der Schulsenator Herr Rabe allerdings in seiner bekannten Art auch gleich eindeutig klar, was das Ergebnis dieser Expertenkommission – beziehungsweise trotz und gerade wegen dieser Expertenkommission – sein soll. Wenn Sie, Frau von Berg, jetzt sagen, dem sei nicht so, dann freue ich mich, dass der Senator etwas dazugelernt hat und es vielleicht doch offen ist. Das werden wir im Auge behalten.

Ein Lehramt an Grundschulen und eines an Stadtteilschulen kann ich überhaupt nicht unterstützen. Wenn jetzt gesagt wird, in einem ersten Schritt solle nur ein Konzept vorgelegt werden, dann wissen wir ganz genau, dass mit Vorlage eines ersten Konzepts bereits Fakten geschaffen werden und es sehr schwer ist, davon wieder wegzukommen. Deshalb begrüße ich den Antrag der FDP, was das Verfahren anbetrifft.

Dass Praktiker einbezogen werden müssen, ist im Grunde auch das Ergebnis der kontroversen Diskussion, die wir im Ausschuss geführt haben; deshalb finde ich das sehr schön. Ich begrüße auch, dass die Lehrgewerkschaften in die Expertenkommission aufgenommen werden sollen – das versteht sich eigentlich von selbst. Warum ein sozialdemokratischer Schulsenator nicht auf diese Idee gekommen ist, ist mir ein Rätsel.

Ich kann der FDP auch darin folgen, dass die Handwerkskammer und die Handelskammer einbezogen werden sollten. Warum allerdings zusätzlich noch die Arbeitgeberverbände dort vertreten sein sollen, vermag ich wirklich nicht nachzuvollziehen.

Frau Hennies hat angeregt, sich einmal die anderen Bundesländer anzusehen. Das tun wir jetzt einmal: In Berlin wurde 2012 eine Expertenkommission Lehrerbildung unter dem PISA-Forscher Jürgen Baumert vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung eingesetzt, und er hat ein gemeinsames Lehramt für Sekundarschulen und Gymnasien empfohlen, das dort jetzt auch umgesetzt wird. Ähnlich ist es in Bremen und auch in Hamburg. Interessant ist es in Schleswig-Holstein, da ist die uns allen bekannte Britta Ernst Kultusministerin. Dort ist ein Stufenlehrer eingeführt worden und dort ist auch die Lehrerausbildung zusammenggelegt worden. Ich zitiere dazu einmal aus der "News4teachers":

"Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) hatte die Bildung zu einem Schwerpunkt seiner Regierung erklärt. Nach der Einführung des zweigliedrigen Schulsystems bestehend aus Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, die

auch zum Abitur führen können, sollte dem auch die Lehrerausbildung folgen."

Und so steht es auch in einem Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildung der GRÜNEN:

"Neben den drei Lehrämtern für Grundschulen, Sonderschulen und Berufsschulen sollte es ein Lehramt geben für Sekundarstufe und Sekundarstufe II."

Die FDP sieht darin die Einführung der Einheitschule und die fürchtet sie wie der Teufel das Weihwasser.

(Zuruf von *Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein* FDP)

Aber alle zuvor genannten Bundesländer haben genau wie Hamburg das Zweisäulensystem und alle sagen, wenn beide Säulen zum Abitur führen, dann müsse man auch die Lehrerausbildung auf das Niveau der Gymnasialbildung anheben und sich für ein einheitliches Lehramt einsetzen. Und was ebenfalls wichtig ist: Sie müssen auch gleich bezahlt werden. Dann sind es auch gleichwertige Säulen.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg* GRÜNE)

Aber genau das will Herr Rabe nicht. Die Begründungen sind folgende: Erstens sei die Gymnasiallehrerausbildung – ich zitiere –

"[...] mit hoher Fachlichkeit verbunden."

Und zweitens sagt er, Stadtteilschullehrer müssten in der Lage sein, mit sehr unterschiedlichen Schülern zurechtzukommen. Erstens stimmt es so nicht, denn auch in den Gymnasien gibt es Heterogenität in zunehmendem Maße, und auch dort ist Fachlichkeit gefordert. Im Koalitionsvertrag liest sich das noch ganz anders, und ich kann nicht sehen, dass das, was jetzt vorgelegt worden ist, eine Umsetzung des Koalitionsvertrags ist. Dort ist nämlich von der größeren Bedeutung der Fachlichkeit und der Fachdidaktik die Rede. Und im "Hamburger Abendblatt" hat Senator Rabe erklärt – ich zitiere –:

"Man darf Pädagogik und Fachlichkeit nicht gegeneinander ausspielen."

Das sollte er dann auch nicht tun, um einer weiteren Spaltung zwischen Stadtteilschule und Gymnasium entgegenzuwirken. Wir brauchen ein gemeinsames Lehramt für Stadtteilschulen und Gymnasien. – Danke schön.

(Beifall bei *Nebahat Güçlü* fraktionslos)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun der fraktionslose Abgeordnete Herr Dr. Flocken.

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Die

(Dr. Ludwig Flocken)

pädagogische Wissenschaft und Lehre steht heute dort, wo die medizinische Wissenschaft und Lehre vor den preußischen Reformen stand. Die medizinischen Fakultäten waren damals Elfenbeintürme für Professoren und Studenten ohne Patientenkontakt. Begründung: Die reine Lehre, die galenische Lehre kann nur vertreten, wer nicht in die Niederungen der Praxis hinabsteigen muss. Vor 200 Jahren war dann Schluss damit. Unikliniken entstanden, und Studenten in den klinischen Fächern kann seitdem nur unterrichten, wer auch Patienten behandelt. Flugs entwickelte sich die Medizin in Deutschland und dort, wo es ähnliche Entwicklungen gab, namentlich in England und Frankreich, nicht jedoch in den Ländern, die bei dem mittelalterlichen System blieben.

In den pädagogischen Fakultäten ist es heute noch so, dass angehende Lehrer in Pädagogik von Professoren unterrichtet werden, die selbst seit Jahren oder Jahrzehnten nicht vor einer Schulklasse gestanden haben oder es noch nie getan haben. Dazu kommen Probleme in der interdisziplinären Zusammenarbeit. In der medizinischen Forschung geht die Interdisziplinarität so weit, dass Nobelpreisträger – in Medizin wohlgemerkt – mehrheitlich kein abgeschlossenes Medizinstudium vorweisen können, wohl aber zumeist eine Habilitation in Biologie, Biochemie, Chemie, Physik oder Randfächern davon.

An der Seite der pädagogischen Wissenschaften haben die Neurowissenschaften Ende des 20. Jahrhunderts mit neuen Methoden dramatische Fortschritte gemacht, das funktionelle Kernspin ist nicht das Einzige. Seit 20 Jahren kann das Gehirn, das lernende Gehirn zumal, bei der Arbeit beobachtet werden. Leider sehen viele Pädagogikprofessoren dies nicht als Chance, sondern als Bedrohung ihrer Kompetenz und verweigern den Dialog.

Der Antrag der FDP ist bitter nötig. Warum Sie allerdings Kammerbürokraten den Vorzug vor gestandenen Handwerksmeistern und Handelsunternehmen geben, bleibt unklar. Außerdem sollten Neurowissenschaftler einbezogen werden.

(Gerhard Lein SPD: Und Orthopäden!)

Das ist natürlich ein Risiko für die Bewohner des Elfenbeinturms: Vermutlich würde gefordert werden, dass Pädagogikprofessoren aktuelle praktische pädagogische Tätigkeit vorweisen müssen – für die Professoren und Professorinnen unbequem, für die Schüler sicherlich ein Gewinn. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau von Treuenfels-Frowein von der FDP-Fraktion.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Gestatten Sie mir ein letztes Wort. Ich finde es in-

teressant, wie der Antrag hier gewertet wird. Ich gestehe Ihnen zu, dass jeder so seine Lieblingsverbände hat; die einen möchten natürlich am liebsten nur die GEW und die anderen möchten vielleicht nur die Wirtschaftsverbände dabei haben. Aber genau deswegen haben wir uns da mit Absicht breit aufgestellt, und natürlich hätten wir auch die GEW einbezogen. Wir haben keine Angst vor deren Meinung. Ich bin neulich dort gewesen, und es gibt da so mehr oder minder einige Überschneidungen, man würde sich wundern. Wir sind da nämlich wirklich viel offener, als Sie uns hier immer versuchen unterzuschieben. Der Punkt ist, und das ist die politische Botschaft, die ich hier senden möchte, und deswegen sage ich es auch noch einmal: Die Kammern muss man frühzeitig mit einbinden und meinetwegen auch die GEW. Wir können uns auch darüber unterhalten, wenn wir alles mit einbinden.

Sie tun es nun sowieso nicht, deswegen müssen wir das auch nicht noch einmal im Schulausschuss haben. Aber die Praktiker erst hinterher zu befragen, ihnen ein Konzept vorzulegen – Frau Heyenn hat es gerade genau richtig geschildert –, zu dem sie dann sagen, das sähen sie aber alles ganz anders und das und das fänden sie gar nicht gut – also es glaubt doch niemand mehr an den Weihnachtsmann. Es ist doch völlig klar, dass hinterher nichts mehr verändert wird.

Auch wenn ich Ihnen glaube, Frau von Berg, dass Sie wahrscheinlich das Ansinnen teilen und dass Sie sich sicherlich darum bemühen werden – das werde ich jetzt auch tun, jetzt müssen wir wieder mit kleinen Schritten vorangehen – abzufragen, ob sie sich diese Expertise holen, so finde ich das wirklich nicht ausreichend. Und ich bin enttäuscht darüber, dass gerade die Sozialdemokraten, die doch so viel von Praxis und mittleren Abschlüssen halten sollten, sich wirklich in einem Elfenbeinturm befinden und einfach nur mit Theoretikern ein Konzept ausarbeiten wollen, und unsere Schüler haben hinterher wieder das Nachsehen.

Ich habe mir diese Präsentation angehört. Man versteht wirklich nur die Hälfte von dem, was eigentlich gemeint ist, und zwar nicht, weil wir zu blöd sind, sondern weil es so supertheoretisch ist, und ich schätze einmal, so wird es im Unterricht hinterher auch aussehen. Das finde ich schade. Und ich finde vor allen Dingen schade, dass Sie immer davon reden, wie sehr Sie die Stadtteilschule stärken wollen, während wir ja immer nur die Gymnasien schützen wollten, sich aber zurückhalten, wenn es darum geht, wirklich Bezug auf die späteren Anforderungen zu nehmen.

Ich will überhaupt nicht sagen, dass die Wirtschaftsverbände zu bestimmen hätten, wie später die Kinder aus der Schule kommen. Das ist ja kein Abfragemodus, so habe ich das auch nicht gemeint. Aber diejenigen, die in der Praxis stehen,

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein)

wissen sehr viel besser, was hinterher bei den Jugendlichen, die vielleicht in eine duale Ausbildung gehen wollen, abgefragt wird. Und das ist doch eine einfache, sehr pragmatische Lösung. Ich weiß nicht, wie man sich da als Sozialdemokrat überhaupt verweigern kann. Das bleibt mir ein Rätsel. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Wenn nun keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 21/3555 an den Schulausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache.

Wer sich dem FDP-Antrag aus der Drucksache 21/3555 anschließen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5, Drucksache 21/3417, Große Anfrage der AfD-Fraktion: Kann Hamburg die Kosten für die Asyl- und Migrationskrise stemmen?

**[Große Anfrage der AfD-Fraktion:
Kann Hamburg die Kosten für die Asyl- und Migrationskrise stemmen?
– Drs 21/3417 –]**

Vonseiten der AfD-Fraktion liegt hierzu ein Antrag auf Überweisung federführend an den Haushaltsausschuss sowie mitberatend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration vor.

Wer wünscht dazu das Wort? – Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion, Sie bekommen es.

Andrea Oelschläger AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir als AfD-Fraktion haben den Senat im Rahmen einer Großen Anfrage zu seiner Kosteneinschätzung rund um die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge in Hamburg befragt. Die Antworten sind gelinde gesagt überschaubar. Jeder Unternehmer, der einigermaßen erfolgreich ist, kennt in seinem Unternehmen seine Fixkosten, variablen Kosten und kann Stückkosten berechnen. Anders funktionieren erfolgreiche Unternehmen nicht. Nun sind Migranten keine Handelsware, sondern Menschen. Sie haben ein Recht auf Würde und ich würde mich jederzeit dagegen verwahren, ihnen ein Preisschild umzuhängen. Jeder Mensch ist auch verschieden. Der eine braucht mehr ärztliche Betreuung, der andere frühstückt mehr.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Trotzdem muss auch die Bundesregierung die Kosten für die Versorgung von Asylbewerbern abschätzen, um zu Verrechnungspreisen mit Ländern und Gemeinden zu kommen. Dies ist im September 2015 geschehen, als Bund und Länder sich darauf einigten, dass der Bund künftig 670 Euro pro Flüchtling übernimmt. Dass die Übernahme von Kosten in dieser Höhe nicht ausreicht, ist klar. Berücksichtigen wir nur Essen, Taschengeld, Unterbringung und Krankheitskosten, wird es nach unserer Schätzung schon knapp. Rechnen wir dann noch die Kosten für die Beschulung von Flüchtlingskindern, Kosten für Sicherheitsdienste und Polizeieinsätze, für Feuerwehr und Verwaltung sowie soziale Dienste hinzu, dürften 670 Euro pro Person sogar bei Weitem nicht ausreichen.

Wir sind nun einigermaßen erstaunt und auch entsetzt, dass dem Senat anscheinend keine genauen Zahlen vorliegen. Gerade vom sonst so vorausschauenden Finanzsenator sind wir das eigentlich nicht gewohnt. Da hätten wir wenigstens eine halbwegs belastbare Schätzung erwartet. Stattdessen antwortet der Senat, dass die Kosten für, wie es umschreibend heißt, Personen mit aktueller Migrationserfahrung in der Haushaltssystematik nicht gesondert erfasst werden. Vielmehr könnten beispielsweise die Kosten der Unterbringung, Versorgung, Integration und Verwaltung nur im Rahmen einer allgemeinen Plausibilitätserwägung geschätzt werden. Das ist ein Armutszeugnis. So kommen Sie nicht zu einer finanzpolitischen Lösung, an der alle Parteien mitwirken und die am Ende auch einen breiten Rückhalt findet.

Dabei geht es uns gar nicht darum, eine centgenaue Aufstellung der Kosten zu erhalten. Uns allen ist sicher klar, dass die Umlage zum Beispiel von übergeordneten Verwaltungskosten gewissen Unschärfen unterliegt. Aber eine Näherung sollte möglich sein und auch im eigenen Interesse des Senats liegen. Die im Rahmen einer gesonderten Behördenumfrage erhobenen Daten sind dabei ein erster Anfang, vermögen aber darüber hinaus nicht zufriedenstellend die fiskalische Seite der Migrationskrise zu beleuchten.

Wir nehmen diese Art der Beantwortung unserer Anfrage im Übrigen nicht persönlich. Es ist viel schlimmer, denn auch die Anfrage aus dem Haus der CDU-Fraktion zu dieser Thematik ist ähnlich lieblos und nichtssagend beantwortet worden wie jetzt die unsrige.

Der Senat will – was schlimm wäre – oder kann – was noch schlimmer wäre – eigentlich einfache Fragen zu einem wichtigen Thema in einem großen und im Vorfeld nicht berücksichtigten Kostenblock im Haushalt nicht beantworten. Im vergangenen Jahr habe ich nicht gegen eine Ermächtigung gestimmt, in der dem Senat für die außeror-

(Andrea Oelschläger)

entlichen Aufwendungen der Flüchtlingsunterbringung 501 Millionen Euro für die Jahre 2015 und 2016 bewilligt wurden. Wir hatten großes Verständnis dafür, dass ungewöhnliche Situationen außergewöhnlicher Maßnahmen bedürfen. Die bereits absehbar stark gestiegenen und weiter steigenden Flüchtlingszahlen führten bereits im August 2015 dazu, dass sämtliche Planungen auf den Kopf gestellt werden mussten. Inzwischen sollte aber ein gewisses Maß an Planungssicherheit erreicht sein. Vor allem sollte inzwischen bekannt sein, wofür denn das Geld ausgegeben wurde und aktuell ausgegeben wird. Nicht weniger, aber auch nicht mehr haben wir gefragt.

Im Ergebnis scheint der Senat kein Interesse an einer derartigen Erkenntnis zu haben; es werden ganze Bereiche völlig ausgeblendet und ganze Kostenblöcke völlig unberücksichtigt gelassen. Dass also offensichtlich keine zielführenden Datenerhebungen vorgenommen werden, wirft ein bezeichnendes Licht auf den Senat. Dieser Senat handelt in der Flüchtlingskrise nicht wie ein verantwortungsbewusster und erfolgsorientierter Unternehmer. Wir fordern daher, an dieser Stelle deutlich nachzubessern und die Kosten der folgenschweren Fehlentscheidung auf Bundesebene zumindest genau so und transparent darzustellen, dass es der Thematik angemessen ist. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Oelschläger. – Das Wort hat Frau Bekeris von der SPD-Fraktion.

Ksenija Bekeris SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Dass die AfD immer auf der Suche nach einem Anlass ist, den Hamburgerinnen und Hamburgern Angst vor Geflüchteten zu machen, das wissen wir schon länger,

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN – *Dr. Bernd Baumann AfD:* Sie haben Angst vor der AfD!)

und da wundert es mich nicht, dass die gewählte Überschrift der Großen Anfrage eigentlich schon am Thema schlicht vorbeigeht, denn wir haben es in Hamburg nicht mit einer Migrationskrise zu tun, sondern wir spüren in Hamburg die Auswirkungen vieler Krisen, nämlich Krisen in Afghanistan, in Syrien oder Eritrea, die die Menschen aus ihren Heimatländern vertreiben.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN und bei *Nebahat Güçlü fraktionslos*)

Ich glaube, die AfD will das aber auch gar nicht verstehen.

In der Großen Anfrage ist dokumentiert, wie wenig die AfD sich bemüht, sich in der Sache zu informieren. Fast die gesamte Antwort des Senats besteht daraus, auf Fragen zu verweisen, die Sie bereits einmal gestellt haben und deren Antworten Sie mit einigen Mausklicks in der Datenbank auch hätten wieder zusammensuchen können, und damit hätte sich das auch erledigt.

(*Dr. Bernd Baumann AfD:* Da steht aber nichts drin!)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich einmal einen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerschaftskanzlei loswerden, denn die Freitextsuche funktioniert ganz hervorragend.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Man muss sich als Parlamentarierin und Parlamentarier eben auch ein kleines bisschen mit dem Handwerkszeug auseinandersetzen, um sachlich zu arbeiten, aber darum scheint es der AfD tatsächlich nicht zu gehen.

Ich möchte trotzdem noch einige sachliche Anmerkungen machen. Hamburg hat maßgeblich daran mitgewirkt, dass im Asylpaket I eine strukturelle und nachhaltige Beteiligung des Bundes an den Kosten der Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge zustande gekommen ist. Ab dem 1. Januar 2016 werden für jeden Flüchtling vom Tag der Registrierung bis zur Erstellung eines Bescheids durch das BAMF monatlich 670 Euro gezahlt, und das ist auch richtig so, weil wichtige Stellschrauben für den Integrations- und Unterbringungsbedarf beim Bund liegen.

Hierfür nur zwei Beispiele. Erstens: Der Bund muss durch die vorausschauende Außenpolitik Fluchtursachen erkennen und, wenn möglich, dazu beitragen, sie zu beheben. Und zweitens: Der Bund hat mit dem BAMF maßgeblichen Einfluss auf die Verfahrensdauer und die Bleibeperspektive der Flüchtlinge. Deshalb ist es gut, und das kann man gar nicht oft genug wiederholen, dass der Einstieg in die strukturelle Beteiligung des Bundes an den Kosten damit gelungen ist.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts der nicht unerheblichen Mittel, die Hamburg aus seinem Haushalt mobilisiert hat, haben wir mit einem Zusatzantrag zur letzten Mehrbedarfsdrucksache dafür gesorgt, dass hier Transparenz und Kontrolle herrschen. Da muss sich also keine Fraktion Sorgen machen. Die Große Anfrage der AfD dagegen bringt kaum nennenswerte Ergebnisse. Das verwundert auch nicht, denn sie ist unpräzise formuliert und hat entscheidende Fakten nicht beachtet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Bekeris. – Das Wort hat Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion.

Thilo Kleibauer CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kann Hamburg die Kosten für die große Anzahl von Asylbewerbern tragen? Die Frage kann man in der Tat stellen. Man kann sie diskutieren, aber man kann sie kaum auf Basis dieser Großen Anfrage diskutieren, denn diese Große Anfrage ist dafür ziemlich dünn.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Das liegt häufig daran, was der Senat so aufschreibt und was er aufschreiben will. Es liegt aber auch häufig daran, was man so fragt und wie man so fragt, und ich glaube, bei dieser Anfrage gäbe es auf beiden Seiten Optimierungsbedarf.

Ohne Frage ist die Flüchtlingskrise eine große Herausforderung in vielen Bereichen, nicht nur im finanziellen Bereich, sondern auch im Bereich der Haushalte. Das haben wir immer gesagt, und das haben wir auch an dieser Stelle schon diskutiert. Ich finde, es ist im Übrigen seriöser, das auch in einem Gesamtkontext des Haushalts, der im Moment vielen Einflussfaktoren unterliegt, zu diskutieren und nicht mit der doch sehr einseitigen Fokussierung, wie Sie das getan haben.

Ein zweiter Punkt sind die Zahlen für das Jahr 2015. Es wurde angesprochen, was fehlt, und da ist der Senat ein wenig in der Pflicht, Fakten zu liefern. Bislang wurde in Anfragen immer schön darauf verwiesen, da liege noch nichts vor, das wisse man nicht genau und das sei auch nicht immer 1:1 genau zuzuordnen. Da möchte ich in Richtung Senat appellieren, Frau Senatorin, die Sie als Einzige noch hier sind: Es gibt einen klaren Arbeitsauftrag, im Zweifel einstimmig aus diesem Haus, was die Transparenz und Berichterstattung des Senats über die Kosten zum Thema Flüchtlinge angeht. Da gibt es eine Deadline, die da heißt erster Quartalsbericht, den wir Anfang Mai dann auch bekommen sollten, und da muss der Senat liefern und entsprechend die Zahlen angeben. Dann kann man auch vernünftig darüber diskutieren, aber auf Basis dieser Anfrage, wie gesagt, geht das nicht. Es lohnt sich auch nicht, diese Anfrage an irgendwelche Ausschüsse zu überweisen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Kleibauer. – Das Wort hat Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion.

Farid Müller GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Oelschläger, einiges ist von den Kolleginnen und Kollegen schon gesagt wor-

den. Tatsächlich haben wir im letzten Herbst alle gemeinsam zwei Mehrbedarfsdrucksachen verabschiedet, einmal für den konsumtiven Bereich und einmal für den investiven Bereich, hinsichtlich der Mehrbedarfe für Flüchtlinge. Da hat man schon einmal ein wenig skizziert, in welchen Bereichen man Mehrbedarfe vermutlich erwarten darf. Bei manchen weiß man es etwas konkreter, bei manchen müssen wir das eben sehen.

Wir wollen als Parlament – das hat die Kollegin von der SPD eben noch einmal gesagt – auch nicht warten bis zum nächsten Haushalt, bis wir einmal erfahren, was dabei herausgekommen ist, sondern wir wollen bereits nach Ende des 1. Quartals in diesem Hause die Zahlen darüber sehen, was abgeflossen ist. Wir haben uns sogar die Mühe gemacht – einvernehmlich haben wir das auch im Haushaltsausschuss für gut befunden –, einen zentralen Topf bei der Finanzbehörde einzurichten, wo die einzelnen Fachbehörden jeweils ihre Mehrbedarfe anmelden und begründen müssen, um so auch den Mehrbedarf am Ende nachvollziehen zu können. Denn natürlich geht das in alle Haushaltstitel ein, und es ist hinterher nicht mehr feststellbar, ob nun in diesem oder jenem Haushaltstitel 1 000 Euro mehr oder 1 Million Euro mehr oder weniger durch die Zuwanderung der Flüchtlinge erfolgt.

Deswegen sind zum einen Ihre Fragen einfach viel zu früh gekommen, der Senat weiß es schlicht noch nicht. Das Jahr 2015 muss jetzt noch ausgewertet werden, es gibt noch nicht alles. Deswegen haben wir Anfang Mai 2016 dann den Quartalsbericht hier im Haus.

Zum anderen: Ungefähre Zahlen haben wir doch in dieser Mehrbedarfsdrucksache genannt. Wir haben für die Stadt Hamburg in 2015 210 Millionen Euro mehr bewilligt und für 2016 249 Millionen Euro an konsumtiven Mitteln, und im investiven Bereich haben wir auch noch einiges beschlossen.

Das liegt Ihnen also alles vor. In der Investivdrucksache sind sogar pro Einrichtung genau die Kosten aufgelistet worden, die auf die Stadt zukommen. Insofern gibt es, wenn auch vielleicht nicht zufriedenstellend, eine Transparenz, aber es ist die Transparenz, die möglich ist in solch einer Situation. Ich würde vorschlagen, wir schauen uns alles an, wenn der Quartalsbericht des Senats vorliegt und wir das im Haushaltsausschuss besprechen. Dann wissen wir alle ein bisschen mehr.

Im Übrigen geht es allen Bundesländern so. Keiner hat einen genauen Überblick, weil jetzt erst die Zahlen für 2015 auflaufen. Im Stadtstaat geht es noch schneller als im Flächenland, wo die Kommunen noch liefern müssen. Wir haben hier eigentlich sehr gute Handwerksarbeit geleistet, auch vom Parlament aus, denn wir haben gesagt, wir wollen den Blick darauf richten, was genau passiert. Ich denke, wir sollten uns jetzt bis Mai 2016 gedulden,

(Farid Müller)

und dann schauen wir einmal, was dabei herausgekommen ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dorothee Martin* und *Dr. Isabella Vértes-Schütter*, beide SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Müller. – Das Wort hat Frau Dutschke von der FDP-Fraktion.

Jennyfer Dutschke FDP:* Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kollegen und Kolleginnen! Ein Mehr an Schutzsuchenden bedeutet erst einmal einen Anstieg der Ausgaben – so weit, so wenig überraschend. Dass dementsprechend die Gesamtkosten, die zumindest in der Großen Anfrage kommuniziert worden sind, seit dem Jahr 2011 in vielen Bereichen gestiegen sind, ist insofern eine logische Folge. Diese Inhalte sollte man auch abfragen und eine transparente Auskunft erhalten können.

Die Antwort deckt jedoch nur den Zeitraum 2011 bis 2014 ab, und das auch recht unvollständig. Ohne das Gesamtergebnis für das Jahr 2015 zu kennen, hat diese Debatte an dieser Stelle eigentlich überhaupt keinen Sinn, weil wir keine Aussagen darüber tätigen können, was tatsächlich passiert ist seitdem. Rund 29 000 Schutzsuchende sind zwischen 2011 und 2014 gekommen, knapp 14 000 sind in Hamburg verblieben. Nahezu doppelte Zahlen verzeichnen wir aber für das Jahr 2015. Wenn man das Gesamtergebnis der in der Großen Anfrage aufgeführten zahlungswirksamen Kosten pro Jahr mit der Zahl der Schutzsuchenden ins Verhältnis setzt, dann sind die Kosten pro Flüchtling im Zeitraum von 2011 bis 2014 sogar geringer geworden.

Fraglich ist, wie die Bilanz für das Jahr 2015 aussieht, denn wir wissen, dass wir aufgrund diverser Engpässe bei der Beschaffung von Containern beispielsweise, von Einrichtungsgegenständen, aber auch bei der Schaffung fester Unterkünfte im letzten Jahr recht kostenintensive Improvisationsmaßnahmen haben tätigen müssen.

Ich habe eine Frage an den Debattenanmelder. Hat diese Große Anfrage das Ziel, die Kosten der, wie Sie es nennen, Asyl- und Migrationskrise offenzulegen und geeignete Maßnahmen und Konzepte für eine solide Finanzierung zu finden, oder wollen Sie das Thema schlichtweg ausschlichten, um damit zu polemisieren? So ganz deutlich wird das hier nicht, und Lösungsorientierung sehe ich auch nicht.

Wir Freidemokraten bemängeln allerdings, dass insgesamt die Finanzierung der Ausgaben für Maßnahmen im Bereich Flüchtlinge trotzdem recht intransparent ist. Vielfach liegt das auch daran, dass die Verwendung von Mitteln in diesem Zu-

sammenhang nicht immer ganz zugeordnet werden kann. Das Merkmal Flüchtling beispielsweise konnte in die Software der Bundesagentur für Arbeit, VerBIS, eingeführt werden. Wir haben in der Kriminalstatistik nun auch das Merkmal Flüchtling, um das die Statistik erweitert wird. In Zukunft wird man sicherlich auch in dem Zusammenhang genauere Aussagen tätigen können.

Für uns ist allerdings nicht nachvollziehbar, weswegen das Merkmal Flüchtling nicht auch im Rahmen der Regelsysteme wie Kinderbetreuung, Beschulung oder Kinder- und Jugendarbeit erfasst wird, um mehr Transparenz in die Kosten und vor allen Dingen auch in die Bedarfsfrage zu bringen. Wir haben das übrigens auch schon einmal gefordert. Bloße Plausibilitätsüberlegungen reichen nicht aus, um verantwortungsvoll mit dem Geld des Steuerzahlers umzugehen. Wir hätten uns hier auch ein etwas festeres Zahlenfundament erhofft.

In der Großen Anfrage steht jedoch wenig, das haben die Vorredner schon ausgeführt. Ohne Kosten und Zahlen für das Jahr 2015 überhaupt zu kennen, ist eine realpolitische Diskussion über die Herausforderungen der kommenden Jahre und die Auswirkungen auf den Haushalt nicht möglich. Deshalb sehen wir auch nicht, warum die Notwendigkeit besteht, das Ganze im Ausschuss zu debattieren. Wir haben, wie gesagt, für den wirklich kritischen Zeitraum im vergangenen Jahr gar keine Daten und Fakten.

Allerdings fordern wir den Senat an dieser Stelle trotzdem auf, Transparenz im Hinblick auf die angefallenen Kosten für Flüchtlingspolitik im Jahr 2015 zu schaffen und Auswirkungen auf künftige Haushalte, Mehrbelastungen und Finanzierungsoptionen klar zu benennen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Joachim Körner* AfD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Dutschke. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer möchte zunächst einer Überweisung der Drucksache 21/3417 federführend an den Haushaltsausschuss sowie mitberatend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich stelle dann fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 21/3417 Kenntnis genommen hat.

Dann rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 34, Drucksache 21/3841, Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Ausländische Studienab-

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

brecherinnen und Studienabbrecher für qualifizierte Ausbildungen gewinnen.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

Ausländische Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher für qualifizierte Ausbildungen gewinnen

– Drs 21/3841 –]

[Antrag der FDP-Fraktion:

Zugewanderten Studierenden und Auszubildenden einen einmaligen Studien- beziehungsweise Ausbildungswechsel gestatten

– Drs 21/4031 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/4031 ein Antrag der FDP-Fraktion vor.

Beide Drucksachen möchte die FDP-Fraktion an den Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung überweisen.

Die Fraktionen sind übereingekommen, die Debatte zu diesem Punkt zu streichen. Wir kommen damit direkt zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 21/3841 und 21/4031 an den Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann kommen wir zu den Abstimmungen in der Sache. Wir beginnen mit dem FDP-Antrag aus der Drucksache 21/4031.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte dann den Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus der Drucksache 21/3841 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 2, den Drucksachen 21/3764 und 21/3765, Berichte des Eingabenausschusses.

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben

– Drs 21/3764 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben

– Drs 21/3765 –]

Ich beginne mit dem Bericht 21/3764.

Wer möchte sich der Empfehlung anschließen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 167/16

abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Wer möchte dann der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 161/16, hier betreffend Umzug in das Haus Borgfelde, abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Wer stimmt sodann der Empfehlung zur Eingabe 40/16 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Wer sich darüber hinaus den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben anschließen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Nun zum Bericht 21/3765, zunächst die Ziffer 1. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten.

Wer möchte sich diesen nun anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Von der Ziffer 2 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren! In der Geschäftsordnung ist vorgesehen, für bestimmte Punkte der Tagesordnung eine

Sammelübersicht**

zu erstellen. Diese haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Wer stimmt schließlich dem Verlangen auf Besprechung nach Paragraph 20 Absatz 2 Satz 5 unserer Geschäftsordnung unter C zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 4, Drucksache 21/3208, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Ganztage an Hamburgs Schulen – Raumsituation.

[Große Anfrage der CDU-Fraktion: Ganztage an Hamburgs Schulen – Raumsituation

– Drs 21/3208 –]

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der CDU und der LINKEN an den Schulausschuss überweisen.

Wer möchte diesem Überweisungsbegehren folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall, auch mit einer ausreichenden Anzahl. Dann wird die Besprechung der Drucksache 21/3208 für die nächste Sitzung vorgesehen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6, Drucksache 21/3490, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: SBH-/GMH-Schulbau bis 2019: Sanierungskriterien, -konzept und -verfahren.

[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: SBH-/GMH-Schulbau bis 2019: Sanierungskriterien, -konzept und -verfahren – Drs 21/3490 –]

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE ebenfalls an den Schulausschuss überweisen.

Wer möchte so verfahren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wird Besprechung beantragt? – Das scheint nicht die ausreichende Mehrheit zu sein.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 21/3490 ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 18, Drucksache 21/3733, Bericht des Ausschusses für Umwelt und Energie: Bilanzierung Hamburgischer Klimapolitik.

[Bericht des Ausschusses für Umwelt und Energie über die Drucksache 21/2210: Bilanzierung Hamburgischer Klimapolitik (Antrag der Fraktion DIE LINKE) – Drs 21/3733 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 23, Drucksache 21/3812, Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration: Geflüchtete Frauen und Mädchen vor Gewalt schützen und Ausreichende Mittel bereitstellen – Schutz- und Präventionskonzepte für geflüchtete Frauen und Mädchen erarbeiten sowie

Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den Flüchtlingsunterkünften verhindern.

[Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration über die Drucksachen 21/2379, 21/2504 und 21/2525:

Geflüchtete Frauen und Mädchen vor Gewalt schützen (Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD),

Ausreichende Mittel bereitstellen – Schutz- und Präventionskonzepte für geflüchtete Frauen und Mädchen erarbeiten (Antrag der Fraktion DIE LINKE) und

Gewalt gegen Frauen und Mädchen in den Flüchtlingsunterkünften verhindern (Antrag der CDU-Fraktion)

– Drs 21/3812 –]

Die in Ziffer 1 der Ausschussempfehlung erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Wer möchte Ziffer 2 der Empfehlungen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Wer sich Ziffer 3 anschließt, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 24, Drucksache 21/3813, Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration: Mehr Koordinatoren für Ehrenamtliche und Freiwillige in der Flüchtlingshilfe.

[Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration über die Drucksache 21/2213:

Mehr Koordinatoren für Ehrenamtliche und Freiwillige in der Flüchtlingshilfe (Antrag der CDU-Fraktion)

– Drs 21/3813 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 29, Drucksache 21/3751, Antrag der CDU-Fraktion: Die deutsche und die europäische Flagge in den Eingangshallen unserer Schulen als identitätsstiftende Symbole unserer Werteordnung.

[Antrag der CDU-Fraktion:

Die deutsche und die europäische Flagge in den Eingangshallen unserer Schulen als identitätsstiftende Symbole unserer Werteordnung

– Drs 21/3751 –]

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Schulausschuss überweisen.

Wer möchte so verfahren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen damit zur Abstimmung in der Sache.

Wer möchte dem CDU-Antrag aus der Drucksache 21/3751 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Tagesordnungspunkt 33, Drucksache 21/3840, Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD: Lehrangebote in den MINT-Studiengängen optimieren, Hochschulkooperationen fördern.

[Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:**Lehrangebote in den MINT-Studiengängen optimieren, Hochschulkooperationen fördern****– Drs 21/3840 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung überweisen.

Wer möchte so verfahren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen damit zur Abstimmung in der Sache.

Wer möchte dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD aus der Drucksache 21/3840 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 36, Drucksache 21/3847, Antrag der CDU-Fraktion: Senioren Zahnmedizin stärken und bei Zentren für Altersmedizin berücksichtigen.

[Antrag der CDU-Fraktion: Senioren Zahnmedizin stärken und bei Zentren für Altersmedizin berücksichtigen**– Drs 21/3847 –]****[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:****Alters Zahnmedizin in Hamburg fördern****– Drs 21/4047 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/4047 ein Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN vor.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den CDU-Antrag aus der Drucksache 21/3847. Diesen möchte die FDP-Fraktion ziffernweise abstimmen lassen.

Wer möchte nun zunächst den Ziffern 1a, 1b und 1d folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte sich den Ziffern 1c, 1e bis 1g sowie Ziffer 2 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte nun dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus der Drucksache 21/4047 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 38, Drucksache 21/3849, Antrag der CDU-Fraktion: Qualitätsstandards bei Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen sichern.

[Antrag der CDU-Fraktion: Qualitätsstandards bei Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen sichern**– Drs 21/3849 –]**

Die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN möchten diese Drucksache an den Innenausschuss überweisen. Vonseiten der CDU-Fraktion liegt ein Antrag auf Mitberatung im Ausschuss für Justiz und Datenschutz vor.

Wer möchte zunächst den Antrag an den Innenausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich beschlossen worden.

Wer möchte die Drucksache darüber hinaus mitberatend an den Ausschuss für Justiz und Datenschutz überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 39, Drucksache 21/3850, Antrag der CDU-Fraktion: Hochschulvereinbarungen nachverhandeln – Hochschulen stärken!

[Antrag der CDU-Fraktion: Hochschulvereinbarungen nachverhandeln – Hochschulen stärken!**– Drs 21/3850 –]**

Die CDU-Fraktion hat hierzu einen Antrag auf Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung gestellt.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

Wer möchte so verfahren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir stimmen dann in der Sache ab.

Wer möchte dem CDU-Antrag aus der Drucksache 21/3850 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Tagesordnungspunkt 40, Drucksache 21/3851, Antrag der CDU-Fraktion: Mehr Schutz, Selbstbestimmung und verbesserte Rahmenbedingungen für Prostituierte – Der Senat muss die Umsetzung eines Prostituiertenschutzgesetzes auf Bundesebene unterstützen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Mehr Schutz, Selbstbestimmung und verbesserte Rahmenbedingungen für Prostituierte – Der Senat muss die Umsetzung eines Prostituiertenschutzgesetzes auf Bundesebene unterstützen
– Drs 21/3851 –]**

**[Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:
Selbstbestimmungsrechte und Schutz von Prostituierten stärken – Runden Tisch Prostitution einsetzen
– Drs 21/4048 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/4048 ein Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD vor.

Beide Drucksachen möchten die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Wer möchte sich diesem Überweisungsbegehren anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 42, Drucksache 21/3853, Antrag der CDU-Fraktion: Realisierung der südlichen Straßenanbindung an das Güterverkehrszentrum Altenwerder.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Realisierung der südlichen Straßenanbindung an das Güterverkehrszentrum Altenwerder (GVZ)
– Drs 21/3853 –]**

Die CDU-Fraktion möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Vonseiten der AfD-Fraktion liegt

ein Antrag auf Mitberatung der Drucksache im Verkehrsausschuss vor.

Wer möchte die Drucksache an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte die Drucksache an den Verkehrsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen damit zur Abstimmung in der Sache.

Wer möchte sich dem CDU-Antrag aus der Drucksache 21/3853 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Tagesordnungspunkt 44, Drucksache 21/3858, Antrag der FDP-Fraktion: Dauerhafter Erhalt des archivpädagogischen Dienstes im Staatsarchiv.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Dauerhafter Erhalt des archivpädagogischen Dienstes im Staatsarchiv
– Drs 21/3858 –]**

Die FDP-Fraktion möchte diese Drucksache an den Schulausschuss überweisen.

Wer möchte diesem Überweisungsbegehren folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir stimmen in der Sache ab.

Wer möchte dem FDP-Antrag aus der Drucksache 21/3858 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Tagesordnungspunkt 45, Drucksache 21/3859, Antrag der FDP-Fraktion: Umbenennung der U-Bahn-Haltestelle Trabrennbahn.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Umbenennung der U-Bahn-Haltestelle Trabrennbahn
– Drs 21/3859 –]**

Wer möchte diesen Antrag beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Tagesordnungspunkt 46, Drucksache 21/3860, Antrag der FDP-Fraktion: Potenziale von Ökostrom für den Wärmemarkt nutzen.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Potenziale von Ökostrom für den Wärmemarkt nutzen
– Drs 21/3860 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der CDU und der FDP an den Ausschuss für Umwelt und Energie überweisen.

Wer möchte diesem Überweisungsbegehren folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir stimmen über den FDP-Antrag aus der Drucksache 21/3860 in der Sache ab.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 47, Drucksache 21/3861, Antrag der FDP-Fraktion: Verantwortungsvoller Umgang mit aus der Obhut des Staats entwichenen minderjährigen Flüchtlingen.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Verantwortungsvoller Umgang mit aus der Obhut des Staats entwichenen minderjährigen Flüchtlingen
– Drs 21/3861 –]**

Die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN möchten diese Drucksache an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Die Fraktionen der CDU und der AfD möchten die Drucksache an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen. Zudem liegt vonseiten der FDP-Fraktion hierzu ein Antrag auf Überweisung federführend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration sowie mitberatend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss vor.

Wer möchte also zunächst die Drucksache 21/3861 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer schließt sich dem Überweisungsbegehren an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 48, Drucksache 21/3862, Antrag der FDP-Fraktion: Wohnungsmarktgutachten zügig vergeben.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Wohnungsmarktgutachten zügig vergeben
– Drs 21/3862 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wer möchte so verfahren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Dann lasse ich über den Antrag der FDP-Fraktion aus der Drucksache 21/3862 in der Sache abstimmen.

Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende unserer Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Heimreise.

Ende: 19.28 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten David Erkalp, Murat Gözay, Annkathrin Kammerer, Joachim Lenders, Cansu Özdemir, Dr. Sven Tode und Hauke Wagner

Anlage**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO**

für die Sitzung der Bürgerschaft am 13. und 14. April 2016

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
4a	3237	Hamburg – Stadt der Guten Arbeit. Befristete Arbeitsverhältnisse im Einflussbereich der Freien und Hansestadt Hamburg
4b	3288	Flächenpotenziale für Wohnungsbau und Gewerbe
15	3671	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 10. Dezember 2015: Fahrradstraßen Harvestehuder Weg und Außenalster – Wir sorgen für die Sicherheit von Rad- und Fußverkehr – Drs. 21/2549
16	3787	Geschäftsordnungen der Fraktionen hier: AfD-Fraktion
19	3814	Bericht des Ausschusses für Umwelt und Energie
20	3752	Bericht des Schulausschusses
21	3769	Bericht des Ausschusses für Justiz und Datenschutz
22	3811	Bericht des Gesundheitsausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
14	3800	Feststellung des Senats über das Zustandekommen der Volksinitiative "Hamburg für gute Integration!"	SPD, GRÜNEN	Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration
27	3678	Potenziale für Wohnraum in Hamburg nutzen – Mit einer "Task Force" gegen Zweckentfremdung und Leerstand effektiv vorgehen	SPD, GRÜNEN, LINKEN	Stadtentwicklungsausschuss
37	3848	Breitere Datenlage schaffen - Integration von Flüchtlingen erleichtern	SPD, CDU, GRÜNEN, LINKEN	Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration

C. Einvernehmliches Verlangen auf Besprechung nach § 20 Absatz 2 Satz 5 GO

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
3	3178	Wie ist es um die Qualität sowie die äußere und innere Differenzierung an Hamburgs Stadtteilschulen bestellt?